

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



9. Juli 1988
Jg. 9 Nr. 14

G 7756 D

Preis:
2,50



ÖTV-Gewerkschaftstag: Angriff auf die Einheitsgewerkschaft – aber von wem?
Seite 8



Chile: Öffentliche Erklärung des MIR an das chilenische Volk zum Boykott des Plebiscits
Seite 14



EG-Gipfeltreffen in Hannover: Zahlreiche Aktionen gegen EG und BRD-Imperialismus – aber wenig Gemeinsames
Seite 22

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658.

Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	4
EG-Gipfel: Kapitalisten in Boom-Erwartung	5
Bundeswehr: Öffentliche Kritik ausgemerzt	7
Kurdenverfolgung: Hungerstreik gegen Isolationshaft	7
ÖTV-Gewerkschaftstag: Angriff auf die Einheitsgewerkschaft – aber von wem?	8
Positionen und Beschuß zum § 218	9
Unionsparteien: Propagandaschwierigkeiten wegen Steuererhöhung	10
Dokumentiert: Koalitionsspitzen zu Finanzproblemen	11

Auslandsberichterstattung

Südafrika: Geschichte der Todesstrafe	12
Rassistenjustiz gegen Widerstandskämpfer	13
Schweiz: Volksabstimmung beendet Abendverkauf in Basel	13
Kanada/USA: Freihandelsabkommen in Kanada umstritten	14
Chile: Öffentliche Erklärung des MIR an das chilenische Volk	14
Polen: Mehr Privatisierung/Sondervollmachten für die Regierung	15
Arabische Liga: Der Aufstand erzwingt die Solidarität mit der PLO	15
Internationale Meldungen	16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:	
Gegen die Nichtversorgung von Asylbewerbern	18
Die Ausplünderung der Neuen Heimat	18
Die bewährten Regeln der Ergonomie	19
BDI: Man droht den Gewerkschaften und bietet ihnen einen Pakt an	19
Dokumentiert: Weizsäcker vor dem BDI	20

Reportagen und Berichte regional

DGB und COSATU gegen Lufthansaflüge nach SA

Der DGB-Bundesvorstand verlangt die Einstellung aller Lufthansaflüge nach Südafrika. Die „Welt der Arbeit“ berichtet: „Die Lufthansa soll ihre Linienflüge nach Südafrika unterbrechen, für die südafrikanische Fluggesellschaft SAA soll in der Bundesrepublik ein Lande- und Überflugverbot erlassen werden. Diese Forderungen sind in einer gemeinsamen Erklärung enthalten, die der südafrikanische Gewerkschaftsdachverband COSATU und der DGB gemeinsam vorgelegt haben. Bei dem Besuch einer COSATU-Spitzendelegation in der Bundesrepublik sicherte der DGB der in Opposition zum Apartheid-Regime stehenden Organisation verstärkte Unterstützung in der Rechts hilfe und im humanitären Bereich zu.“ Die Einstellung der Flugverbindungen würde die zahlreichen Geschäftsreisen westdeutscher Kapitalisten nach Südafrika und umgekehrt erfreulich behindern. Der Forderung nach einem umfassenden Wirtschaftsboykott gegen Südafrika möchte sich der DGB wohl nicht anschließen. (Quelle: Welt der Arbeit, 30.6.88 – rül)

Erfolgreiche Veranstaltung zu Kurdistan und EG

Am 24.6.88 fand in Hamburg anlässlich des EG-Gipfels eine Veranstaltung zur Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes in Kurdistan und zur Kritik der Politik der EG-Imperialisten statt. 160 Leute folgten dem Aufruf des veranstaltenden Bündnisses gegen § 129 a und nahmen an der Veranstaltung teil. Auf der Veranstaltung wurden drei Referate gehalten und Spenden in Höhe von 500 DM zur Unterstützung für den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan gesammelt.

Im ersten Beitrag wurde über die Verfolgung der kurdischen Lohnabhängigen durch die BRD-Staatsorgane in der BRD informiert, die Zusammenarbeit von türkischem und westdeutschem Geheimdienst bloßgelegt und die Angriffe der BRD-Organe auf die Kurden als Unterstützung des türkischen Regimes und eindeutige Parteinahrme gegen den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan kritisiert. Der zweite Beitrag befaßte sich mit der Situation in Kurdistan. Es wurde dabei u.a. berichtet, daß als Folge des mutigen Kampfes der kurdischen Bevölkerung Zersetzung in der türkischen Armee um sich greife und die Moral bis hinein in die Offiziersränge

immer weiter sinke. Als wichtigen Fortschritt in der Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes wertete der Vertreter von Feyka-Kurdistan die Unterzeichnung eines Allianzprotokolls zwischen der PKK und der Patriotischen Union Kurdistans (siehe Politische Berichte 11/88). Im dritten Referat wurde die Politik der EG-Imperialisten angegriffen, insbesondere ihre Politik gegenüber der Türkei und Kurdistan.

Das Aktionseinheitsbündnis gegen § 129 a, bestehend aus Angehörigen der politischen Gefangenen, Anti-



repressionsplenum und anderen Gruppen aus der antiimperialistischen Szene, BWK, FAU/R, Feyka-Kurdistan, Freunde des kurdischen Volkes und Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, hat sich zur weiteren Aufgabe gemacht, im Sommer/Herbst eine Veranstaltungsreihe zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der BRD durchzuführen.

– (stg)

USA schießen iranisches Flugzeug ab

Der mörderische Angriff auf ein iranisches Passagierflugzeug wird von den USA als ein tragischer Irrtum ausgegeben. Das ist nicht der richtige Ausdruck, sondern eine lügenhafte Schutzbehauptung.

Bekanntlich wirken die US-Streitkräfte auf Grund genau abgegrenzter Befehle. Der Spielraum der einzelnen Kommandeure in Bezug auf einzusetzende Mittel und zulässige Aktionen ist begrenzt. Zum Beispiel gibt es mit Sicherheit eine Vorschrift, die die Luftabwehrmaßnahmen umschreibt, die beim Einsatz im Golf zu treffen sind. Offensichtlich enthalten diese Vorschriften nicht eine Verpflichtung,

unklare Objekte mit den üblichen Mitteln zu identifizieren. Das übliche Mittel in einem solchen Fall sind Jagdflugzeuge. Sie heißen z.B. deswegen „Abfangjäger“. Der Befehlsrahmen der US-Streitkräfte muß so angelegt sein, daß auf eine Identifikation durch Jagdflugzeuge, von denen die USA genug in diesem Gebiet im Einsatz haben, verzichtet wird.

Wenn die Voschriften für die Luftabwehr so lauten, und es wird sich zeigen, daß sie so lauten, dann war bei Ausarbeitung und Befehlsausgabe restlos klar, daß auf diesem Wege zivile Flugzeuge über kurz oder lang getroffen werden müßten. Das hat man in Kauf genommen, und daraus ist zu folgern, daß die USA eine Ausweitung des Golkrieges betreiben. Dieses angebliche tragische Versehen etc. wird Anlaß zu einer Erhöhung der Truppenpräsenz bieten, denn daß diese Provokation nicht unbeantwortet bleibt, war wohl von vornherein klar. - (maf)

Aids-Prozeß: Freispruch mit Fußangeln

Augsburg. Am 30. Juni/ 1. Juli fand vor dem Schöffengericht in Kempten ein Prozeß gegen einen 29jährigen Italiener statt. Ihm wurde versuchte Körperverletzung vorgeworfen, zum ersten Mal in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte. Wie berichtet, hatte er mit seiner Freundin „ungeschützte Geschlechtsverkehr“ trotz HIV-Infizierung betrieben, dies mit ausdrücklicher Zustimmung der Freundin. Sie wurde nicht infiziert. Der Italiener war seit März in Haft gehalten worden, zur Vernehmung wurde er von den Vollzugsbeamten mit Handschuhen gebracht. Der Staatsanwalt sprach im Prozeß von der 17jährigen Freundin als von einem „dummen,

einfältigen Mädchen ohne geistige Reife“. Schon vorher war versucht worden, ihr Mangel an Einsichtsfähigkeit zu unterstellen, da noch minderjährig. Des weiteren sei der „ungeschützte Geschlechtsverkehr“ ein Verstoß gegen die guten Sitten gewesen, da nicht nur das Mädchen, sondern auch ein möglicherweise später geborenes Kind oder andere Männer angesteckt hätten werden können.

Der Angeklagte wurde von der Rechtsanwältin B. Hörster verteidigt, die in der Augsburger Aids-Hilfe mitarbeitet. Die Verteidigung argumentierte u.a. damit, daß kein Vorsatz zu einer Verletzung vorlag, vielmehr sei die enge Liebesbeziehung entscheidend gewesen. Der Freispruch stützte sich auf die Argumentation des Sachverständigen, eines Landgerichtsarztes, der betonte, daß keine gesicherten Erkenntnisse über die Höhe des Ansteckungsrisikos vorliegen. Eine HIV-Infizierung – so der Richter – sei bis zum Ausbruch der Krankheit nicht als Körperverletzung einzustufen. Der Vorwurf der versuchten Körperverletzung sei daher gegenstandslos. Ein Vorsatz – d.h. die bewußte Inkaufnahme einer Infizierung – sei nicht nachzuweisen. Nur in diesem Falle sei der Angeklagte zu verurteilen gewesen, dann aber wegen versuchten Totschlages. Diese Argumentation kann der Staatsanwalt als Hinweis dafür nehmen, in welche Richtung er seine gegen das Urteil angekündigten Rechtsmittel lenken muß. Auch wenn Gauweiler das Urteil als „abwegig und unhaltbar“ bezeichnet, können diejenigen, die die HIV-Infizierten rückhaltlos unterstützen, nicht zufrieden sein, ist doch die Richtung nahegelegt, in der in höherer Instanz eine Verurteilung stattfinden kann. - (elf)



Auf der Daimler-Benz Hauptversammlung (HV) am 1.7. forderte der Direktor der Weltkampagne gegen militärische Zusammenarbeit mit Südafrika, Abdul Minty, den Stop des Rüstungsgagements von Daimler-Benz entsprechend den UN-Beschlüssen. Er nannte Fakten: Produktion von Daimler-Benz-Motoren in Lizenz bei ADE (Südafrika) und die Lieferung von Getrieben, und Transmissionssystemen. - (erl)

Regionale Nachrichten 21

EG-Gipfeltreffen: Zahlreiche Aktionen gegen Imperialismus – aber wenig Gemeinsames 22

Genossenschaftswesen: HaGe wurde in Aktiengesellschaft umgewandelt 22

Schwarzes Würzburg: Staatsschutz gegen Kirchenkritiker eingeschaltet 23

17. Juni: Kundgebung gegen Revanchistenmarsch 23

Rappe, IG Chemie: Säuberungsaktion gegen VL-Leitung bei Boehringer 24

Gesundheitsreferat: Gauweiler wird neuer Chef vom Gesundheitsamt 25

Hamburger Aluminium Werke: Betriebsrat bekämpft Ausländerdiskriminierung 25

Mediastadt Köln: Das Projekt will neue Standards bei Arbeitszeit und Freizeit setzen 26
Elektronik im klassischen Verwaltungsbereich 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 29

Arbeitszeitdiskussion: DGB und SPD Westberlin im Streit über Lohnverzichtthesen 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Kriminalromane: Der spanische Autor M. Vásquez Montalbán 30

Rüstungskonzern Diehl: Waffen in alle Welt 31

IG Chemie: Tarifpolitische Zielsetzungen ohne Haltepunkte 32

Spezialberichte

Politische Gefangene: Gegen Ghetto und Schweigen. Veranstaltung zur Amnestiediskussion in Mailand 34

Ilse Schwipper: Annulierung der Urteile ohne Vorbedingungen 36

Ellen Olms: Amnestie für Terroristen? 38

Titelbild: Automobilarbeiter in der BRD

— Aktuell in Bonn —

Neues Ausländergesetz „im wesentlichen abgeschlossen“

„In der Koalition ist vereinbart worden, daß das Ausländerrecht in dieser Legislaturperiode umfassend neu geregelt werden soll. Im Bundesministerium des Innern sind die erforderlichen Vorarbeiten inzwischen im wesentlichen abgeschlossen. Damit können wir jetzt innerhalb der Koalition im einzelnen entscheiden, wie wir das Gesetzgebungsprojekt am besten auf den Weg bringen.“ So Staatssekretär Waffenschmidt am 24. Juni im Bundestag über die Vorbereitung des neuen Ausländergesetzes. Die SPD will „in wenigen Tagen“ einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen.

EG-RGW: Westberlin als EG-Teil anerkannt

Am 25.6. haben EG und RGW die Aufnahme offizieller Beziehungen vereinbart. Punkt 5 der gemeinsamen Erklärung lautet: „Was die Anwendung auf die Gemeinschaft betrifft, so gilt diese Erklärung für die Gebiete, in denen der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angewendet wird, und nach Maßgabe jenes Vertrages.“ Damit sind die angemessene EG-Hoheit über Kolonialgebiete der EG-Staaten wie auch die Eingliederung Westberlins in die EG vom RGW formell anerkannt. Eine einseitige Erklärung des RGW ergänzt: „Nichts in der gemeinsamen Erklärung ... berührt das vierseitige Abkommen (über Westberlin, Einf. d. Red.) vom 3. September 1971 und kann es nicht berühren.“

Flugrechte nach Westberlin: Lufthansa künftig dabei

Die drei westlichen Alliierten haben eine Ausweitung der Flugrechte von der BRD nach Westberlin verkündet. Zusätzlich zu den bisher 44 Flügen pro Woche nach Westberlin sollen 40 weitere Flüge pro Woche erlaubt sein. 19 davon darf eine neue Gesellschaft von „Air France“ und Lufthansa abwickeln. Das seit dem zweiten Weltkrieg zur Verhinderung von Spionage und anderen Provokationen bestehende Flugverbot für BRD-Linien über der DDR ist damit außer Kraft.

BRD-Konzerne kaufen Presse in Österreich

BRD-Konzerne haben sich in die österreichische Presse eingekauft. Die Essener WAZ-Gruppe kontrolliert nach zwei Einkäufen im November 1987 und im März 1988 jetzt die beiden größten Boulevardblätter, die „Neue Kronen Zeitung“ in Wien und den „Kurier“, und damit mehrheitlich 56,7% der Tageszeitungsausgabe in Österreich. Der Bauer-Verlag erwarb

zum 1.7. ein Wiener Anzeigenblatt, der Springer-Verlag will eine neue Tageszeitung starten. Die Absicht der Regierung Kohl, Österreich in die EG zu locken und eng an die BRD zu binden, wird so durch die BRD-Medienkonzerne energisch unterstützt.

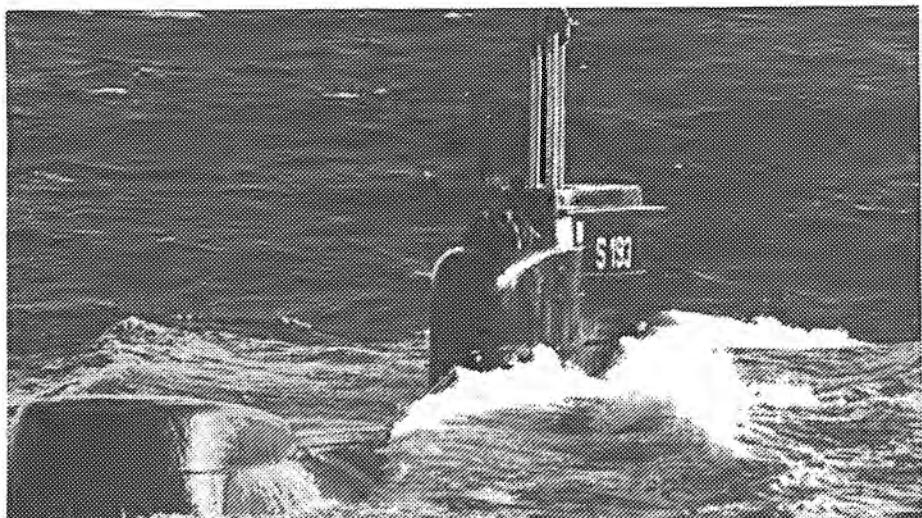
Interflug kauft Airbus – Lufthansa „wartet“

Die DDR-Fluggesellschaft Interflug hat drei Airbus-A310-300 gekauft. Bis-her war der Verkauf von Großflugzeugen an Staaten des RGW aus „strategischen Gründen“ verboten. Die Aufhebung dieser Verkaufssperre dürfte

sofort u.a. die paritätische Mitbestim- mung bei der Volksfürsorge abschaffen.

Haushalt 89: Noch eine Verbrauchssteuer?

Über den Haushalt 1989 sind Einzelheiten bekannt geworden. Eine Erdgassteuer von 5,6 Pf./cbm soll ab 1.1. 89 erhoben werden, bei der Bundesanstalt für Arbeit ca. 1,8 Mrd. DM Leistungen gestrichen, Airbus-Hilfen (wegen Daimler), Rüstung und Regionalmittel (für Albrecht bzw. VW) weiter steigen. Die Verbrauchssteuererhöhung ab 1.1.89 beträgt damit 9 Mrd. DM – je Lohnabhängigen 395 DM im Jahr mehr Steuern für Benzin, Heizöl, Erdgas und Tabak.



Die Fraktion der Grünen hat Strafanzeige gegen Kohl „wegen des Verdachts der vorsätzlichen, uneidlichen Falschaussage“ vor dem U-Boot-Untersuchungsausschuß erhoben. Kohl hatte vor dem Ausschuß erklärt, im Sommer 1985 von dem Vertrag erfahren zu haben. Ein entsprechender Brief von Strauß an Kohl war aber schon kurz nach dem Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha am 31.7.84 im Kanzleramt eingegangen.

auch ein Eingeständnis sein, daß es mit dem westlichen „Technologievorsprung“ nicht weit her ist. Die Wartung der Maschinen muß auf Weisung des COCOM samt zugehörigen Unterlagen in der BRD verbleiben. Bei Reparatur und Inspektion ist die DDR so auf die Lufthansa angewiesen.

Volksfürsorge: Verkauf vorerst gescheitert

Am 30.6. hat der Vorstand der Deutschen Genossenschaftsbank (DG) die Verhandlungen mit der gewerkschaftlichen Holding BGAG über den Kauf der Volksfürsorge für „beendet“ erklärt. Angeblich verlangt die DG, den Haistarif bei der Volksfürsorge deutlich zu verschlechtern. Die BGAG ist bei Schweizer Banken mit ca. 1 Mrd. DM kurzfristig verschuldet, muß also verkaufen. Am 4.7. meldete das „Handelsblatt“, BGAG-Chef Matthöfer (u.a. SPD-Finanzminister unter Helmut Schmidt) solle den Aufsichtsratsvorsitzenden der Volksfürsorge, Fehrenbach (DGB), ablösen und dann

Was kommt demnächst?

Am 7. Juli berät das Kabinett über den Haushalt 1989 und dazugehörige Gesetzentwürfe, d.h. insbesondere zur Anhebung von Benzinsteuern, Tabaksteuer, Heizölsteuer und evtl. zur Einführung einer Erdgassteuer, ferner für die Senkung der gesetzlichen Leistungspflichten der Bundesanstalt für Arbeit. Am 8. Juli soll der Bundesrat abschließend über das Steuerreformgesetz beraten und beschließen. Die Steuerreform soll dann zum 1.1.1990 wirksam werden. Am 9. Juli fährt Kohl nach London. Im August findet in Münster der SPD-Parteitag statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. Statutaränderungen (Quotierung für Frauen) und ein Leitantrag des Vorstands zur Wirtschaftspolitik. Ende August sollen die Beratungen der Koalition über die Rentenreform beginnen. Vom 27. bis 29. September findet in Westberlin die Jahrestagung von IWF und Weltbank statt.



1987 lagen die Reallöhne von vermutlich der Hälfte aller Lohnabhängigen niedriger als 1980.

EG- und Weltwirtschaftsgipfel

Kapitalisten in Boom-Erwartung Kaum Opposition im Parlament gegen Kohls Expansionsprogramm

Der Weltwirtschaftsgipfel in Toronto Mitte Juni als auch das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EG eine Woche später in Hannover haben große Zuversicht der Imperialisten über die wirtschaftliche Entwicklung demonstriert. Das Außenhandelsdefizit der USA geht langsam zurück und mit ihm die Gefahr eines schweren Handelskriegs zwischen den imperialistischen Wirtschaftsblöcken Japan, USA/Kanada und EG. Der Dollarkurs steigt wieder, die Bundesbank hat sogar den Diskontsatz angehoben, um Vermögensanlagen in der BRD hochverzinst und damit „attraktiv“ zu erhalten und den Abfluß von Leihkapital in die USA etwas zu bremsen. Die Ölpreissenkung dauert an – mit knapp 13 Dollar pro Barrel liegt der Ölpreis in realen Preisen gerechnet etwa auf gleicher Höhe wie 1973. Damit bleiben die Energiepreise der Kapitalisten weiter extrem niedrig. Selbst in Branchen mit stagnierender oder sogar rückläufiger Produktion haben die Kapitalisten durch rabiate Lohnsenkung und Rationalisierungen ihre Profite weiter steigern können. Gleichzeitig verlagern insbesondere die großen Konzerne ihr Kapital zügig weiter in Branchen und Regionen mit Spitzenrenditen.

„Wirtschaft: uns geht's wieder Gold“, schlagzeigte die „Bild“-Zeitung am 30. Juni, um dann zu erläutern: Maschinenbau im Mai 20% mehr Aufträge als im Mai des Vorjahrs, dabei Auslandsaufträge plus 25%, Inland plus 15%. Chemie: Im April um 6,9% höherer Umsatz als im Vorjahr. Stahl: Von Januar bis April 14% Auftragsplus.

Bau: Im ersten Quartal 16,9% Auftragsplus. Holz: Von Januar bis April 9,7% Auftragsplus gegenüber Vorjahr. Elektro: Umsatz Januar bis April plus 5,4% gegenüber Vorjahr. Einzig die Automobilindustrie meldet stagnierende Verkaufszahlen.

Welchen Preis die Lohnabhängigen für diese anhaltende Konjunktur der Kapitalisten in fehlendem Geld, verlorener Gesundheit und geraubter Lebensfreude zahlen, kann selbst die bürgerliche Statistik nicht ganz verhüllen.

So meldet die Bundesbank für das erste Quartal 1988 einen Anteil der Bruttolöhne und -gehälter am Volkseinkommen von nur noch 67,4%. Das ist die niedrigste „Lohnquote“ seit fast 20 Jahren, wobei man beachten muß, daß die Bundesbank bei Berechnung dieser „Lohnquote“ auch die Gehälter von Managern und anderem leitenden Personal der Kapitalisten sowie der Dienstaufsicht im Staatsapparat einbezahlt.

Das „Masseneinkommen“ aller Lohnabhängigen – darunter faßt die Bundesbank die Summe aller Nettolöhne und -gehälter sowie aller Einkommen aus Versicherungszahlungen wie Rente, Arbeitslosengeld usw. – lag 1987 in realen Preisen genauso hoch wie 1980. Gleichzeitig lag die Zahl aller beschäftigten Lohnabhängigen aber um 2,8% höher als 1980. Selbst diese geringfügigen Hinweise der bürgerlichen Statistik lassen also bereits den Schluß zu, daß 1987 mehr als die Hälfte aller Lohnabhängigen weniger Lohn bekommen hat als 1980. Die zunehmende Beschäftigung von Teil-

zeitkräften ohne Versicherungsschutz und die illegale Ausbeutung von ausländischen Lohnabhängigen – die amtlichen Statistiken melden einen Rückgang der versicherungspflichtig beschäftigten Ausländer um über 10% – sind dabei gar nicht berücksichtigt.

Bis heute haben es die Kapitalisten in praktisch allen imperialistischen Ländern geschafft, eine erfolgreiche Gegenwehr der Lohnabhängigen gegen diese Entwicklung durch immer neue Spaltungen zu verhindern. Auch dies hat zu der Zufriedenheit der Staats- und Regierungschefs in Toronto wie in Hannover beigetragen. „Die Rentabilität ist wiederhergestellt“, zitiert das Bundeswirtschaftsministerium im Juni eine Bilanz der OECD. In der Gipfelerklärung von Toronto kommt ähnliche Zufriedenheit zum Ausdruck: „In den achtziger Jahren wurde die Inflation unter Kontrolle gebracht, wodurch die Grundlagen für dauerhaftes starkes Wachstum und für eine Verbesserung der Produktivität geschaffen wurden. Die Folge war die längste Periode wirtschaftlichen Wachstums in der Nachkriegszeit.“

In drei Richtungen wollen Bundesregierung und Kapitalisten diese Erfolge weiter ausbauen. Erstens soll die „europäische Einigung“ vorangetrieben werden, um den Druck auf und die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen weiter zu schüren. Schon vor dem Gipfeltreffen von Hannover hatten verschiedene Ministerräte der EG hier wichtige Entscheidungen gefällt. So beschlossen die Finanzminister Mitte Juni den Wegfall fast aller noch bestehenden Beschränkungen

des Kapitalverkehrs bis 1992. Die großen Konzerne und Privateigentümer können so künftig ihr Kapital ohne staatliche Kontrolle überall in der EG anlegen – oder eben, wenn ihnen die Steuergesetze oder andere Vorschriften in einem EG-Land nicht behagen, auch abziehen. Die „Angleichung“ der Steuervorschriften für Großvermögen in der EG auf den niedrigsten in einem EG-Land erreichten Stand wird die Folge dieses „freien Kapitalmarktes“ ebenso sein wie noch ungezügeltere Drohungen der Kapitalisten mit Stillegung hier, Betriebsverlegung da. Gleichzeitig wird die EG-weite Konzentration von Kapital fortschreiten. So verkündete die Deutsche Bank nur zwei Wochen nach diesem Beschuß der Finanzminister, daß sie die 2,5% des Aktienkapitals der italienischen FIAT-Gruppe, die sie vor einigen Monaten angeblich „vorübergehend“ übernommen hatte, nun auf Dauer behalten will. Die BRD-Imperialisten kaufen sich damit in den größten italienischen Konzern als viertgrößte Teilhaber ein. Da die FIAT-Gruppe schon jetzt auch der größte Rüstungskonzern Italiens ist und sich Zug um Zug weitere Rüstungsbereich einverleibt, hat diese Verbindung für die BRD auch große militärische Bedeutung.

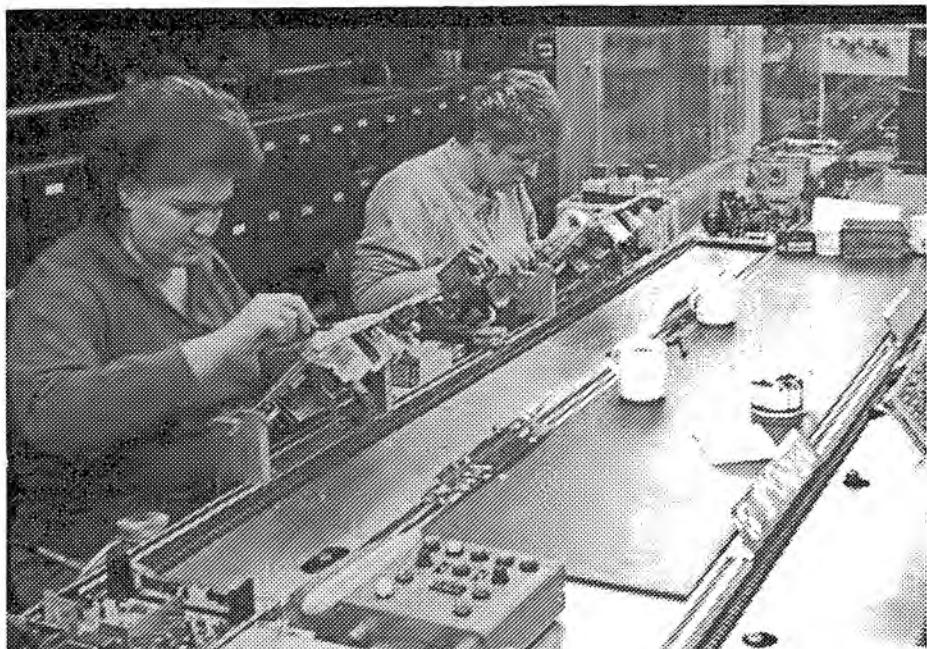
Die zweite noch vor dem Hannoveraner Gipfel beschlossene „Angleichung“ betrifft den Verkehrsbereich. Als eine der ersten Maßnahmen sollen die pauschalen Kontingente für grenzüberschreitenden Verkehr, die einzelnen Transportunternehmen gewährt werden, um 40% erhöht werden. Damit wird die Konkurrenz unter den großen Transportunternehmen, vor allem im LKW-Transport, weiter gesteigert. Der Verband der Speditionsunternehmen hat schon angekündigt, daß die bisher geltenden Frachttarife nun nicht mehr zu halten sein werden. Nutznießer dieser „Lokalisierung“ werden erneut die großen Konzerne sein, deren Transportkosten so weiter sinken werden. Für die Fahrer bedeutet dieser „EG-Fortschritt“ noch mehr Lohnsenkungen, noch mehr Arbeitsetze, noch mehr Unfälle.

Als nächste Schritte soll nun im Verlauf des nächsten Jahres ein EG-weites Fusionsrecht in Kraft gesetzt, nationale Kartellverbote aufgehoben werden. Noch bestehende Schranken für EG-weite Bankgeschäfte sollen ebenfalls fallen. Binnen eines Jahres soll zudem eine Kommission unter Vorsitz von Kommissionspräsident Delors die nächsten Schritte zu einer Währungsunion aushandeln. Die Kommission besteht zum größten Teil aus den Präsidenten der bestehenden Zentralbanken. Faktisch ist sie eine „Kommission zur Aushandlung erlaubter Einmischungen und Erpressungsmanöver“ vor allem der großen

EG-Mächte gegenüber nationalen Parlamenten und Regierungen. In einem Jahr soll ihr Bericht vorliegen. Wohl wissend, daß am Ende eine Art EG-IWF gegenüber den ärmeren EG-Ländern und den Lohnabhängigen in der EG herauskommen soll, läßt die Bundesregierung schon jetzt durchblicken, die dann zu treffenden Abkommen zur Währungsunion müßten „unwiderruflich“ sein.

Zweitens will sich die Bundesregierung mehr um die „Akzeptanz“ ihrer Politik und der Expansion der Kapitalisten bemühen. „Die Regierungen der OECD werden im nationalen und internationalen Rahmen auf eine Reform der Strukturpolitik hinwirken

Regierung sowieso an der kurzen Leine führen wollen – auf diese Konsequenz läuft Kohls Interesse für den Umweltschutz praktisch hinaus. Ökologismus als Einmischungsvorwand. Im Parlament scheint die „Akzeptanz“ für solche imperialistische Demagogie groß. Der Abgeordnete Vollmer von den Grünen sah in Kohls imperialistischer Demagogie und Ankündigung verstärkter Einmischung in fremde Länder einen Erfolg der Grünen: „Es ist ein Erfolg unserer Oppositionsarbeit, daß der Kanzler die internationalen Ökologieprobleme nicht mehr leugnen kann.“ Und die SPD betonte, sie unterstützte die Regierung bei dem Projekt „Gemeinsamer Binnenmarkt



Arbeiterinnen beim Entgraten im SEL-Werk Bochum. Der „gemeinsame Binnenmarkt“ wird den Kapitalisten erleichtern, solche Arbeiten durch Verweis auf portugiesische, griechische, spanische Löhne noch schlechter zu entlohen.

...“, hatte die OECD die anhaltende Flexibilisierungs- und Lohnsenkungsstrategie der Kapitalisten nach einer Ministertagung, bei der die BRD durch Bangemann vertreten wurde, bekräftigt und ergänzt: „In diesem Zusammenhang halten sie es für wichtig, dafür Sorge zu tragen, Strukturreformen bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern wie auch in der breiten Öffentlichkeit weiterhin verstanden und akzeptiert werden.“ Eine Kostprobe, wie diese „Akzeptanz“ erhöht werden soll, gab Helmut Kohl am 24. Juni im Bundestag bei der Debatte um den Gipfel von Toronto: „Mein Wunsch war es, den engen Zusammenhang von Ökonomie und Ökologie gerade bei einem Weltwirtschaftsgipfel deutlich herauszustellen“, verkündete er den Parlamentariern. „Insbesondere im Nord-Süd-Dialog“ müsse dieses Thema stärker beraten werden. Umweltschutz als Vorwand für Kreditauflagen, z.B. an Brasilien, wo die BRD-Konzerne die

bis 1992“ energisch. SPD-Sprecher Roth verkündete: „Wir werden Sie in der Frage des Binnenmarktes unterstützen, auch gegen Widerstände.“

Drittens strebt die Bundesregierung gestützt auf die EG eine deutliche Verstärkung der Ostexpansion an. Am 24.6. hat der RGW die EG offiziell anerkannt und dabei auch gleich die Einbeziehung Westberlins in die EG. Als nächstes sollen nun Handelsabkommen der EG nicht etwa mit dem RGW insgesamt, sondern mit jedem RGW-Staat einzeln folgen. Das „Handelsblatt“ berichtete am 27.6.: „Ein Handels- und Kooperationsvertrag mit Ungarn steht vor dem Abschluß, auf dem Weg zu einem Handelsvertrag mit der CSSR ist man fortgeschritten. Die Ausdehnung des bestehenden Handelsabkommens mit Rumänien auf Kooperationen wird, wenn auch derzeit mit Schwierigkeiten, vorbereitet. Sondert wird mit Polen und Bulgarien.“ Die EG tritt somit jedem einzelnen RGW-Land als fester imperiali-

stischer Block gegenüber und versucht systematisch, die Widersprüche zwischen den einzelnen RGW-Ländern auch durch wirtschaftlichen Druck weiter zu schüren, ihre Unabhängigkeit zu untergraben.

Die SPD trägt diesen Kurs mit. Am 24. Juni berichtete die „FAZ“: „Mit einem gemeinsamen Antrag von Koalition und SPD hat der Bundestag am Donnerstag die Bundesregierung aufgefordert, stärker daran mitzuwirken, daß Jugoslawien ... internationale Hilfe erhält ... Die Zusammenarbeit zwischen der EG und Jugoslawien müsse intensiviert werden.“ Schon Tage vorher hatten SPD-Abgeordnete im Europaparlament die DDR bereist und dabei auf engere Beziehungen der DDR zur EG gedrängt. Wie gering



Protestplakat der IGM Stuttgart gegen die Sonntagsarbeit bei IBM

selbst bei den Grünen noch der Widerstand gegen diese „europäisch“ verkleidete Ostexpansion vor allem der BRD inzwischen ist, hatte deren Abgeordneter Sellin ebenfalls am 24. Juni im Bundestag unterstrichen, als er seine Rede zum Hannoveraner EG-Gipfel mit dem Bekennnis schloß: „Wir GRÜNEN fordern ein Europa, das eine multikulturelle Gesellschaft ohne Grenzen nach Ost und West und nach Nord und Süd sein will ... Wir GRÜNEN fordern ein Westeuropa, das sich der umfassenden Zusammenarbeit mit Osteuropa widmet und ein gesamteuropäisches Haus mitgestalten will.“ (Hervorhebung im Original) „Ökologisch“ und „europäisch“ verpackt stößt die Expansionspolitik des Kabinett Kohl im Bundestag kaum noch auf Opposition.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll vom 24.6.88; Bulletin der Bundesregierung vom 24.6.88; BMWi, Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, 24.5. bis 14.6.88; Bundesbank, Monatsbericht und Beifeste Mai/Juni 88 – (rül)

Bundeswehr

Öffentliche Kritik wird ausgemerzt

Hohe Armeeführer, an der Spitze der Kommandeur des III. Korps, Generalleutnant Hansen, haben öffentlich den Jahresbericht des Wehrbeauftragten Weiskirch kritisiert. Dabei ist der Wehrbeauftragte dem Anspruch nach eine Einrichtung des Parlaments zur Kontrolle der Armee, dem Kontrollierten steht daher Unmut gar nicht zu. Außerdem ist der ganze Jahresbericht ohnehin von der Sorge um das Funktionieren und um die Attraktivität der Streitkräfte geprägt. Ausschließlich unter diesem Blickwinkel berichtet der Wehrbeauftragte von einigen Verstößen gegen die Menschenwürde und von einer „Kälte“ im Zwischenmenschlichen unter den Vorgesetzten und von Vorgesetzten gegenüber Untergebenen. Die Generäle spürten daraufhin „Unruhe in der Truppe“ und sahen die Armee vor allem in der Öffentlichkeit schlecht gemacht.

In seinem offenen Brief an den Wehrbeauftragten schreibt General Hansen: „... halte ich es im Interesse der Sache für geboten, die Berichterstattung über den Zustand der Streitkräfte in Kenntnis der Verfahrensweise unserer Medien so zu verfassen, daß auch diese ein Mindestmaß an Ausgewogenheit nicht umgehen können.“ Inzwischen hat Verteidigungsminister Scholz die Art der Kritik seiner Generäle öffentlich gerügt; was bleibt ihm auch anderes übrig, will er die Figur des Wehrbeauftragten nicht endgültig als Farce dastehen lassen. Auch die Generäle selbst haben „eingesehen“, daß es so nicht geht. In der Sache aber gibt Scholz den Militärs recht: „Das Problem ist natürlich, daß die Medien üblicherweise das herausgreifen, was in irgendeiner Art spektakulär ist. (...) Das kann natürlich in der Öffentlichkeit insgesamt einen falschen Eindruck hervorrufen. Insofern habe ich Verständnis für die Truppe.“ (Interview mit bw-aktuell, 15.6.88) Es geht um das Bild der Armee in der Öffentlichkeit, und da darf nach den Forderungen des Ministeriums nur Positives verbreitet werden. Mag die Gesellschaft diskutieren worüber sie will, die Armee jedenfalls hat nicht Gegenstand von Auseinandersetzungen zu sein, sondern über allem zu stehen.

Entsprechend versucht das Ministerium schon seit einiger Zeit, kritische Berichte oder auch nur Diskussionen über die Bundeswehr zu ersticken. Beispiel „Monitor“. Wegen eines Berichts zu den Tieffliegerabstürzen rügte Minister Wörner öffentlich die „einseitige“, „oberflächliche“ und „unverantwortliche“ Berichterstattung der

„Monitor“-Redaktion. Zusätzlich beschwerte Wörner sich beim WDR-Intendanten Novotny. Beispiel „Nahaufnahme“. In dieser Hörfunksendung des SDR wurde das Thema „Tiefflüge und Gefahr für Kernkraftwerke“ behandelt. Wörner beschwerte sich wieder beim SDR-Intendanten: „Während die übrigen Diskussionsteilnehmer hinreichend Zeit erhielten, ihre Argumente, Ansichten und Bewertungen vorzutragen, wurde der Vertreter meines Ministeriums kaum in das Gespräch einbezogen (...) Der Offizier mußte sich die Äußerung eines Diskussionsteilnehmers gefallen lassen, die Wahrscheinlichkeit des Durchschlagens eines Reaktor-Betonschutzmantels durch einen Tornado sei größer als die Wahrscheinlichkeit, daß in die Betonköpfe der Militärs Verstand eindringe.“ Beispiel U-Boot-Kollision in der Nordsee. Im März hatte ein U-Boot der Bundesmarine eine Ölbohrinsel gerammt. Das Ministerium beklagte „Vorverurteilungen“ und verlangte, die Presse solle von „Verkettung unglücklicher Umstände“ anstatt von gezielten Übungen mit der Bohrinsel sprechen. Schließlich fand die Empörung des Ministeriums über das Frankfurter Gericht, welches den Pastor mit dem öffentlich Urteil, Soldaten seien „potentielle Mörder“, nicht verurteilte, breiten Wiederhall, vom Bundespräsidenten über Bischöfe bis hin zu Industrie- und Handelskammern.

Der Druck der Armee auf Intendanten und Redaktionen wächst. Gleichzeitig verbittet sie sich öffentliche Erörterungen über Schwächen der Bundeswehr, wie dies der Wehrbeauftragte wollte. Wer Schlimmes vorhat, braucht gleichgeschaltete Presse.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 11/2034, BT-Protokoll v. 23.6.88, bw-aktuell, div. Ausgaben – (jok)

Kurdenverfolgung

Hungerstreik gegen Isolationshaft

Die in bundesdeutschen Gefängnissen z.T. seit Februar dieses Jahres inhaftierten 12 Kurden befinden zum wiederholten Male im Hungerstreik. Der in Mannheim inhaftierte Ali Haydar Kaytan hat am 20. Juni mit dem Fasten begonnen:

„Auf Beschuß des Bundesgerichtshofes sitze ich seit 3 Monaten unter unmenschlichen Bedingungen im Gefängnis. ... Obwohl noch keine Gerichtsverhandlung stattfand und es keine Beweise gegen uns gibt, werden wir behandelt, wie wenn wir schon verurteilt wären. 23 Stunden verbringen wir in Einzelhaft, die abonnierten Zeitungen werden kontrolliert und an uns Tage später weitergegeben. ... Wir

haben es offensichtlich nicht mit einem Rechtsorgan zu tun, sondern mit einem Organ, das gegen die Freiheit des kurdischen Volkes ist. Schon jetzt können wir sehen, was sie gegen uns haben und wie wahrscheinlich das Urteil ausfallen wird.

... In Deutschland dagegen ist, mit dem Besuch kurdisch zu sprechen, verboten. Schreibmaschinen für uns sind zu „gefährlich“. Bücher von draußen werden von der Gefängnisleitung zurückgehalten. Als kurdischer Patriot finde ich jedoch das Verbot der kurdischen Sprache und des nationalen Bewußtseins als Kurde einen unmenschlichen Angriff auf meine Ehre. Statt zu diesen unmenschlichen Maßnahmen gegen mich und mein Volk zu schweigen, will ich lieber protestieren oder, wenn es notwendig ist, dafür sterben. Ich fordere, daß diese psychische und physische Unterdrückung sofort aufhört. Mit den unten aufgeführten Forderungen habe ich ab 20. Juni mit dem Todesfasten begonnen.

1) Keine Extrabehandlung für mich als Gefangenen. 2) Zulassung der kurdischen Sprache für mich und meinen Besuch. 3) Die Bundesrepublik soll ihr Vorgehensweise gegen mich als Menschenrechtsverletzung anerkennen. 4) Bei Verhören sollen kurdische oder türkische Dolmetscher anwesend sein. 5) Zulassung einer Schreibmaschine für mich. 6) Nach der Kontrolle der Zeitschriften sollen sie sofort an mich weitergegeben werden. 7) Für meine Verteidigung und Darstellung sollen die notwendigen Bücher und Materialien weitergeleitet werden. ... Liebe Freunde, dies ist vielleicht ein Abschiedsbrief. ... Es war notwendig, daß ich mit dieser Aktion beginne. Viele Grüße, Ali Haydar Kaytan.“

Vor dem Bundesgerichtshof und der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe am 22.6. und bei den Landesgeschäftsstellen der CDU und SPD in Stuttgart forderten die ERNK-Sympathisanten Stuttgart und Feyka Kurdistan:

„1. Die 13 kurdischen Demokraten sollen sofort freigelassen werden. ... 2. Der von den kurdischen Demokraten geführte Hungerstreik soll in seinen Forderungen anerkannt werden. 3. Wenn diese Personen politische Häftlinge sind, soll in den Gefängnissen das unmenschliche Vorgehen abgestellt werden. 4. Bevor die 13 kurdischen Demokraten nicht vor Gericht gestellt wurden, sollen auch in der Öffentlichkeit die Anschuldigungen des Staatsanwalts K. Rebmann unterlassen werden ... 5. Das kurdische Volk führt einen gerechten Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden gegen den türkischen Staat. Die Bundesrepublik soll jegliche Hilfe an den türkischen Staat stoppen. Ein Teil dieser Hilfe ist es, gegen die kurdischen Patrioten vorzugehen ...“ - (rub)

ÖTV-Gewerkschaftstag

Angriff auf die Einheitsgewerkschaft – aber von wem?

„Eklat auf dem ÖTV-Kongreß“ – so und ähnlich lauteten fast alle Überschriften der bürgerlichen Presse, als der Kandidat der CAD, Constantin, bei der Wahl zum geschäftsführenden Hauptvorstand zweimal durchgefallen war. Fink, CDA-Vorsitzender, sprach von einem „Affront gegen CDU-Mitglieder“ und maßte sich an, einen eigenen Kandidaten vorzustellen, Katzer sah „die Idee der Einheitsgewerkschaft ... in eklatanter Weise verletzt“ und machte „Chaoten, DKP-Leute und Grüne“ verantwortlich. Ohne die CDU könne es keine Einheitsgewerkschaft geben. Einen „nicht wiedergutzumachenden Schlag für die ÖTV und die gesamte Einheitsgewerkschaft“ sah KAB-Vorsitzender Müller.

Betrachtet man die Sache mit etwas Distanz, so wird deutlich, daß hier ein Versuch fehlgeschlagen ist, die Gewerkschaftsbewegung als solche anzugreifen und in der Öffentlichkeit zu

von Wulf-Mathies und Vogel, aber auch einiger weiblicher Delegierter, nicht übersehen werden: Die Abtreibung als solche bleibt etwas Schlimmes, es bleibt der Ruch des „Mordes“, und deshalb muß den Frauen bei der Entscheidung „geholfen“ werden.

Sieht man von dieser den Delegierten letztlich aufgedrückten Diskussion ab, so standen ganz eindeutig der letzte Tarifabschluß und die weitere Tarifarbeit im Mittelpunkt. In einem entgegen der Empfehlung der Antragskommission beschlossenen Antrag wurden tarifpolitische Grundsätze formuliert, die die Kritik an Forderungsart und -volumen der letzten Tarifrunde zusammenfassen. U.a. heißt es dort: „Die Formulierung gewerkschaftlicher Zielvorstellungen hat sich auch an der Durchsetzbarkeit insofern zu orientieren, als realistische Möglichkeiten und Prioritäten im Vordergrund stehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß



Die Blümsche Gesundheitsreform wurde heftig kritisiert, für den November wurden Aktionen beschlossen.

diskreditieren, indem man ihr vorwirft, den Boden der Einheitsgewerkschaft zu verlassen – wohl wissend, daß dies ein wunder Punkt ist. Wenn die Regierung mit ihren Plänen in bezug auf den öffentlichen Dienst, aber auch sonst, durchkommen will, muß sie die Gewerkschaftsbewegung schwächen, die zur Zeit in vielen Fragen gegen die Regierung mobilisiert (z.B. Dienstleistungsabend) und für diese gefährlicher ist als andere.

Daß für diese Auseinandersetzung gerade der §218 als Mittel benutzt wurde, spricht für sich. Die Diskussion und das Ergebnis zeigen, daß dies eine Fehleinschätzung war. Dabei dürfen Schwächen in den Aussagen

die Mobilisierungsbereitschaft der Mitglieder auch von der Höhe und Struktur der Forderungen abhängt.“ Während der gHV zwar in bezug auf die niedrigen Gehaltserhöhungen '89 und '90 Gefahren zugesteht und ankündigt, daß uns „auch etwas einfallen (wird), sollte es zu krisenhaften Zusätzungen kommen“, behauptet er für die vergangenen Jahre eine Reallohnsteigerung, insbesondere für die unteren Einkommensgruppen. Diese Einschätzung wurde von den Delegierten nicht geteilt. Mehrmals wurde auf die niedrigen Einkommensbereiche hingewiesen. Allerdings, zwei Anträge auf Streichung der unteren Einkommensgruppen wurden abge-

Positionen und Beschuß zum § 218 auf dem Gewerkschaftstag

Monika Wulf-Mathies:

Ein Wort auch zu dem von der Bundesregierung geplanten Beratungsgesetz: In einer aufgeklärten Gesellschaft hat Zwangsberatung keinen Platz. (Beifall) Es ist inhuman und diskriminierend, Frauen in Not einem Spießrutenlaufen auszusetzen, anstatt ihnen zu helfen. (Beifall) Beratung, die keine Entscheidungsfreiheit läßt, eine Trennung von Beratung und Indikation, führen zu einem entwürdigenden Hindernislauf und verfehlten gerade deshalb ihr Ziel, das ungeborene Leben tatsächlich zu schützen. Wir wollen nicht, daß Frauen wieder in die Kriminalität und in den Abtreibungstourismus getrieben werden. Wir wissen, daß Frauen verantwortungsbewußt handeln und in Konfliktsituationen Hilfe, aber nicht Bevormundung brauchen. (Beifall)

Rita Süssmuth:

... daß ich wie Sie überzeugt bin: Wir können Leben nicht erzwingen. Kein Berater kann das, kein Partner kann das. Das mag im Einzelfall praktiziert werden, aber zum Leben können wir nur ermutigen, es jedoch nicht erzwingen ... Mir wird zuviel Negatives über diese Beratung gesagt ... Die Pflichtberatung, über die wir streiten mögen, ist Gesetz und Praxis seit 1974. Nun gibt es sicherlich auch aus fachlichen Überlegungen heraus berechtigte Argumente für die Frage, ob denn eine Pflichtberatung überhaupt den Menschen erreichen könne und hier die Frau. Umgekehrt muß ich sagen, daß in einer Frage von Leben und Tod zurückzufragen ist: Ist hier die Beratung nicht

doch zumutbar, und ist sie nicht auch als Entlastung dem Menschen anzubieten? ... Denn ganz gleich, wo wir politisch oder weltanschaulich stehen: Bekannt ist, wie viele Frauen früher oder später nach einem Abbruch qualvoll leiden. Ihnen darf Hilfe nicht verweigert werden ... Ich wünsche mir, ich fände eine Situation vor, wo in den verschiedenen Bundesländern dieser Republik mehr getan worden wäre für familienergänzende Ganztagsbetreuung – und wenn es allein in den Fällen wäre, wo erhebliche Not besteht. Denn es ist Unsinn, immer davon zu reden, Frauen arbeiteten, seien erwerbstätig um ihrer Selbstverwirklichung willen. Ich frage mich dann, was die Männer eigentlich sind. Deshalb kann ich nur entgegnen: Habt Sorge, daß wir andere Formen der familienergänzenden Betreuung finden, als wir sie heute haben!

Hans-Jochen Vogel:

Weil meine Vorrednerinnen es angeprochen haben, möchte ich noch einen Satz hinzufügen zum Thema Paragraph 218. Und ich möchte über parteipolitische Grenzen – bei allem, was uns da im einzelnen trennen mag – Frau Kollegin Süssmuth meinen Respekt dafür nicht versagen, daß sie in ihrem Bereich den Satz „Hilfe statt Strafe“ mit Entschiedenheit und mit Überzeugung vertreten hat. (Beifall) ... Ich habe als Justizminister in der Endphase die Reform mit herbeigeführt, die seit 1974 gilt. Und die Wahrheit ist ..., daß die Zahl der Abbrüche seit dieser Reform gesunken ist ... Deswegen bleibe ich dabei: Hilfe statt Strafe. Und wer ungeborenes Leben schützen will, der kann das nicht mit dem Staatsanwalt. Er kann es nicht mit der Polizei. Der kann das nicht mit noch so ausgeklügelten Be-



Wulf-Mathies in Sachen Sharpeville-Six sehr aktiv

ratungsvorschriften. Er kann es nur mit der Zustimmung und mit dem Willen und der Überzeugung der Mutter, die dieses werdende Leben unter ihrem Herzen trägt. Und diese Wahrheit ist das stärkste Argument gegen Manipulationen, wie sie jetzt versucht werden. (Beifall)

Gewerkschaftstagsbeschuß:

Der Gewerkschaftstag wendet sich entschieden gegen alle Versuche, die Reform des §218 auszuhöhlen und faktisch rückgängig zu machen. Wir bekräftigen den Beschuß des Gewerkschaftstages 1984 nach Streichung des §218 aus dem Strafgesetzbuch und fordern Maßnahmen zur effektiven sozialen Absicherung von Frauen, die Kinder bekommen. (Insgesamt gab es zu diesem Thema 9 Anträge mit gleicher Intention.)

lehnt, wenngleich bei vielen Gegenstimmen. Per Beschuß wurde der Hauptvorstand dann aufgefordert, die Kündigung der Tarifverträge zum Urlaubs- und Weihnachtsgeld u.a. zu überprüfen.

Viele Initiativanträge versuchten, die meist sehr allgemein gehaltenen Positionen des Hauptvorstandes zu konkretisieren und „Schlupflöcher“ für „Kompromisse“ zu stopfen (vgl. hierzu auch Pol. Berichte 12/88, S. 35). Wichtig ist auch die beschlossene Absicht, Eingruppierungsmerkmale für sogenannte Frauenberufe und „einfache(r), aber belastende(r) Tätigkeiten wie z.B. Reinigen, Fahren, Überwachen“ zu überprüfen und aufzuwerten.

Weitere wichtige Beschlüsse:

– Nach einigen anderen Einzelgewerkschaften hat nun auch die ÖTV beschlossen, Arbeitslose – nach Abstimmung im DGB, bis spätestens

Ende 1990 – aufzunehmen. Nach dem heftigen Streit auf dem letzten Gewerkschaftstag war das Votum hierfür sehr einmütig.

– In Fragen „Frauensförderung“ einigte man sich auf folgende Formulierung: „Frauen sollen in allen gewerkschaftlichen Organen und Gremien der Organisation mindestens entsprechend ihrer Mitgliederstärke im jeweiligen Bereich vertreten sein.“ Wahlordnungen, die dies ver- bzw. behindern, sollen geändert werden.

– Eine längere Diskussion gab es um die „Organisationspolitische Entschließung“ des Hauptvorstandes. Hier setzten sich die Delegierten weitgehend •gegen den Hauptvorstand durch. Konkrete Vorschläge zur Kürzung des Personals und anderer Kosten, vor allem auf bezirklicher und Kreisebene, wurden gestrichen. Gerade in Hinblick auf anstehende Auseinandersetzungen forderten die Dele-

gierten die Stärkung der „Arbeit vor Ort“.

– Der große Streit, den einige Zeitungen zum Thema Kernenergie prophezei hattent, blieb aus. Auch hier setzten sich die Delegierten mit weitergehenden Forderungen gegen den Hauptvorstand durch.

– Erfreulich sind die Aktivitäten der ÖTV in Fragen der Solidarität mit der Bevölkerung in Azania. Die Delegierten spendeten einen Tagessatz, das sind 48800 DM. Der Vertreter der Gewerkschaft SAB MAWU, Benny Alexander, kritisierte unter Beifall die Bundesrepublik als einen der Haupthandelspartner und forderte wirtschaftliche Sanktionen. Die Delegierten forderten die Freilassung der Sharpeville-Six wie aller politischer Gefangener. In mehreren Redebeiträgen und Anträgen wurde eine konsequenter Haltung der ÖTV gefordert. – (har)

Unionsparteien

Propagandaschwierigkeiten wegen Steuererhöhungen

Im ganzen nächsten Jahr werden keine Landtagswahlen stattfinden, terminiert sind nur Kommunalwahlen und die Europawahl. Die Propagandaschwierigkeiten, von denen die Regierungsparteien – und in jüngster Zeit nicht mehr nur die CDU, sondern auch die CSU – geplagt werden, sollten nach der Vorstellung der Parteispitzen überwunden sein, bis es wieder darauf ankommt. Bis zu einem gewissen Grade ist die Erregung der Unionsbasis also von oben erlaubt, H. Geißler schlägt höchstpersönlich den Schaum vorm Mund der Basis. Dennoch beginnt die Erregung das zugelassene Maß zu überschreiten. Auf den Parteiveranstaltungen der Union, sei es auf dem Bundesparteitag im Mai, sei es auf dem jetzt gewesenen Landesparteitag Rheinland-Pfalz muß die Parteispitze sich durchsetzen. Das schafft sie nicht immer, z.B. beschloß der Landeskongreß der Jungen Union Baden-Württembergs, Kanzler Kohl möge zurücktreten. Ein Ereignis, denn, wie die Frankfurter Allgemeine ganz richtig sagt, denken Junge Unionler bei ihren Entschlüssen gemeinhin an ihre politische Zukunft und die Rachsucht Kohls ist sprichwörtlich. Was sind Gründe und Hintergründe der Auseinandersetzung, die hohe Anteile der Mitglieder der Unionsparteien erfaßt hat?

Die Regierung strapaziert ihre Wirtschaftsgrundsätze

Die Finanzvorhaben der Koalitionsregierung sind auf Finanzierungsprobleme gestoßen, die bei Abschluß der Koalitionsvereinbarung nicht eingeplant gewesen sind. Zwei große Verluste traten ein: Wegen des Dollarabsturzes sanken die Bundesbankgewinne ganz erheblich, und der Fall der Aktienkurse bewirkte einen herben Rückgang der Erlöse aus dem Verkauf von Aktienvermögen des Bundes, v.a. der VW-Aktien. Die Erlöse, sie wären für das steuerzahlende Publikum gleichsam aus dem Nichts gekommen und hätten als Leistungsbonus aus der Weltwirtschaft ausgegeben werden können, fehlen. Es handelt sich dabei um mehrere Mrd. DM. Die Mittel zur Umgestaltung der öffentlichen Finanzen müssen nun fast ganz auf den traditionellen Wegen aufkommen, durch Steueranhebung und Staatsverschuldung. Die Grundidee der Wirtschaftspolitik der Koalition war es, die sach-

lichen und persönlichen Voraussetzungen für die Produktion zu verbilligen und dadurch einen Wirtschaftsaufschwung auszulösen, der – quasi im Nebenbei – Bargeld in die öffentlichen Kassen spülen würde. Steuererhöhungen verteuern aber die Produktionsbedingungen, da hilft kein Deuteln, und die Schuldenaufnahme verteuert den Kredit spürbar. Besonders die Verteuerung des Kredits wird von den Kleinunternehmen und Selbständigen gefürchtet, die das Wort an der Basis der Regierungskoalition führen. Es sind also nicht nur Grundsätze, von denen die Regierung abweicht, sondern es gibt auch schon praktische Wirkungen, die Regierungsanhänger aus der Gemütlichkeit herausreizen.

Finanzierungsdilemma bei der Bundesanstalt für Arbeit

Die Defizite der Bundesanstalt für Arbeit stellen die Regierung vor ein weiteres prinzipielles Problem. Eigentlich wären die Leistungen zu senken, denn dies würde die Arbeitskraft verbilligen und Arbeitsplätze schaffen. Da jedoch ein Riesenanteil der Leistungen der BfA direkt zur Entlastung der Wirtschaft, z.B. von Ausbildungskosten, führt und da sich die Arbeitslosen gegen das Verhungern dann doch wehren würden, war dieser Weg nicht völlig frei. Eine Anhebung der Versicherungskosten würde die Wirtschaft getroffen haben. So hat man sich entschieden, durch Anhebung indirekter Steuern Mittel aufzutreiben. Die Anhebung indirekter Steuern wird von den besitzenden Klassen für das letztendlich beste gehalten. Die niedrigen Einkommen werden ja fast ganz für Reproduktionsmittel ausgegeben, dabei fällt unabsetzbare Mehrwertsteuer in die Staatskasse. Wer irgendeine Wirtschaft hat, kann einen großen Teil seiner Ausgaben „über das Geschäft laufen lassen“ und Vorsteuer absetzen. Wenn gleichzeitig die Steuerprogression abgebaut wird, bleibt selbst bei einer wuchtigen Erhöhung der indirekten Steuer unter dem berühmten Strich allerhand was übrig. Nun ist indirekte Steuer nicht gleich indirekte Steuer. Die Anhebung der Erdgassteuer, auf die die Regierung verfallen ist, trifft nämlich nicht selektiv die lohnabhängigen Massen. Energie brauchen nicht nur die privaten Haushalte, sondern auch und gerade

die Wirtschaft. Die Erdgassteuer würde sich – im Unterschied zur allgemeinen Mehrwertsteuer – auch nicht absetzen lassen. Sie müßte von erdgasverbrauchenden Unternehmen gezahlt werden und würde ihre Produktionsbedingungen verteuern. Mit dieser Steuer greift die Regierung auch – denn den Löwenanteil werden am Ende die Mieter über die Heizkosten zahlen – in die Bilanz von großen Unternehmen ein. Deswegen gibt's nicht nur bei den Kleineigentümern an der Basis Ärger, sondern auch aus den Organen der Großen entweicht Dampf. Letztendlich wird sich die Erregung aber schon in die richtige Richtung halten, das Klima für eine selektive Senkung der Leistungen der BfA, d.h. betreffend die Unterhaltszahlungen, wird geschaffen.

Lohnsenkung ja, Steuererhöhungen, na ja

Die Erhöhung der indirekten Steuer wirkt auf den Lebensstandard der arbeitenden Massen. Wieso sah die CDU-Basis sich der Aufgabe gewachsen, Lohnstagnation, ja sogar Lohnsenkung aggressiv zu propagieren, scheut aber offensichtlich zurück, wenn im wesentlichen gleichwirkende Anhebung indirekter Steuern vertreten werden soll?

Bekanntlich sind die Löhne und Gehälter in der BRD gestaffelt. Auf Lohnsenkung kann der einzelne antworten, indem er sich bemüht, die sog. Leistung zu erbringen, die ihn im Ansehen des Chefs hochbringt und Geld einbringt. Das ist nach der Natur der Sache nicht ein Weg für alle, aber was kümmert das einen CDUler? Er kann davon reden, daß die Löhne zu hoch seien und jedem einzelnen gegenüber treten mit Hinweisen, wie dessen Lohnsituation zu verbessern wäre.

Dieser Bauernfang funktioniert nicht bei Anhebungen der indirekten Steuern. Während bei Lohnsenkungen einer großen Menschenmenge eingredet werden kann, sie könnte gleichzeitig Lohnzuwachs erwarten (eben wegen persönlicher Leistung), läßt sich das bei Steueranhebungen nicht vorrechnen. Der Versuch der Regierung, durch die Verkoppelung von direkter Steuerentlastung und indirekter Steuererhöhung das Problem zu lösen, greift nicht richtig: Es entsteht aus diesem Verfahren keine allgemeine Lösung. Es wird viele Fälle geben, wo das Einkommen sinken wird, ohne daß abgesunkenes Leistungsvermögen der einzelnen oder der Branche als Vorwand herangezogen werden könnte, sondern bloß wegen Staats-

eingriffen. Das ist schwierig zu vertreten und wirkt so breit, daß auch Mitglieder der Unionsparteien betroffen sind.

Spekulation auf Boom

Mit welchen Mittel hält die Regierung ihr Publikum bei der Stange? Hauptsächlich, indem sie auf das Wirtschaftswachstum verweist, indem sie

auf die Geldwertstabilität verweist, indem sie auf die Weltmarktposition der BRD verweist. Die Regierung rechnet anscheinend fest damit, daß diese Pluspunkte wachsenden Wert gewinnen. Schon jetzt hört man aus der Pressekritik leise Bewunderung heraus. Wenn nämlich der Dollar weitersteigt, so wird bei der Bundesbank Stroh zu Gold gesponnen. Die Bun-

desbank hat – so schreibt es die Presse – eine Unmasse Dollar zu einem Kurs von unter 1,60 DM eingekauft. Jetzt steht der Dollar auf über 1,80 DM; die Wolke, aus der die Regierung es warm regnen lassen kann, bildet sich schon. So ist man guten Mutes, die Meute wieder scharf zu haben, wenn die Jagd auf den Wähler losgeht. – (maf)

Dokumentiert: „Vorschläge der Koalitionsspitzen zur Lösung der Finanzprobleme“

Das Bundeskabinett wird am Donnerstag den Nachtragshaushalt 1988, den Bundeshaushalt 1989, die mittelfristige Finanzplanung bis 1992 und die Verbrauchsteuererhöhungen in einer Größenordnung von jetzt 9 Mrd. DM beraten. Am Freitag berät der Bundesrat über die Steuerreform 1990. Im einzelnen schlägt die Koalitionsspitze dieses vor:

– Das 1989er Defizit der Bundesanstalt für Arbeit von etwa 5,1 Mrd. DM soll zu 1,8 Mrd. DM durch Kürzungen der gesetzlichen und freiwilligen Leistungen sowie durch die Einführung einer Erdgassteuer von 5,6 Pf/cbm finanziert werden. Dieser Steuersatz entspreche der vorgesehenen Mineralölsteuererhöhung für leichtes Heizöl von 1,66 auf 5,66 Pf/l.

Das Aufkommen der Erdgassteuer werde 1989 3 Mrd. DM betragen und in den nächsten Jahren auf 3,4 Mrd. DM steigen. Nachdem der systematisch logische Weg der Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung abgelehnt worden sei, sei die Erdgassteuer vertretbar, weil sie für Gas- und Ölverbraucher gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffe.

– Den Forderungen des niedersächsischen Ministerpräsidenten nach Hilfen für die strukturschwachen Länder will die Koalitionsspitze mit jährlich knapp 2 Mrd. DM Rechnung tragen, wovon etwa 1,5/1,6 Mrd. DM auf Investitionshilfen nach Artikel 104a Grundgesetz und 300/400 Mill. DM auf eine Erhöhung der Bundesergänzungszuweisungen von derzeit knapp 2,5 Mrd. DM entfallen sollen. Als Zeitraum sind acht Jahre im Gespräch, wobei nach vier Jahren eine Überprüfung erfolgen könnte. Die Zustimmung Albrechts wurde am Wochenende nicht ausgeschlossen, so daß die Verabschiedung der Steuerreform im Bundesrat als wahrscheinlich galt.

– Die Länder könnten überdies mit 500 Mill. DM infolge des Auslaufens von Kfz-Steuerbegünstigungen, mit 200 Mill. DM durch die Erhöhung der Kfz-Steuer für Dieselfahrzeuge und mit 250 Mill. DM infolge der auf die höheren Verbrauchsteuern anfallenden Mehrwertsteuer rechnen.

– Der Bundesetat wird wegen der Strukturhilfen und der Nürnberger Defizitfinanzierung um 4,8/4,9% auf 288/289 Mrd. DM steigen. Ohne diese Sonderentwicklungen würde der Haushalt nach den Beratungen über die Einzel- etats um 2,9% auf gut 283 Mrd. DM steigen.

– Die Nettokreditaufnahme soll von voraussichtlich 39,2 Mrd. DM in diesem Jahr 1989 auf 32 Mrd. DM reduziert werden. Geplant hatte die Koalition ursprünglich eine Verringerung auf 30 Mrd. DM. Die zusätzlichen 2 Mrd. DM werden mit der Albrecht-Initiative begründet. Die vorgesehene Neuverschuldung sei das wichtigste Datum des Vorschlagspaketes. Außerdem bestehe die Möglichkeit, daß im Haushaltsvollzug die Nettokreditaufnahme

doch noch geringer ausfallen könnte, weil der Bundesbankgewinn nur mit 5 Mrd. DM veranschlagt werden, obwohl auf der Basis der derzeitigen Dollarentwicklung 2 bis 3 Mrd. DM mehr möglich wären.

– Über Kürzungen von Finanzhilfen soll vor und im Kabinett noch geredet werden. Die Erfolgschancen werden aber nicht besonders hoch eingeschätzt. Da lineare Kürzungen unpraktikabel seien, würden Möglichkeiten zur gezielten Subventionsstreichung geprüft. Insgesamt würden die Finanzhilfen jedoch wegen Airbus, Kohle und Stahl zunehmen.

– Der Nachtragshaushalt 1988 enthält mit den entsprechenden Kreditermächtigungen die Erhöhung der Neuverschuldung in diesem Jahr von 29,5 Mrd. DM auf 39,2 Mrd. DM, um die zusätzlichen EG-Belastungen von 4 Mrd. DM und den Ausfall des Bundesbankgewinnes bis auf rund 200 Mill. DM auszugleichen. Außerdem ist ein einmaliger Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit vorgesehen, wovon 500 Mill. DM als zusätzliche Ausgaben finanziert werden. Überdies enthält der Nachtrag die Ver-



Das finanzielle Umfeld für den Verkauf der VW-Anteile des Bundes entwickelte sich ungünstig.

pflichtungsermächtigungen für die Montan- und KfW-Sonderprogramme.

– Beim Flugbenzin-Streit gibt es in der Koalition Überlegungen, die Steuerfreiheit nur gewerblichen Fliegern einzuräumen, um sie mit der Lufthansa gleichzustellen. Nur die Hobbyflieger müßten dann weiterhin Mineralölsteuer zahlen. Die Koalitionsspitze hat diesen Vorschlag bisher nicht übernommen. (Handelsblatt, 5.7.1988)

Südafrika

Geschichte der Todesstrafe Rassistischer Justiz-Terror

Das südafrikanische Siedlerregime hat eine lange, blutige Tradition in Hinblick auf von Staat und Justiz angeordneten Mord. Im ersten Jahr nach Gründung der Union 1910 wurden bereits 57 Menschen Opfer eines Systems, das für sog. Kapitalverbrechen die Verhängung der Todesstrafe verlangt. Diese Zahl wurde erst 1954 übertroffen; in diesem Jahr wurden 73 Menschen hingerichtet. Über den Zeitraum von 1911-1947 gibt es keine genauen Zahlen, durchschnittlich fielen jedoch ungefähr 25 Menschen der Justiz jährlich zum Opfer. Die beiden Weltkriege, die Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre, die rapide Urbanisierung und Industrialisierung Südafrikas während dieser Zeit hatten keine erkennbaren Auswirkungen auf die Anzahl der Hinrichtungen. Zur Zeit der größten ökonomischen Krise in Südafrika, 1929-34, ging die Anzahl der zum Tode Verurteilten und Hingerichteten sogar um einiges zurück, nämlich auf 14 bis 15 pro Jahr.

Seit 1949 wird die Todesstrafe zunehmend häufiger ausgesprochen und vollstreckt. Mit nur zwei Ausnahmen (1949 und 1957) ist die jährliche Hinrichtungszahl seither nie mehr unter 37 gesunken; die Durchschnittszahl für den Zeitraum 1948-66 liegt bei ca. 67 Hinrichtungen pro Jahr. Allein im Jahrzehnt von 1957-66 stieg die Anzahl der Justizopfer auf einen Durchschnittswert von 89 jährlich. Seit den frühen siebziger Jahren, in denen die Hinrichtungen kurzfristig auf ca. 43 pro Jahr zurückgingen, ist die Anzahl ständig gewachsen. Im vergangenen Jahr wurde mit 164 Hinrichtungen ein trauriger Rekord erreicht.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht eine Tendenz, immer weniger zum Tode Verurteilte zu begnadigen. Der Staatspräsident Südafrikas hat laut Verfassung ein Begnadigungsrecht. Statistiken zeigen, daß in der Vergangenheit von diesem Recht öfter Gebrauch gemacht wurde als heute. So wurden zwischen 1935 und 1946 immerhin 61% aller ausgesprochenen Todesurteile in Haftstrafen umgewandelt; 1947-55 waren es nur noch 44%. Von Mitte der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre sank der Prozentsatz der Begnadigungen auf 21. War das Verhältnis von Hinrichtungen und Begnadigungen 1985 noch 137 zu 35, so sank es 1987 auf 164 zu 18.

Laut südafrikanischem Strafgesetz steht auf Mord generell die Todesstrafe, es sei denn, es werden mildernde Umstände zugestanden. Doch die Richter verhängen auch in Fällen von Vergewaltigung oder bei politischen

„Verbrechen“ wie Hochverrat oder Vergehen gegen das Gesetz zur Inneren Sicherheit die Todesstrafe. Dabei macht es sowohl bei politischen als auch bei Vergewaltigungs- und Mordprozessen einen gewaltigen Unterschied, ob der Angeklagte schwarz oder weiß ist. Wenn es auch nur wenige empirische Untersuchungen darüber gibt, inwieweit die Rassenzugehörigkeit des Angeklagten ausschlaggebend ist für Urteilsfindung und Strafmaß, gibt doch eine Analyse der verhängten Urteile deutliche Auskunft über den Rassismus der Justiz. So gibt es in der Geschichte nur wenige Fälle, in denen ein Weißer wegen Mordes an einem Schwarzen hingerichtet wurde, und es gibt keinen Fall, wo ein

Schwarze ermordet hatten, wurde ungefähr genauso oft die Todesstrafe verhängt wie über Weiße, die Weiße ermordet hatten. Kein einziger Weißer wurde jedoch in diesem Zeitraum zum Tode verurteilt wegen Mordes an einem Schwarzen. Insgesamt stieg die Zahl der Weißen, die am Galgen endeten, zwischen 1980 und 1986 nie über sechs pro Jahr und erreichte 1987 mit neun Hinrichtungen ihren höchsten Stand.

Auch die Zusammensetzung der Richter am Obersten Gerichtshof, vor dem sog. Kapitalverbrechen verhandelt werden, ist bezeichnend. Unter den ca. 130 Richtern dort gibt es keinen Schwarzen (und – bis auf eine Ausnahme – keine Frau). Noch nie wurde ein Schwarzer für dauernd an den Obersten Gerichtshof berufen. „Die Struktur eines überwiegend von weißen Männern bestimmten Gerichtswesens hat offensichtliche Folgen für die Rechtspflege in Südafrika. Von Zeit zu Zeit haben Rechtsexper-

Exekutionen in Südafrika

Jahr	Schwarze	Weiße	„Farbige“	Asiaten	Gesamt
1980	85	1	43	1	130
1981	58	2	36	–	96
1982	62	1	37	–	100
1983	65	2	23	–	90
1984	88	2	24	1	115
1985	97	5	35	–	137
1986	89	6	25	1	121
Gesamt	544	19	223	3	789

1987 wurden insgesamt 164 Menschen hingerichtet, darunter waren neun Weiße. Von 1980 bis 1987 gab es folglich 953 Exekutionen; dieses Jahr wurden bereits 36 Personen gehängt (Stand Ende März 88).

Weißer wegen Vergewaltigung einer Schwarzen hingerichtet wurde. Demgegenüber brüstete sich ein ehemaliger südafrikanischer Justizminister 1955 damit, daß kein einziger Schwarzer, der wegen Vergewaltigung einer Weißen zum Tode verurteilt wurde, dem Galgen entgangen sei. 1987 wurden zum ersten Mal zwei Weiße hingerichtet, die schwarze Frauen vergewaltigt und ermordet hatten.

Eine von einem Professor der Universität Natal durchgeführte Studie zeigt, daß nicht nur die Rassenzugehörigkeit des Angeklagten, sondern vor allem auch die des Opfers ausschlaggebend ist für die Verhängung oder Nichtverhängung der Todesstrafe. Die Zahlen für 1982/83 zeigen zum Beispiel, daß einem schwarzen Angeklagten 19mal mehr ein Todesurteil drohte, wenn er wegen Mordes an einem Weißen verurteilt worden war, als wenn das Opfer schwarz gewesen wäre. Über Schwarze, die

ten auf die Voraussetzungen hingewiesen, die der Rechts- und Urteilsfindung zugrunde liegen. Als beispielweise der damalige Präsident des Obersten Gerichtshofes, Chief Justice Rumpff, vor einigen Jahren bei einem Mordprozeß das Argument widerlegen wollte, daß der Angeklagte wahrscheinlich zur Tat provoziert worden sei, denn wäre es nicht so gewesen, müsse das Gericht annehmen, daß er „einen Unbekannten aus unbekannten Gründen“ angriff, da sagte Richter Rumpff: „Offensichtlich hat die Verteidigung nicht die Erfahrung gemacht, daß Farbige und Schwarze manchmal ohne Grund, nur mit dem Wunsch, jemanden zu verletzen, jemanden anzugreifen pflegen.“ (1)

Angeklagte, die eines „Kapitalverbrechens“ beschuldigt sind und denen die Todesstrafe droht, können sich natürlich durch einen eigenen Anwalt vertreten lassen – sofern sie das nötige Geld dazu haben. Andernfalls wird

vom Gericht ein Pflichtverteidiger bestellt, wobei es gängige Praxis ist, unerfahrene junge Rechtsanwälte bei schwierigen Prozessen, in denen es für den Angeklagten um Leben oder Tod geht, einzusetzen. John Dugard, Professor des Rechts an der Universität Witwatersrand, spricht aus eigener Erfahrung, wenn er sagt, er habe fünf Prozesse verloren, bevor er überhaupt wußte, was gespielt wird. „Am Anfang setzen sie dich auf Mord- und ähnliche Prozesse an, und später, wenn du deine Lektion gelernt hast, darfst du Scheidungsfälle übernehmen“ – für Klienten mit dem nötigen Kleingeld. (2) Zusätzlich gibt es sehr scharfe Bestimmungen, was den Umgang zwischen Verteidigern und Angeklagten anbelangt. Und für den Fall, daß es zur Verhängung der Todesstrafe kommt, werden die Anwälte laut Gefängnisvorschrift nicht einmal vom Hinrichtungsdatum des Verurteilten in Kenntnis gesetzt. Schon vor einigen Jahren hat sich das südafrikanische

sche Regime die gesetzliche Grundlage geschaffen, um Todesurteile ohne öffentliche Bekanntmachung vollstrecken zu können.

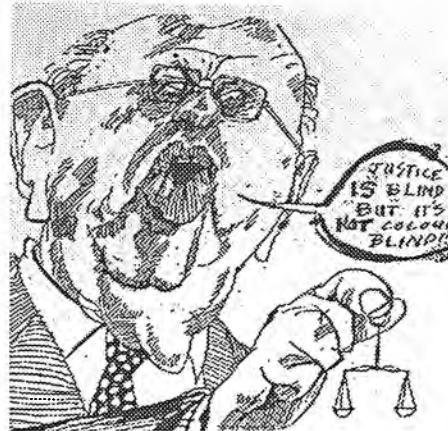
In Südafrika gab es nie eine nennenswerte Bewegung gegen die Todesstrafe. Eine von Helen Suzman 1969 eingebrochene Eingabe auf Abschaffung wurde vom weißen Parlament mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Ihre damalige Einschätzung ist auch nach zwanzig Jahren noch nicht überholt: „Die Vorstellung, daß eine Abschaffung der Todesstrafe wegen unserer nicht-weißen Bevölkerung, der sog. ‚barbarischen‘ 80%, unmöglich sei, ist in Südafrika weit verbreitet. Die Leute befürchten, daß bei Abschaffung der Todesstrafe Tausende Nicht-Weiße – überwältigt von ihren primitiven Instinkten – uns in unseren Betten ermorden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich betonen ..., daß Weiße an Nicht-Weißen viermal häufiger Morde und Vergewaltigungen begehen als Nicht-Weiße an Weißen.“

Rassistenjustiz gegen Widerstandskämpfer

Unter den vielen zum Tode Verurteilten, die in Pretorias Zentralgefängnis auf ihren Hinrichtungstermin warten, befinden sich momentan 46 Personen, die aufgrund eines politischen „Verbrechens“ verurteilt worden sind. Bei politischen Prozessen wird die Todesstrafe bewußt als Abschreckungsinstrument eingesetzt, um den Widerstand des azanischen Volkes gegen die Gewaltherrschaft des südafrikanischen Rassistenregimes zu brechen. Eine zweite Taktik des Apartheidstaates und seiner Justiz besteht darin, bei Verhandlungen gegen Widerstandskämpfer einen politischen Zusammenhang schlicht zu leugnen. So lautete die Anklage gegen die Sharpeville-Sechs zum Beispiel nicht auf Hochverrat oder subversive Tätigkeit, sondern auf Mord. Eine Verurteilung wegen Mordes bedeutet aber ein Todesurteil, sofern keine mildernden Umstände anerkannt werden. Politische Motivation gilt laut südafrikanischem Gesetz nicht als mildernder Umstand. Widerstandshandlungen sollen individuell kriminalisiert werden, wobei die südafrikanische Justiz gleichzeitig bemüht ist, der internationalen Öffentlichkeit ein „rechtsstaatliches“ Justizsystem vorzuführen. In dem Bemühen, kollektive Widerstandshandlungen Einzelpersonen anzulasten und diese „Kriminellen“ ihrer „gerechten“ Strafe zuzuführen, schrecken Staat und Justiz vor keinem noch so unrechtmäßigen oder zweifelhaften Mittel zurück. Geständnisse werden unter Folter erpreßt, Zeugen gekauft, Ein-

schüchterung und Willkür sind alltäglich.

„Seit Anfang der sechziger Jahre hat die südafrikanische Justiz Tausende von Schwarzen aufgrund zweier Gesetze verurteilt, die auch in der jetzigen Verfolgung der Widerstands- und Befreiungsbewegung eine wichtige Rolle spielen: das ‚Gesetz zur Eindämmung des Kommunismus‘ und das ‚Gesetz gegen den Terrorismus‘. Beide Gesetze erlauben wegen ihrer äußerst schwammigen Formulierungen, selbst Aufrufe zum Schul- oder Mietboykott als Vorbereitung des Hochverrats und/oder der Verbreitung des Kommunismus zu verfolgen. Mit dem ‚Gesetz zur Inneren Sicherheit‘ von 1982, das den Ausnahmezustand von 1976 rückwirkend ‚legalisierte‘, hat sich die Regierung ein weiteres Instrument geschaffen, ‚legal‘ jedes Verbrechen zu begehen. Die Polizei ist ermächtigt, jeden Schwarzen auf unbestimmte Zeit zu Verhören einzusperren, ihn zu isolieren. Sie kann Leute, von denen sie annimmt, daß sie ‚etwas Kriminelles‘ planen, unbegrenzt in Vorbeugehaft nehmen. Zeugen, die nicht aussagen wollen, weil sie sich z.B. selbst belasten oder einen Angeklagten nicht belasten wollen, können bis zu einem Jahr inhaftiert werden. Diese drei Gesetze ... bieten dem Regime die ‚legale‘ Grundlage, um Verfahren wegen Hochverrats oder terroristischer Umtriebe gegen die führenden Leute fast jeder Gewerkschaft, der Elternkomitees, der Mieteräte, der politischen Organisationen des Widerstands einzuleiten.“ (aus: Todesurteile in Südafrika, hrsg. vom Südafrika-Komitee, Köln)



Justitia ist blind – aber nicht farbenblind

(3)

Quellenhinweis: (1) Dennis Davis, Fast im Bürgerkrieg, in: Der Überblick 3, 1987. (2) David Bruck, On death row in Pretoria Central, in: The New Republic, Juli 1987. (3) H. Suzman zit. in: B.v.D. van Niekerk, Hanged by the neck until you are dead, 1969. Weitere Quellen: Natal Witness, 19. Januar 1988; Weekly Mail, Dezember 1987. Tabelle über Hinrichtungen erschien in: PACSA (Pietermaritzburg Agency for Christian Social Awareness), September 1987 – (ang)

Schweiz

Volksabstimmung beendet Abendverkauf in Basel

Bei der kantonalen Volksabstimmung vom 6.-7. Mai 1988 stimmten 55% der abgegebenen Stimmen für die Abschaffung des Abendverkaufs in Basel. Damit wurde der seit ca. einem Jahr laufende „Versuch“, die Ladenöffnungszeiten donnerstags bis 21.00 Uhr zu verlängern, abgebrochen.

Seit 15 Jahren laufen die Auseinandersetzungen um die Öffnungszeiten. 1976 wurden Initiativen zur Abendöffnung durch eine Volksabstimmung schon einmal abgelehnt. Die Baseler Handelskammer, Warenhäuser und Großmärkte ließen in den folgenden Jahren nicht locker. Unterstützt wurden sie von der FDP-Basel, den Liberalen und der Konsumenten-Vereinigung. Gegen die Gewerkschaft Verkauf, Handel, Transport, Lebensmittel wurde 1987 dann der „Testabendverkauf“ für die Dauer von 1½ Jahren durchgesetzt.

Ab dem 9. März 1987 wurde in Basel jeden Donnerstag die Öffnungszeit für die Einzelhandelsbetriebe auf 21.00 Uhr verlängert. Das Verkaufspersonal erhielt für die 2,5 Stunden Mehrarbeit vier Arbeitsstunden angerechnet und eine Essensentschädigung von elf Franken. Zahlreiche Fachge-

schäfte beteiligten sich von Anfang an nicht an der Abendöffnung, weitere stiegen nach wenigen Monaten aus. Es „rentiere sich nicht“, war die Stellungnahme von Klein- und Mittelbetrieben. Die Warenhäuser und Großmärkte erklärten bereits nach zwei Monaten, daß die Umsätze stimmen.

Rund 70% der im Verkauf Beschäftigten wehrte sich gegen den Abendverkauf außerhalb der Weihnachtszeit. Verbotsinitiativen wurden gegründet, unterstützt von der Gewerkschaft, dem Gewerbeverband, Sozialdemokraten und Christlicher Volkspartei.

Mitte März 1988 führte die Konsumenten-Vereinigung ihre dritte Umfrage über den Abendverkauf durch. Trotz heftiger Propaganda war die Umfrage unter den „Verbrauchern“ kein Erfolg. Von 3000 Fragekarten kamen 1118 zurück. 47,1% erklärten, sie hätten noch nie am Abend eingekauft. Ein- bis zweimal waren 17,4% am Donnerstag abend einkaufen, 22,2% gelegentlich, 6,8% regelmäßig und 5,4% nur vor Weihnachten. Die Mehrheit (61,5%) will ihr „Einkaufsverhalten“ nicht ändern. 41,3% wollen auch weiterhin nicht abends einkaufen. Nur 17,6% waren hartnäckige Befürworter der Abendöffnung.

Die Verbotsinitiativen setzten den Volksentscheid durch. Das Ergebnis mit 55% Ablehnung bei einer Stimmteilnahme von 36,2% war zwar denkbar knapp, aber ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen Flexibilisierung und Nachtarbeit.

Quellenhinweis: Pressedienst des Handels v. 16.5.88, FAZ v. 18.5.88 – (rub)

Kanada – USA

Freihandelsabkommen in Kanada umstritten

Ende Mai hat die konservative kanadische Regierung das Gesetz zur Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit den USA im Parlament eingeführt. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse ist die Verabschiedung nicht in Frage gestellt: Die Progressiv-Konservative Partei hält 207 der 282 Sitze im Unterhaus inne, jedoch gibt es viel Widerstand gegen dieses Abkommen, der sich aus verschiedenen Quellen speist, und die Regierung ist in gewissen Schwierigkeiten wegen eines Staus von Gesetzesvorhaben im Parlament und einer gesunkenen Popularität der Regierungspolitik.

Das Abkommen wurde von Reagan und dem kanadischen Premierminister Mulroney Anfang dieses Jahres nach 19monatigen Verhandlungen unterzeichnet. Es soll zum 1. Januar 1989 in Kraft treten, der Wegfall aller Zollschränken dann bis 1999 verwirklicht werden. Gegenüber der Grund-

satzvereinbarung vom Oktober gibt es eine Reihe von Änderungen, u.a. wurde die Zahlung von Subventionen an kanadische Weinbauern erlaubt, Kanada hat auf die Liberalisierung der Küstenschiffahrt verzichtet, und ein Schlichtungsverfahren für Streitfälle wurde geregelt.

Als beispielhaft für die Opposition gegen das Abkommen aus Ontario (der Premierminister ist Liberaler wie Trudeau; in Ontario leben 36% aller Kanadier) wird in der Presse immer wieder der Weinbau behandelt. So entzieht das Abkommen den Provinzen die Überwachung des Absatzes von alkoholischen Getränken. Dazu gehört auch, daß die Zölle und Umsatzabgaben, die Ontario zum Schutz der einheimischen Winzer und zur Aufbesserung der Provinzfinanzen auf ausländische alkoholische Erzeugnisse erhebt, als Schutzzölle gegen das Abkommen verstößen. Insbesondere in den kalifornischen Weinbaugebieten wurde auf Streichung dieser Schutzzölle gedrungen.

Beim Weinbau behindern offensichtlich unterschiedliche natürliche Bedingungen die kanadischen gegenüber den US-Produzenten. Da ist es klar, daß die betroffenen kanadischen Kräfte für Schutz eintreten. In anderen Fällen hatte die US-amerikanische Seite Schutzzölle verlangt oder beschlossen oder Strafzölle über kanadische Waren verhängt, z.B. Sonderzölle auf kanadisches Kali aus Saskatchewan von bis zu 85% im letzten Jahr, was Anfang dieses Jahres bereinigt wurde, indem die kanadische Seite die Preise um etwa die Hälfte anhob und diese Höhe für fünf Jahre garantierte.

Etwa ein Drittel der kanadischen Exporte in die USA sind Rohstoffe, und hier ist Kanada weitgehend von den Weltmarktpreisen abhängig. Von dem Freihandelsabkommen verspricht sich Kanada eine Exportsteigerung bei Öl, Erdgas, Vieh und Holzerzeugnissen. Bei insgesamt etwa 150 Mrd. Dollar jährlichem gemeinsamem Handelsvolumen macht der US-Export für Kanada 80% der Ausfuhr aus, für die USA der Export nach Kanada 25%.

Die Gewerkschaften führen gegen das Abkommen an, daß die kanadischen Sozialleistungen vermutlich dadurch auf US-Niveau gedrückt werden und daß durch die verschärfte Konkurrenz mit Hunderttausenden zusätzlicher Arbeitsloser zu rechnen ist. In den Mittelklassen besteht Sorge um die kulturelle Eigenständigkeit etwa in den Medien. Die Regierung vertritt dagegen die Interessen der großen, aggressivsten Kapitalgruppen, die froh über den „gesicherten Zugang zum größten Markt der Welt“ (Handelsminister Crosbie) sind.

Quellenhinweis: Time, 19.10.87; Archiv der Gegenwart, 22.1.88; Neue Zürcher Zeitung, 27.5.88; Maclean's, 6.6.88 – (mfr)

Chile

Öffentliche Erklärung des MIR an das chilenische Volk

Im folgenden veröffentlichen wir eine Öffentliche Erklärung des MIR/Chile an die Arbeiter und das Volk: „Den Boykott gegen das Plebisit vorantreiben“. – (meg)

„Das für dieses Jahr anberaumte „Plebisit“ ist eine Notwendigkeit für die herrschenden Klassen, um die Militärdiktatur des Monopol- und Finanzkapitals zu institutionalisieren. Über die Schiene der „Volksbefragung“ soll die Weltöffentlichkeit überzeugt werden, daß die Chilenen resigniert haben und das ihnen 1973 aufgezwungene verbrecherische Unter-



drückungssystem akzeptieren. Ziel der Diktatur ist, daß die politischen, ideologischen und sozialen Kräfte die Gesetze dieses Unrechtsregimes anerkennen und sich ihnen unterwerfen. Nur so kann der auf den Pfeilern der Nationalen Sicherheit und der Aufstandsbekämpfung errichtete Staat sich weiter an der Macht halten. In dieser Hinsicht sind der Diktatur die Ergebnisse der „Volksbefragung“ völlig gleichgültig. Worauf es ihr ankommt, ist, daß ihre Wahlregister legitimiert werden, daß die Leute sich einschreiben und möglichst massenhaft wählen gehen. Hinter diesem ganzen Spiel, das angesichts der schmerzlichen Wirklichkeit unseres Volkes ein reiner Hohn ist, stehen mächtige politische und Wirtschaftskräfte, u.a. der US-Imperialismus. Sie handeln im Einvernehmen mit dem Militärregime, um dem „Volksbefragungstheater“ einen glaubhaften Anstrich zu verpassen. Regierungskreise und Pseudooppositionelle, nationale und ausländische Großunternehmer, Vertreter ausländischer Regierungen und Offiziere der Streitkräfte reichen sich die Hand bei der Suche nach der besten Möglichkeit, ihre Institutionalisierungsabsich-

ten zu erreichen ...

Das Volk ist nicht gezwungen, zwischen einer de-facto-Militärherrschaft und einem institutionalisierten Militärregime zu wählen ... Das Volk hat seinen eigenen Weg, den des Kampfes für die Freiheit und des Kampfes dafür, daß das Volk seine volle Souveränität in einem freien Land ausüben kann. Die Verwirklichung seines Strebens nach Demokratie, seiner wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Forderungen wird das Werk des Volkes selbst sein, seines eigenen Kampfes, der weit über das ‚Plebisit‘ hinausgeht.

Der Weg des Volkes ist der Weg des MIR. Er tritt dafür ein, den Institutionalisierungsprozeß absolut abzulehnen und die Anerkennung der politischen Gesetze der Diktatur grundsätzlich zu verweigern ...

Der MIR ist bereit, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um seine Beteiligung am frontalen Kampf des Volkes und seiner sozialen, politischen und bewaffneten Organisationen gegen das ‚Plebisit‘ und alle anderen Initiativen zur Institutionalisierung der Diktatur zu verstärken ...

Wir rufen dazu auf, den Kampf für den Sturz der Diktatur an die oberste Stelle zu setzen und nicht in die Falle ihrer politischen Gesetze zu tappen, die nur eine Verlängerung der Diktatur unter einer anderen Fassade sind; dieser Diktatur, die mordet, foltert und die große Mehrheit der Chilenen ausbeutet. Wir rufen dazu auf, sich im Untergrund zu organisieren, ... und die Energie und Kraft des Volkes zu entfalten. Alle Formen des Kampfes sind legitim gegen das Verbrecher- und Unterdrückerregime der Streitkräfte und nationalen und ausländischen Großunternehmen.

Nur der Kampf wird uns befreien!
Nationales Sekretariat der Bewegung der Revolutionären Linken Chiles – MIR, im Mai 1988.“

Polens Wirtschaftsreform

Mehr Privatisierung/Sondervollmachten für Regierung

Während Anfang Mai die Arbeiter gegen die massiven Preiserhöhungen streikten – im Februar stiegen die Preise für Nahrungsmittel um 40%, im März die Miet- und Transportkosten und im April die Energiepreise, v.a. für Kohle, um 200%, die Inflationsrate liegt derzeit bei 45% –, beriet der polnische Sejm über einen Gesetzentwurf, der der Regierung zur Forcierung der Wirtschaftsreform umfangreiche Sondervollmachten auf wirtschaftlichem Gebiet, vorwiegend gegen Arbeiterinteressen gerichtet, zubilligt: Per Gesetz vom 11. Mai kann die Regierung bis zum 31.12.88

einen Lohn- und Preisstopp verhängen und die Grundsätze für die Lohn- und Preisbildung neu festsetzen. Weiter kann sie in die innere Organisation der staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe eingreifen, eine Veränderung der Verwaltungsstruktur und Senkung der Beschäftigtenzahl vorschreiben. Die Sondervollmachten erlauben der Regierung auch eine beschleunigte Auflösung unrentabler Staatsbetriebe und eine einfachere Entlassung von Betriebsleitern.

Am 19.6.88 beriet der Sejm in erster Lesung über eine Neufassung des Joint-Venture-Gesetzes von 1986, das den ausländischen Kapitalisten umfangreichere Vollmachten einräumen soll. Danach sollen die bisherigen Beschränkungen, nach denen die polnische Seite die Kapitalmehrheit halten, der Betriebsleiter ein Pole sein mußte und Gewinnexport nicht zulässig war, wegfallen. Die Joint-Venture-Betriebe bleiben drei Jahre von der Steuer befreit, danach sind 40% statt bisher 50% Einkommenssteuer zu zahlen, 15% der Deviseneinnahmen sind an den Staat zu verkaufen, Ge-

winntransfer ins Ausland soll mit 30% Steuer belegt werden. Die neuen Regelungen sollen auch für die sog. Polonia-Firmen gelten, die mit westlichem Kapital gegründet wurden. Neben der weiteren Öffnung der polnischen Wirtschaft für die Imperialisten soll auch die Privatisierung im Lande erleichtert werden: Privatbetriebe sind künftig nicht mehr genehmigungs-, sondern nur noch anmeldpflichtig. Ausgenommen davon sind u.a. die Waffen-, Energie-, Rohstoff- und Alkoholproduktion. Die Beschränkungen von Nebenerwerbs- und Hauptgewerbsbetrieben soll über die Besteuerung laufen. Einzelheiten über die Reichweite der unternehmerischen Freiheit, z.B. wie weit einer Ausbeutung in großem Stil durch restriktive Besteuerung Grenzen gesetzt werden, wie es mit Arbeitsbedingungen und Lohnhöhe in diesen Privatbetrieben aussieht, sind derzeit nicht bekannt, nur soviel, daß dieser Teil der Reform in der Partei umstritten ist.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Ztg., Süddt. Ztg., Nachr. f. Außenhandel, Mai u. Juni 1988 – (brb)

Arabische Liga

Der Aufstand erzwingt die Solidarität der Arabischen Liga mit der PLO

Vom 7. bis 9. Juni tagte in Algier eine außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga mit dem hauptsächlichen Ziel, die Unterstützung des palästinensischen Aufstands auf arabischer Ebene zu vereinheitlichen und materiell und politisch zu verstärken. In einem offenen Brief hatte die Vereinigte Nationale Führung, die Untergrundführung des Aufstands in den besetzten Gebieten, klipp und klar ih-

re Forderungen an die arabischen Staatsoberhäupter und Monarchen gestellt: „... fordern wir Euch dringend auf, den Kampf fortzuführen mit dem Ziel: internationalen Schutz für unser Volk zu gewährleisten, damit es vor den Verbrechen der zionistischen Besetzung bewahrt wird, und das als erster Schritt hin zur Beendigung der Besetzung und der Wiedererlangung von Freiheit und Unabhängigkeit für



Der seit sieben Monaten andauernde Aufstand, der ungebrochene Kampfeswille bis zum Sieg hat auch die Aussöhnung Syriens und Libyens mit der PLO-Führung zustande gebracht.



Ende 1982 hatte eine Sondereinheit der Kolonialpolizei in Nordirland (RUC) sechs unbewaffnete „mutmaßliche“ IRA-Mitglieder erschossen, ohne auch nur den Versuch zu machen, sie festzunehmen. Der Vorsitzende eines daraufhin eingesetzten Untersuchungsausschusses wurde vom Dienst suspendiert, als er die Verantwortlichkeit der höchsten RUC-Beamten enthüllte und die Beteiligung des britischen Geheimdienstes an der Erschießung eines 17jährigen nachwies. Nach den strafrechtlichen Ermittlungen gegen die verantwortlichen Polizeioffiziere wurden jetzt auch die Disziplinarverfahren eingestellt. Damit wird die Todesschuß-Politik offiziell sanktioniert. – (scc)

Auseinandersetzung um ausreichende Airbus-Besetzung

Seit Monaten führen die Piloten der französischen Binnenfluggesellschaft Air Inter Streikaktionen durch, um „einen dritten Sitz im Cockpit“ des neuen Airbus A-320 zu erzwingen. Auch nach dem Absturz einer A-320 bei Mülhausen werden die Aktionen – kein Dienst von 24.00 bis 8.00 Uhr – fortgesetzt und eine Ausweitung erwogen. Die Pilotengewerkschaften haben nach dem Absturz ihre Forderung bekräftigt und verlangt, daß sie in dem Ausschuß zur Untersuchung des Unglücks mitarbeiten. Dies wurde abgelehnt. Der Mülhausener Untersuchungsrichter kritisierte, daß die Behörden allein aufgrund bruchstückhaft-

ter Ermittlung eine technische Panne ausgeschlossen und die Piloten verantwortlich gemacht haben. – (scc)

Malta: Proteste gegen Flottenbesuch erfolgreich

Starke Proteste haben verhindert, daß drei mit Atomwaffen ausgerüstete britische Kriegsschiffe in den Großen Hafen der Hauptstadt Valetta einlaufen konnten. Mehrere Tage lang blockierten Werftarbeiter die Hafenzufahrt mit einem quergelegten Tanker und anderen Schiffen, am 25.6. demonstrierten mehrere hundert Menschen. Sie kritisierten den „Besuch“ der Kriegsschiffe als Verstoß gegen die Neutralität Maltas. Die Schiffe mußten schließlich in eine abgelegene Bucht ausweichen. – (scc)

unser Volk; der Anwendung der Notstandsgesetze in den besetzten Gebieten ein Ende zu machen und den Rückzug der israelischen Armee aus den Städten, Dörfern und Flüchtlingslagern herbeizuführen; alle Pläne, die unsere Rechte ignorieren, zum Scheitern zu bringen, angefangen von Camp David über den Autonomie-Plan bis hin zum Shultz-Plan; eine mit allen Vollmachten ausgestattete internationale Konferenz einzuberufen unter Beteiligung der ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates und der PLO als eigenständiger Delegation, auf gleichberechtigter Grundlage mit allen anderen betroffenen Parteien; und um einen unabhängigen, nationalen Staat unter Führung der PLO, unserer einzigen legitimen Vertretung, zu errichten.“

Die Erklärung fordert die arabischen Staaten außerdem auf, allen palästinensischen Gefangenen in arabi-

schen Gefängnissen die Freiheit zu gewähren und den palästinensischen Gemeinden in den jeweiligen Gastländern die Erlaubnis zu geben, eigene Institutionen aufzubauen und Verbände und Gewerkschaften ins Leben zu rufen. Die arabischen Staaten, die an Israel grenzen, werden aufgefordert, ihre Grenzen für palästinensische Feddayin zu öffnen und militärische Trainingscamps für Freiheitskämpfer einzurichten. Schließlich verlangt die Nationale Führung, permanente Zahlungen an die PLO zu leisten.

Daß die Palästinenser heute bei einer arabischen Gipfelkonferenz so auftreten können, ist ein Erfolg des Aufstands in den besetzten Gebieten. Noch im November 1987, bei der vorhergehenden a.o. Gipfelkonferenz, war der Palästinakonflikt ein Punkt unter „Verschiedenes“ auf der Tagesordnung, der Empfang Arafats war außerprotokollarisch, und König Hus-

Streikwelle in Jugoslawien

Eine neue Streikwelle in nahezu allen Republiken und größeren Betrieben Jugoslawiens richtet sich gegen das Sparprogramm der Regierung. Die Löhne ziehen mit den gewaltigen Preiserhöhungen nicht mit, Lohn erhöhungen sind jetzt nur noch in den Betrieben zugelassen, die eine „höhere Produktivität“ verzeichnen. Das ist angesichts der veralteten Industrieausstattung nahezu unmöglich. Dazu kommt der geringe Anreiz für die Arbeiter, mehr zu produzieren bei ständig sinkenden Reallöhnen. Ende Mai wurden nach einem der befristeten Preisstopps der letzten Jahre die Verbraucherpreise freigegeben. Dies führte im Juni zu einer Inflationsrate von 175,9% im Vergleich zum Juni 87 und damit nach jugoslawischen Angaben zur höchsten Inflationsrate seit 1926. Neben den Streiks mehren sich auch Proteste der Intelligenz gegen die Politik der Partei. Wie scharf die Auseinandersetzungen im Land sind, zeigt die Reaktion von hohen Armeemitgliedern. Auf einer Sonderkonferenz der Parteiorganisation der Armee gab Verteidigungsminister V. Kardijevic Ende Juni bekannt, die öffentlichen Übergriffe auf Angehörige der Streitkräfte, regionale Auseinandersetzungen, Streiks sowie Proteste gegen angebliche Menschenrechtsverletzungen nähmen zu. Gleichzeitig wird die Kritik von führenden Armeemitgliedern an der „Unentschlossenheit“ von Partei und Regierung immer lauter. Organisation, Umfang, Form und Intensität der „feindseligen Aktionen“ hätten den Punkt erreicht, an dem sie die Verfassungsordnung des Landes zu bedrohen begännen, führte Vizeadmiral Simic aus. Greift jetzt die Armee ein? – (lsc)

sein von Jordanien stellte die Anerkennung der PLO als einziger legitimer Vertreterin des palästinensischen Volkes durch die Arabische Liga offen in Frage.

Um so bedeutender die jetzigen Beschlüsse: In ihrem Schlußkommuniqué macht sich die Arabische Liga die Forderungen der PLO weitgehend zu eigen: „Die Konferenz beriet Maßnahmen, die Intifada zu unterstützen, ihre Wirkung zu vergrößern und ihre Fortdauer und Eskalation zu gewährleisten. Sie bekräftigte ihre uneingeschränkte Verpflichtung, dem palästinensischen Volk auf verschiedenen Wegen und in unterschiedlichen Formen jeden notwendigen Beistand zu gewähren, um die Fortsetzung des Widerstands und des Aufstands des palästinensischen Volkes unter der Führung der PLO sicherzustellen, bis das palästinensische Volk seine unveräußerlichen nationalen Ziele verwirk-

Pakistan: Frauen demonstrieren gegen Diskriminierung

Auch massiver Polizeieinsatz konnte nicht verhindern, daß am 25.6. in der Hauptstadt Islamabad mehrere tausend Frauen, v.a. Angehörige der werktätigen Intelligenz, gegen die Absicht des Regimes demonstrierten, das islamische Recht – Scharia – Gesetz werden zu lassen. Die Einführung des islamischen Rechts verschärft die Diskriminierung der Frauen in allen Bereichen, nicht zuletzt in der Ausbildung, zwingt ihnen den Schleier auf, verbietet sie weitestgehend aus dem öffentlichen Leben und kettet sie in der Familie fest, u.a. durch Verweigerung des Rechts, sich scheiden zu lassen. – (scc)

Solidarität mit dem Streik der mexikanischen VW-Arbeiter!

Seit Freitag, dem 1.7., streiken knapp 10000 Arbeiter des VW-Werkes in der mexikanischen Stadt Pueblo. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 48%; die VW-Geschäftsführung bietet bisher lediglich plus 22% an. Im letzten Jahr hatten die VW-Arbeiter nach über zehnwöchigem Streik die Absicht von VW verhindert, eine 15%ige Lohnkürzung durchzusetzen, und eine Lohnerhöhung von insgesamt 78% – bei einer Inflation von allerdings über 100%! – durchgesetzt. – (scc)

US-Regierung will Unterstützung für Unita verstärken

Der Chef der in Angola operierenden Unita, die in der südafrikanischen Destabilisierungspolitik ein wichtiger Faktor ist, wirbt derzeit in den USA für eine verstärkte Unterstützung seiner bewaffneten Banden. Am 28.5. verlangte er vor Kongreßabgeordneten, die US-Hilfe nicht vom Ausgang der gegenwärtigen Gespräche über die

Lösung der Probleme im südwestlichen Afrika abhängig zu machen, am 30.5. empfing ihn US-Präsident Reagan. Nach Angaben aus dem Kongreß hat die US-Regierung für die Unita über 30 Mio. \$ beantragt. – (scc)

Protest gegen Presseverfolgung in der Türkei

Das Europa-Büro der türkischen Zeitschrift „Yeni Demokrasi“ protestiert in einer Presseerklärung gegen die Verfolgung der sozialistischen Presse in der Türkei: „Es ist nicht einmal lange her, als das Internationale Presse-Institut in Istanbul getagt hat.

Trotzdem war es für den Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts kein Hindernis, die Ausgabe Nr. 10 der Yeni Demokrasi, die Nr. 3 der Emegin Bayragi und die Zeitschrift Yeni Cözüm zu beschlagnahmen und den Verkauf zu verbieten ... Der Besitzer und der Chefredakteur der Zeitschrift Tophunsal Kurtulus wurden festgenommen.“ Selbst bürgerliche Zeitungen wie Milliyet und Cumhuriyet würden verfolgt. Die Zeitschrift ruft auf, in Telegrammen an das Staatssicherheitsgericht in Istanbul und das Innenministerium in Ankara gegen diese Verfolgung zu protestieren. – (rül)



Nachdem die Verarmung der Volksmassen neue Höhepunkte erreicht, spitzt sich die politische Situation in der Türkei zu. Mittlerweile ist Hunger an der Tagesordnung. Untersuchungen belegen, daß etwa in Kurdistan jedes dritte Kind an Unterernährung leidet. Die Kaufkraft sank seit 1980 um 50%. Presseberichten zufolge soll im Gewerkschafts-Dachverband Türk Is die Bereitschaft zum Generalstreik wachsen. Das spricht für erheblichen Druck seitens der Beschäftigten, denn die Führung von Türk Is gilt als gemäßigt. Ein Generalstreik ist – wie nahezu alle Streiks – nach der Verfassung verboten. Regierungsvertreter drohten bereits indirekt mit einem Gewerkschaftsverbot, Staatspräsident Evren wiederholte seine Drohung einer Machtübernahme durch das Militär. – (Mak)

licht.“ Außerdem wird den Konfrontationsstaaten, bisher sind damit Syrien, Jordanien und die PLO gemeint, weitere materielle Unterstützung zugesagt; die Mitglieder werden zur Einhaltung des arabischen Boykotts gegen Israel aufgerufen. Wieviel Geld, wem, auf welchen Wegen, wo militärische Ausbildung, wer aus dem Gefängnis ... – darüber spekulieren nun vor allem Israel und die gesamte bürgerliche Presse. Am meisten zerreißen sie sich das Maul über die Berechnungen der monatlich nötigen Geldsumme durch die PLO. Dabei liegt es auf der Hand, daß für Tausende von Streikenden Unterhaltszahlungen notwendig sind, daß der Aufbau einer eigenständigen Ökonomie, und sei es auch vorerst nur Subsistenzwirtschaft, Geld erfordert.

Der US-Politik widmet das Schlußkommuniqué ein eigenes Kapitel: „Die Konferenz nahm zur Kenntnis, daß die USA auf ihrer Politik beharren, die voreingenommen zugunsten Israels ist und der arabischen Nation und den unveräußerlichen nationalen Rechten des palästinensischen Volkes feindlich gegenübersteht. Die Konferenz verurteilt diese Politik, die Israel ermutigt, seine Aggressionen und die Verletzung der Menschenrechte fortzusetzen und Friedensschritte zu blockieren – eine Politik, die im Gegen-

satz steht zu den Verantwortlichkeiten der Vereinigten Staaten von Amerika als ständigem Mitglied des Welt sicherheitsrates, nämlich den Weltfrieden und die Sicherheit zu garantieren.“

Zur Lösung des Konflikts fordert die Gipfelkonferenz erneut die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der UNO mit gleichberechtigter Teilnahme der PLO als einziger legitimer Vertretung des palästinensischen Volkes. Sie bekräftigt ebenso ihren „Friedensplan von Fez“ (1982), der implizit die Anerkennung für den Staat Israel bietet, und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates in Westbank und Gazastreifen vorsieht. Die PLO unterstützt diesen Friedensplan, und das sind auch die Forderungen des palästinensischen Aufstandes. Quellenhinweis: Palästina-Bulletin Nr.23, 24/88 (bar)

— Veröffentlichungen —

Gegen die Nichtversorgung von Asylbewerbern

Die Westberliner Ärztegruppe-Asyl wendet sich mit einer Broschüre gegen die Unterversorgung von Flüchtlingen, die in der BRD oder in Westberlin Asyl beantragt haben. Insbesondere kritisiert die Gruppe die medizinische Nichtversorgung. In Interviews mit Ärzten und Flüchtlingen enthüllen sie, daß die Nichtversorgung sowohl zu chronischen Krankheiten wie auch öfters zum frühen Tod der Flüchtlinge führt. Asylbewerber haben nach dem Bundessozialhilfegesetz und dem Vertrag zwischen BRD und dem Deutschen Roten Kreuz keinen Rechtsanspruch auf medizinische Versorgung, obwohl sie sie häufig nötig haben. Ob und welche Ärzte zur Verfügung stehen, ob ein Flüchtlings Medikamente erhält oder nicht, liegt im Ermessen der kommunalen Behörden, die für seine „Versorgung“ zuständig sind. Wer unter meist erbärmlichen materiellen Umständen und bereits im Ursprungsland der Verfolgung ausgesetzt über Tausende von Kilometern flüchtet, ist oft krank. Insbesondere die Folgen von Folter werden hierzulande kaum behandelt, und wenn, dann meist mit Beruhigungsmitteln. Die Gruppe wertet die Tatsache, daß den Flüchtlingen die medizinische Versorgung vorenthalten wird, als Bestandteil der Politik der Bundesregierung, alles zu tun, um Flüchtlings abzuschrecken. Sie fordert u.a.: Abschaffung des Absatz 2 im §120 des Bundessozialhilfegesetzes, der die medizinische Betreuung als „Kann“-Leistung festschreibt. (Abschrecken statt Heilen – zur medizinischen Versorgung von Asylsuchenden; Hrsg.: Ärztegruppe-Asyl Westberlin; Preis: 2,00 DM.) – (uld)

Die Ausplünderung der Neuen Heimat

Im isp-Verlag erschien im November 1987 ein Taschenbuch von Hans-Jürgen Schulz: „Die Ausplünderung der Neuen Heimat“. Der Verlag schreibt dazu: „Als langjähriger Betriebsrat und Aufsichtsrat der Neuen Heimat konnte der Autor die Geschäfte der Neuen Heimat seit Mitte der sechziger Jahre beobachten. Er gehörte zu jenen, die den Gewerkschaftsführern rechtzeitig nicht nur ihren begründeten Korruptionsverdacht vergeblich vortrugen, sondern sie auch auf die Serie von Entscheidungen hinwiesen, die das einst ertragreiche Unternehmen in den sicheren Untergang führten mußte.“

In der Tat weist Hans-Jürgen Schulz mit einer Fülle bisher unbekannter Details bei seiner Untersuchung von Aufstieg, Fall und Liqui-

dierung der Neuen Heimat glaubhaft nach, daß durch Bereicherung in Vorstands- und Gewerkschaftsführungsstagen sowie durch Bestechung quer durch alle bürgerlichen Parteien, einflußreichen Verbände bis hinein in den Deutschen Mieterbund und quer durch alle staatlichen Entscheidungsebenen bei der Expansion der Neuen Heimat zum größten Monopolbetrieb in der Wohnungswirtschaft und zu einem imperialistisch agierenden Konzern etwa 1 Mrd. DM beiseite geschafft worden sind. Der Autor verteidigt die These, daß diese Korruption eine der wichtigsten Ursachen für die Verluste bei der Neuen Heimat (S. 120) sowie für ihre Liquidierung seit

und historischen Rahmenbedingungen dieses Geschäfts, die man verkürzt so zusammenfassen kann: 1950 – 56 Wohnraumzwangsbewirtschaftung, Richtsatzmieten zur Dämpfung des Lohnkampfs, billigste staatliche Darlehen, Verteilung der benötigten Arbeitskräfte an die industriellen Standorte; 1957 – 62 Lockerung, „Kostenmiete“, staatliche Tilgungshilfen für Bankkredite, Abschöpfung erster Reallohnsteigerungen der Lohnabhängigen; 1963 – 68 Liberalisierung, „Kostenmiete“ und „Bewilligungsmiete“ für Wohnungen besseren Standards, staatliche Zinszuschüsse für immer teurere Bankkredite, verstärkter Umstieg in die Wohneigentumsbildung; 1969 – 75 Hebel antizyklischer Wirtschaftspolitik, alles wie vorher, Öffnung des Geschäfts der Gemeinnützi-



1982 zunächst zur Rettung der Bank für Gemeinwirtschaft, sodann unter dem Diktat von Gläubigerbanken und Reaktion war. Eine spannende Lektüre, aber eine ziemlich gewagte These angesichts zur Debatte stehender 19 Mrd. DM Schulden, könnte man sagen und das Buch beiseite legen.

Es enthält aber eine Fülle weiterer Diskussionsanregungen. Flüssig und in leicht faßlicher Form in die Untersuchung eingestreut, kritisiert Schulz das System des „Sozialen Wohnungsbaus“ in der BRD seit 1950 als zunächst größtes Geschäft der Nachkriegszeit mit der nackten Wohnungsnot der Lohnabhängigen für Banken (bis 1985 800 Mrd. DM Kredite, 30 Mrd. Zinsen jährlich), Versicherungswirtschaft (bis 1985 Eigentümerin nahezu jeder 3. Wohnung), Bauwirtschaft (bis 1987 1,5 Mil Beschäftigte, 100 Mrd. DM Umsatz) sowie große und mittlere Grundbesitzer. Alles angeschoben durch 300 – 400 Mrd. DM Subventionen aus Steuermitteln der Lohnabhängigen. Er streift mit zahlreichen Hinweisen die politischen

gen auf Städtebau und Industriean-siedlung; 1976 – 82 „Reformdebatte“, alles wie vorher, u.a. Aufnahme des Geschäfts mit der Wohnungsmoder-nierung nach den Instandbesetzungs-kämpfen.

Zur Entwicklung der Neuen Heimat in diesen Bedingungen weist der Autor nach, daß der gemeinnützige Wohnungsbaubereich bis 1966 als solide aufgebaut gelten konnte, bis er in die zügellose Vernichtungskonkurrenz im Wohnungs(hoch)bau, in Industriean-siedlung und Gewerbebau mit der Neuen Heimat Städtebau sowie in das imperialistische Baugeschäft mit der Neuen Heimat International mit 100 Firmen in aller Welt einstieg. Zu Recht weist Schulz darauf hin, daß es zur Rolle der gemeinnützigen, genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Unternehmungen in den Ge-werkschaften und in der Linken keine gründliche theoretische Debatte und enge sozialdemokratische Grundsätze für ihre Tätigkeit gegeben habe, son-dern erst 1973 eine DGB-Gewerkschaftstagesschließung eines „dritten Wege“ zwischen Kapitalismus und

Sozialismus über den Ausbau dieser Unternehmungen.

Ob hierin aber nicht eine oder die entscheidende Ursache für das von Hans-Jürgen Schulz u.a. beklagte Versagen der Mitbestimmung bei der Neuen Heimat gesehen werden muß, verfolgt das Buch nicht. Dabei könnte eine solche Debatte angesichts der vorhandenen zahlreichen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften immer noch lohnen. – (ped)

Die bewährten Regeln der Ergonomie

Mit deren Hilfe, so erklärte Prof. Dr. F. Nachreiner in einem jetzt veröffentlichten Vortrag vor der Bundesfachgruppenkonferenz der IG Bergbau und Energie, lasse sich „die Frage nach den Auswirkungen neuer Techniken auf Tätigkeitsstrukturen, Belastung, Beanspruchung und Gesundheit der Mitarbeiter“ beantworten. Seine allgemeine Schlußfolgerung – „es kommt vielmehr darauf an, was man damit macht“ – klingt naiv bis ignorant gegenüber gewerkschaftlicher Diskussion der Rationalisierung mit Hilfe rechnergesteuerter Produktionstechnik und Informationsverarbeitung.

Als typischer „Mitarbeiter“ gilt der Operateur. Seine beiden Aufgaben: „Überwachen, daß das System korrekt arbeitet“ und „Übernahme der Steuerung, selbstständig oder mit Hilfe anderer, wenn das System nicht korrekt arbeitet“. Nachreiners Sicht der Auswirkungen neuer Techniken ist somit bereits sehr eingeschränkt. Nachreiner nimmt die Reklamefigur für die Rationalisierung, die sich vollziehende ungeheure Leistungsverdichtung, Kontrolle und Überwachung der Beschäftigten mit Hilfe der „neuen Technik“ ist nicht sein Problem.

Aber auch bei dieser eingeschränkten Betrachtung stößt Nachreiner auf Folgen der kapitalistischen Nutzung „neuer Technik“. Zum einen Entwertung der Kenntnisse „in der Regel hoch qualifizierter Mitarbeiter“. Zum anderen deutliche Befindungsbeeinträchtigungen durch „Unter- und Überforderung, Abhängigkeit, Fremdbestimmung ...“

Nachreiners Hinweis auf Gegenwirkung durch Normen zur Gestaltung von Arbeitsaufgaben (Selbstständigkeit, Abwechselung, Erfolgsrückmeldung ...) neben bisher üblichen Normen zur Beurteilung des Arbeitsplatzes mag bei der Kritik hilfreich sein, bleibt als Strategie jedoch wirkungslos gegen die Fortentwicklung kapitalistischer Arbeitsteilung mit Hilfe „neuer Technik“. – (F. Nachreiner, Veränderungen von Tätigkeitsstrukturen durch neue Technik und deren Auswirkungen auf Belastung, Beanspruchung und Gesundheit; AFA-informationen 2/88 – haj)

Jahrestagung des BDI im Zeichen des EG-Binnenmarkts

Man droht den Gewerkschaften und bietet ihnen einen Pakt an

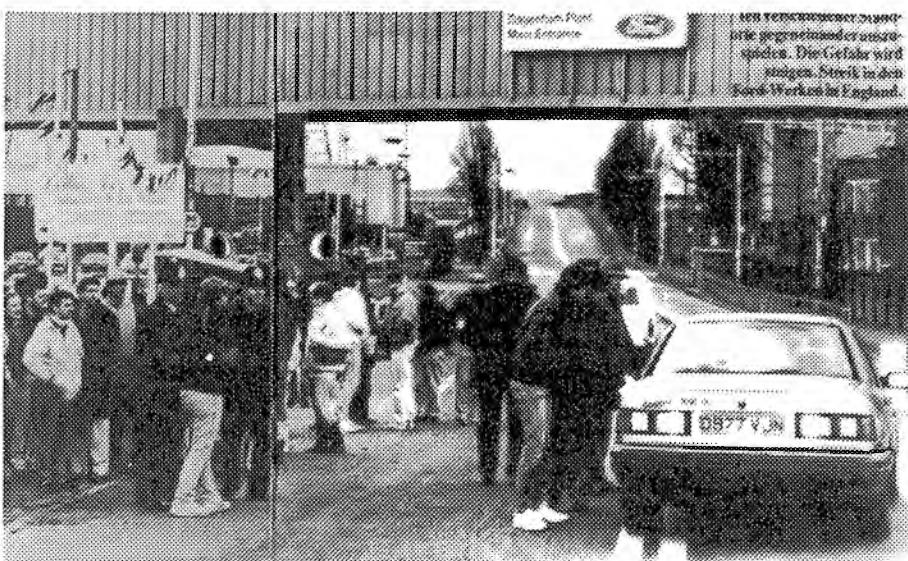
Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) führte seine Jahrestagung am 6./7. Juni in Bonn durch – drei Wochen vor dem EG-Gipfel. Die Wirtschaftspresse berichtete, Irmgard Adam-Schwaetzer habe ihren Auftritt verpatzt, als sie den anwesenden Unternehmern die „neue Mode der Mäkelei“ über den Industriestandort Bundesrepublik Deutschland vorhielt. Vorher schon habe sie die Geduld der Multiplikatoren der Wirtschaft mit länglichen Ausführungen über Gorbatschows Reformpolitik und Abschweifungen in die „Wälder des Amazonas“ strapaziert. Außerdem habe sie die steuerliche Belastung der Gewinne deutscher Unternehmen mit 50% viel zu niedrig angesetzt. Derart wenig Sachkompetenz und soviel Unbedachtsamkeit, berechtigte Standortsorgen als Mäkelei abzutun, wollte man einer FDP-Politikerin nicht nachsehen, zumal sie mit dem geschätzten Grafen Lambsdorff um den Parteivorsitz konkurriert.

Da waren die Ausführungen des Bundespräsidenten Weizsäcker weit willkommener und Till Necker als Präsident des BDI schalt später die Medien wegen verkürzter, sinnentstellender Wiedergabe der Rede des Bundespräsidenten. So sei die folgende Aussage des Bundespräsidenten fälschlicherweise vielfach als Unternehmerschelte mißverstanden worden, obwohl Weizsäcker zurecht nur darauf hingewiesen habe, daß die Unternehmer ja über Alternativen verfügen und daß die Gewerkschaften und die Politiker eigentlich mehr Grund hätten, über die Qualitäten des deut-

schen Standorts nachzudenken. Mit Genugtuung zitiert Necker dann in einem BDI-Rundbrief die Drohungen Weizsäckers an die Gewerkschaften:

„Die Internationalisierung der Märkte ist es, die bei uns die Diskussion über den Industriestandort Bundesrepublik in Gang gebracht hat. Vor allem die Wirtschaft selbst hat es getan. Manchmal wundert man sich darüber, wer in diesem Streit welchen Standpunkt bezieht. Unternehmer sind es, die sich beklagen. Sie beschreiben unser Land als den teuersten Produktionsstandort und fühlen sich durch Vorschriften aller Art eingeengt. Dabei verfügen viele von ihnen über Alternativen zu diesem Standort. Sie können auch im Ausland produzieren. Anders sieht es bei den Gewerkschaften und übrigens auch bei den Politikern aus. Sie verteidigen im allgemeinen die Qualitäten unseres Standorts, wären aber selbst die Leidtragenden ohne Ausweichchance, wenn und soweit die Klagen über den Standort berechtigt sind und nicht abgestellt werden.“

Der Gedanke, durch die Entfesselung des europäischen Marktes die Standorte und Gewerkschaften heillos in Konkurrenz und ins Hintertreffen zu bringen, ist für den BDI sicher bezauschend. Doch man weiß auch, daß die Gewerkschaften nicht einfach „Leidtragende ohne Ausweichchance“ sind, sondern von ihrer Herkunft her eher Kampfverbände. Also bietet man ihnen an, zusammen mit den Unternehmern und dem Staat einen „Pakt zugunsten des Standortes Bundesrepublik“ abzuschließen (Necker). Weiz-



Aus „Der Gewerkschafter“ Juni 88, Funktionärszeitschrift der IG Metall: „... unsere vorhandenen europäischen Bünde müssen gestärkt werden. Vielleicht müssen sie auch größere Kompetenzen erhalten.“

säcker nennt das – an die Adresse des BDI gewandt – „Vernunft“, das heißt Einsicht in den Zusammenhang von „Bilanz und Klima“. Die „Konzertierte Aktion“ habe eine Zeitlang gute Dienste geleistet. Der Bedarf nach dem, was mit ihr gemeint war, sei keineswegs geschwunden: „Findet sich dafür eine Runde, die ebenso konkret wie diskret nachdenkt und arbeitet, so wäre dies wertvoll.“

Nun weiß fast jeder, daß der DGB, wie auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), für solche Art der Zusammenarbeit nicht völlig verschlossen ist und auch von der politi-



Tyll Necker: „Nicht Überforderung der Menschen ist das eigentliche Problem unserer Zeit. Anspruchsdanken ist weit verbreitet, aber es hat zunehmend den schalen Beigeschmack von Frustration und Langeweile bekommen.“

schen Integration Europas beseelt ist. Dennoch besteht der Widerspruch, daß die großen Konzerne mit dem Binnenmarkt soziale Standards deregulieren, d.h. beseitigen wollen, während der EGB die erreichten sozialen Standards zumindest halten will. Es ist auch nicht anzunehmen, daß sich der EGB mit den Bekenntnissen des EG-Gipfels zur „Beachtung des sozialen Elements“ beruhigen läßt. Der EGB fürchtet inzwischen ein „Europa der Konzerne“ und will es ausdrücklich verhindern, er will soziale Mindeststandards. Die Deklarationen und Programme des EGB müssen bekannter werden und wahrscheinlich konkreter.

Quellen: Redemanuskripte des BDI, Handelsblatt Juni 1988 (poj)

Dokumentiert: Weizsäcker vor dem BDI

„Internationalisierung der Märkte ...“

Noch sind die wirtschafts-, finanziell- und sozialpolitischen Entscheidungen überwiegend vom nationalen Horizont geprägt. Sie werden im Blick auf inländische Mehrheits- und Machtverhältnisse getroffen. Gleichzeitig gewinnt die Internationalisierung der Märkte aber auch bei uns unablässig an Durchschlagskraft. Sie relativiert zunehmend das Gewicht rein nationaler Gesichtspunkte. Nicht nur die Unternehmen haben international die Wahl ihrer Standorte. Auch die Bürger gewinnen als Konsumenten am Markt in wachsendem Maß einen grenzüberschreitenden Einfluß. Kaufkraft schafft Arbeitsplätze. Die Frage ist nur, wo?

...Der internationale Wettbewerb, von dem wir leben, betrifft nicht nur die freie Wirtschaft. Er wird nicht nur von der Qualität der Produkte geprägt, sondern auch von der allgemeinen Standortqualität. Wir stehen, ob wir uns dessen bewußt sind oder nicht, mitten im internationalen Wettbewerb, und zwar auch mit dem Verhalten und Verhältnis von Staat und Bürger, mit der Bildung und Ausbildung, mit der Einstellung der Menschen zu Arbeit und Freizeit, zu Vorsorge und Fürsorge, mit der Tarifpolitik und dem Steuerwesen, mit dem Arbeitsrecht und der Sozialversicherung. Wir leben in einer, wenn auch indirekten, Konkurrenz der gesellschaftlichen Mentalitäten, Kräfte und Systeme.

„... zu neuen, harten Bedingungen“

Im Interesse des Arbeitsmarktes besteht für die Sozialpartner eine zwingende Notwendigkeit, sich den Besonderheiten von Branchen und Regionen so differenziert wie möglich anzupassen. ... Beschäftigungs-impulse für Arbeitslose oder gar Opfer zu ihren Gunsten durch Tarifverträge – das ist bisher die Ausnahme. Aber es bleibt die große Aufgabe...

Bei Tarifabschlüssen ist eine abgewogene Behandlung der Lohngruppen von erheblichem Gewicht. Es ist ein legitimes, menschliches und soziales Gefühl, die unteren Lohngruppen relativ besser zu bedenken. Aber gerade auch in ihrem eigenen Interesse darf man dabei einen Begleiteffekt nicht vergessen: je höher die Löhne für untere Tarifgruppen ausgehandelt werden, und je weniger dabei berücksichtigt wird, ob und inwieweit die Wertschöpfung je Arbeitsstunde in diesen Gruppen hinter dem Lohn oder der Leistung

technischer Geräte zurückbleibt, desto größer wird das Risiko des Ungelernten, keinen Arbeitsplatz zu finden. Allgemein gilt es, immer wieder abzuwagen, ob Vorteile, die dem Begünstigten ein Schutzrecht gewähren, mit Nachteilen für andere verbunden sind, vielleicht für Schwächere. ...

Die neue Machtpolitik – schlimmer als ein Waffengang

Machtpolitik erfordert in wachsendem Maße andere Fähigkeiten. Eine Großmacht kann dies nur bleiben, wenn sie es lernt, sich der Mittel einer entstehenden internationalen Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit, Red.) in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu bedienen. Vorrang und Abhängigkeiten werden damit soweit verschwinden wie gegenläufige Interessen und scharfer Wettbewerb, wie soziale Spannungen und Notstände. Diese Entwicklung bietet aber andere, fruchtbarere Mittel, um geistige, politische, wirtschaftliche und soziale Energien freizusetzen. Sie kann Beziehungen vertiefen und gegenseitige Abhängigkeiten in einem Sinne erzeugen, der Sicherheit und Stabilität so zu begründen vermag, wie sie sich mit Waffen nicht mehr erreichen lassen.

Dies steht hinter der Internationalisierung der Märkte, aber nicht als kostenloses Geschenk, sondern als Chance, und zwar zu neuen, harten Bedingungen, denn sie zwingt jedem Land höchst unbequeme Anpassungsprozesse auf. ...

Der Zusammenhang von „Bilanz und Klima“

Schutz gegen die Außenwelt wird es nicht geben. Wer den Kostenvergleich verdrängt, schaltet sich selbst aus. Wer aber die Qualität der humanen Rahmenbedingungen für die Leistungsfähigkeit unserer Betriebe und unserer Volkswirtschaft verkennt, wird es mit Kosten allein auch nicht schaffen. Freiheit, berufliche Erfüllung und Erfolg der Person sind eng verknüpft mit dem Klima im Gemeinwesen. Wachsende Spannungen und eine erkaltende unsolidarische Atmosphäre sind kein akzeptabler Preis für sinkende Kosten. Hier geht es nicht darum, harten rechnerischen Tatsachen sentimentale Gefühle gegenüberzustellen. Vielmehr gebieten Erfahrung und Vernunft die Einsicht in den untrennbar zusammenhang von menschlichem Klima und Leistungsfähigkeit, von offener Bereitschaft zur Zusammenarbeit und eigenem wohlverstandenen Interesse.

Anti-IWF-Demonstration in Nürnberg

Nürnberg. Am verkaufsoffenen 2. Juli 1988 demonstrierten ca. 400 durch die Nürnberger Innenstadt. Aufgerufen hatte das Nürnberger Aktionsbündnis zur Anti-IWF/Weltbank-Kampagne. Ein offener BMW mit Dollar- und DM-Bankiers wurde von Bauern aus der Dritte Welt mitgezogen. Zwischenkundgebungen vor den Geschäftsstellen von Siemens und Diehl griffen die internationalen Ausbeutungsstrategien dieser Konzerne an. Autonome, Autonome Frauen, VSP und MG („Falscher Protest . . .“) verteilten Flugblätter. In der abschließenden Rede auf dem Südstadtfest wurde der Werdegang der Verschuldung so dargestellt, daß zuerst arbeitsintensive Produktionen zu den billigen Arbeitskräften verlagert wurden, und als diese dann nicht mehr profitabel genug waren, eine Politik gewinnträchtigen „Leihkapitals“ einzusetzen. Solange die Ausbeutung über den Weltmarkt organisiert werden könne, sei eine grundlegende Lösung nicht möglich. Aufgerufen wurde, die sozialen Bewegungen in den Metropolen und in den abhängigen Ländern zu unterstützen. – (ola)

Bürgerentscheid gegen KTS nur knapp gescheitert

Freiburg. Bei einer Wahlbeteiligung von 50% beim Bürgerentscheid stimmten am 26.6.88 über 36000 Wähler gegen den Bau der vom Gemeinderat beschlossenen Kultur- und Tagungsstätte. Das notwendige Quorum von 39500 Stimmen wurde damit nur knapp verfehlt. Für den Bau der KTS stimmten nur ca. 29000 Wähler. Am 28.6.88 stimmte der Gemeinderat nochmals mit Mehrheit für den Bau der KTS, die damit jetzt wohl endgültig doch gebaut wird. Auffällig bei der Abstimmung war, daß in Wahlkreisen mit eher konservativen Mehrheiten überproportional gegen die KTS gestimmt wurde. Es müssen auch etliche CDU-Wähler dagegen votiert haben. Der Lokalchefredakteur der Badische Zeitung schlug eine „Denkpause“ vor einer endgültigen Entscheidung über den Bau der KTS vor. – Im Hinblick auf die Kommunalwahlen wird von dieser Seite befürchtet, bürgerliche Mehrheiten im Gemeinderat könnten schwinden.

In Stadtbezirken mit hohem Arbeiteranteil dagegen lag die Wahlbeteiligung eher niedrig; der Anteil der Neinstimmen war dort durchschnittlich. Die Haltung des Freiburger DGB für die KTS und die Spaltung der SPD in dieser Frage (sechs Gemeinderäte sind dagegen, acht dafür) dürfte mit dafür verantwortlich sein. Mit einem so hohen Anteil an Nein-Stimmen hatten die Gegner der KTS eher nicht gerechnet. – (ulb)



Vor dem Bundesgerichtshof und der Bundesanwaltschaft forderten am 22.6. Kurden die Freilassung der zwölf seit Monaten inhaftierten Kurden. Sie gaben beim Süddeutschen Rundfunk einen Brief des inhaftierten Ali Haydar Kaytan ab. Das Regionalprogramm meldete, daß Kaytan gegen die Isolationshaft am 20.6. mit dem Todesfasten begonnen hat. (Bild Fotowerkstatt Karlsruhe – rub)

Liste D von DVU in Westberlin gegründet

Westberlin. Die DVU hat erneut ihre Jahresversammlung im Internationalen Kongreß Centrum (ICC) durchgeführt, obwohl das Abgeordnetenhaus im letzten Jahr den Beschuß gefaßt hatte, daß keine Raumvermietungen an Organisationen wie die DVU mehr stattfinden sollen. Die DVU hat mit ca. 300 Teilnehmern einen Landesverband „Liste D“ gegründet. Sollte diese Liste beabsichtigen, sich an Wahlen zu beteiligen, wäre der NPD die bisher aufgrund alliierter Bestimmungen untersagte Wahlbeteiligung durch die Hintertür möglich. Dies wird, sofern der Senat nicht eigenständig Schritte dagegen unternimmt, gerichtlich geklärt werden müssen. Gegen die Versammlung der DVU führten ca. 200 Leute eine Gegenkundgebung durch. Ursprünglich war als Kundgebungsplatz der Haupteingang vor dem ICC verboten worden. Dennoch versammelten sich die Antifaschisten dann dort und behaupteten den Platz. – (gug)

Entschließung zum Ausländergesetz

Hildesheim. Der Ausländerbeirat sandte dem niedersächsischen Innenminister – anlässlich der Innenministerkonferenz in Celle – am 6. Mai eine Entschließung. Hier Auszüge:

„Der Ausländerbeirat fordert – ein . . . sicheres Aufenthaltsrecht für alle Ausländer, die sich fünf Jahre . . . aufgehalten haben. Die Erteilung . . . soll ohne besondere Voraussetzungen erfolgen . . . – die Möglichkeit des Erwerbs einer doppelten Staatsbürgerschaft . . . – keine Beschränkungen bei der Familienzusammenführung . . . – das Recht auf freie politische Betätigung und auf Mitwirkung an der politischen Willensbildung. Zumin-

dest das kommunale Wahlrecht . . . zugebilligt werden. Der Ausländerbeirat setzt sich dafür ein, daß Flüchtlinge nicht in Kriegs- und Krisengebiete abgeschoben oder an Unrechtsregimes ausgeliefert werden sollen. Arbeitsverbot, Freizügigkeitsbeschränkung und Zwangsverteilung sind aufzuheben.“ – (anp)

Lenne-Dreieck vom Senat in Besitz genommen

Westberlin. Am 1. Juli wurde das seit fünf Wochen besetzte Lenne-Dreieck geräumt. Zuvor war das Gelände im Rahmen eines Gebietstausches des Westberliner Senats mit der DDR übergeben worden. Die Westberliner Polizei hatte das Gelände, das zwar diesseits der Mauer liegt, aber noch zum DDR-Hoheitsgebiet gehörte, nicht betreten können. Die Mehrheit der ca. 300 im Hüttdorf nächtigenden Besetzer flüchtete über die Mauer in die Hauptstadt Berlin. Bei dem Konflikt geht es um die Verhinderung einer Stadtautobahntrasse, der Westtangente. Am Beginn der Besetzung erfuhr man vor allem, daß das bedrohte Gebiet ein einzigartiges Innenstadtbiotop sei, 161 Pflanzenarten seien hier heimisch, darunter so schützenswerte wie die stengellose Kratzdistel. Polizeiführung und Innensenator blieben von den botanischen Argumenten unbeeindruckt und benutzten die Situation zum Üben: mit Gittern einzäunen, Tränengaseinsatz mit gezielten Schüssen auf die Köpfe, Wasserwerfers Einsatz, Passantenkontrolle. Einige Beamte waren übereifrig, schmissen Steine oder schossen DDR-Grenzpolizisten mit Gasgranaten und Wasserwerfer von der Mauer.

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz sagt, der Bau der Schnellstraße werde u.a. zu einer erheblich stärkeren Luftverschmutzung im Innenstadtbereich führen. (chk)

EG-Gipfeltreffen

Zahlreiche Aktionen gegen EG und BRD-Imperialismus – aber wenig Gemeinsames

Hannover. Gegen das am 27./28. Juni unter BRD-Vorsitz stattgefundene EG-Gipfeltreffen und das „Fest der Europäer“ hat die politische Opposition in Hannover zahlreiche Aktionen durchgeführt. Ab Mitte Mai hatten BWK, VSP, Volksfront, Freunde des kurdischen Volkes und die Initiative Internationale Solidarität mit einem gemeinsamen Materialblatt den geplanten EG-Binnenmarkt und die imperialistische und neokolonialistische Politik der EG und des BRD-Imperialismus kritisiert und ein Bündnis gesucht. Wenn auch dies nicht zu einem breiteren Bündnis führte, so hat es doch gefördert, daß weitere Kräfte gegen den „EG-Gipfel“ tätig wurden.

– Die oben genannten Organisationen führten im Rahmen eines Bünd-

nisses drei Veranstaltungen zur „Politik der Faschisten im EG-Parlament“, EG-Nahostpolitik und für „Unterstützung der Befreiungskämpfe gegen die EG und den BRD-Imperialismus“ durch, die insgesamt von 150 Teilnehmern besucht wurden. Am 25. Juni wurden (u.a. mit Feyka Kurdistan) Stände und Kundgebungen gegen den EG-Gipfel durchgeführt.

– Die Marxistische Gruppe, die die Beratungen verlassen hatte, da sie „nationale Bewegungen nicht unterstützen würde“, führte Veranstaltungen mit Schwerpunkt „IWF und Weltwirtschaftsordnung“ durch.

– Die MLPD, die an den Beratungen mitgewirkt, ein gemeinsames Flugblatt mitgeprägt und unterzeichnet hatte, stieg vor Beginn der Aktio-



Die Veranstaltung des BWK am 24.6. zur Unterstützung der Befreiungskämpfe besuchten 90 Teilnehmer. Vertreter von Feyka Kurdistan und des PAC berichteten von der EG/BRD-Unterstützung für die Türkei und Südafrika und über den Widerstand und den bewaffneten Kampf. 510 DM wurden für den Befreiungskampf in Azania gespendet. Begrüßt wurde ein Beitrag zum Kampf des kanakischen Volkes und der FLNSK gegen den französischen Kolonialismus. Sinn Fein unterstützte in einer Grußadresse „die allgemeine Stoßrichtung Eurer Veranstaltung, d.h. die Gegnerschaft zur EG ... Sinn Feins Politik besteht darin, das Streben des irischen Volkes nach Souveränität und Neutralität zu stärken“. Untere Bilder: Stände gegen den „EG-Gipfel“; Plakat der VSP.

nen aus. Ihre Veranstaltung „Für die Einheit der Arbeiter Europas, Gegen das Europa der Konzerne, Stärkt die sozialistische Alternative, MLPD“ fand zeitgleich mit der des BWK zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen statt und wurde von nur 16 Teilnehmern besucht.

– Das autonome Frauen- und Lesbenplenum führte eine Veranstaltung zum Thema „Frauen im Befreiungskampf; Kurdistan/Palästina und die Machenschaften der EG/BRD“ durch, an der sich über 70 Frauen beteiligten.

– Die türkische Gruppe Devrimci Isci machte einen Autokorso unter der Losung „Die EG öffnet die Grenzen – die Ausländer bleiben wieder draußen“ und forderte u.a. gleiche Rechte für Ausländer.

– Die „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ führte gegen die Ruinierung der Kleinbauern Protestaktionen durch.

Daß die bürgerliche Presse diese Aktivitäten gegen die EG und den BRD-Imperialismus fast völlig verschweigen und ein „Fest der Freude“ und einen „Gipfel der Harmonie“ propagieren kann, zeigt eine Schwäche der politischen Opposition, der es nicht gelungen ist, in gemeinsamen Aktionen die öffentliche Meinung wirkungsvoll mit ihrer Kritik zu beeinflussen. – (gec)

Genossenschaftswesen

HaGe wurde in Aktiengesellschaft umgewandelt

Husum. Auf der Mitgliederversammlung der Raiffeisen Hauptgenossenschaft (HaGe) Kiel wurde mit 99,4% der Stimmen (90% sind nötig) die HaGe in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die HaGe Kiel war die größte Genossenschaft in Schleswig-Holstein (SH). Nun sollen 6 000 vinkulierte Namensaktien (1) zu einem Nennbetrag von 4 000 DM und 10 000 Aktien zu je 100 DM an Genossenschaftsmitglieder und landwirtschaftliche Erzeuger verkauft werden, die mit der AG zusammenarbeiten. Diese 25 Mio. DM sollen als zukünftiges Grundkapital festgeschrieben werden. Die bisherigen Anteile wurden im Verhältnis 1:1 eingetauscht. Der Vorstand kann bis zum 30.6.93 den Gesamtnennbetrag bis zu 10 Mio. DM mit der Ausgabe von neuen vinkulierten Namensaktien erhöhen. Der Börsenverkauf ist noch nicht vorgesehen.

Mit der Umwandlung in eine AG soll den Raiffeisen- und Volksbanken und Genossenschaftlichen Zentralinstituten über Dividendenzahlungen (bisher nur Warenrückvergütung) der nötige Reiz für Investitionen bzw. Risikokapitalanlagen gegeben werden.

U.a. hat die HaGe vor ein paar Jahren Anteile vom Alfred-Töpfer-Imperium (2) gekauft. Somit wurde der Einstieg für den Auslandshandel auf dem Getreide- und Futtermittelmarkt bzw. Handel eröffnet sowie der direkte Zugriff auf die Hamburger Getreidebörsen. 1987 hatte die HaGe ca. 50% des Getreidehandels in SH in ihren Händen konzentriert. Davon wurde jeweils ca. 1/3 innerhalb der EG und an Nicht-EG-Länder verkauft. 20% gingen in die Intervention, und 10% wurden innerhalb der BRD verkauft. Für die Zukunft sollen die Getreidelagerplätze auf drei Standorte mit Schiffsverladung konzentriert werden. Neben dem Getreidehandel ist die HaGe auf allen Genossenschaftssparten tätig, von der Fischereigenossenschaft bis zur Maschinenreparatur. Von den gut 400 Genossenschaften vor ca. 60 Jahren existieren heute noch 98. Zukünftig will die HaGe mehr Einzelgenossenschaften aufsaugen gegenüber direkter Vernichtungskonkurrenz. Somit ist die Richtung gegeben, wie sie u.a. bei den Brauereien vorexerziert wurde. Dresdner Bank, Bayerische Hypo- & Wechselbank, Vereins- und Westbank zählen zu den größten Bierproduzenten in der BRD.

(1) Der Weiterverkauf ist an Zustimmung der Mitgesellschafter gebunden. (2) Töpfer ist der größte Futtermittelhändler mit eigenen Schiffen. - (ale)

Schwarzes Würzburg

Staatsschutz gegen Kirchenkritiker eingeschaltet

Das Würzburger Bischöfliche Ordinariat erstattete Strafanzeige wegen einer Veranstaltung der „1. Würzburger Antiklerikalen Veranstaltungsreihe“ im November 87. Die Staatsschutzaufteilung der Kripo nahm die Ermittlungen gegen den Referenten, Rechtsanwalt Gottfried Niemitz, auf. Thema des Vortrags war der §166 StGB, nach dem mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bzw. Geldstrafe belegt wird, wer den „Inhalt des religiösen Bekennisses anderer bzw. die im Inland bestehenden Kirchen in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören“.

Die Anzeige war das vorläufig letzte Glied in der Verfolgung von Kirchenkritikern in Würzburg. In Reaktion auf die Äußerungen Kardinal Höffners auf dem Katholikentag in Aachen 1986, die Grünen seien „für gläubige Katholiken nicht wählbar“, u.a. wegen ihrer Haltung zum Schutz des ungeborenen Lebens, erschien in der Würzburger Stadtzeitung „Pupille“ im Sept. 86 eine 32-Zeilige Polemik gegen diesen „Oberguru der christkatholischen Sekte“. Die Vorstellung von der Erlösung nach dem Tode wurde als

„idiotische Jenseitsbeglückung“ gekennzeichnet, die treue Herde des Herrn als „ein Clan von Psychopathen“. Eine polizeiliche Großaktion im Oktober und November 1986 mit Staatsanwalt und bis zu fünf Hausdurchsuchungen folgte gegen die Redaktionsräume und die Privatwohnungen des verantwortlichen Redakteurs und des Journalisten. Strafbefehle über insgesamt 3300 DM flatterten ihnen ins Haus.

Als im Juli 87 im Stadtmagazin, inzwischen „Herr Schmidt“, über den Stand der Sache berichtet wird, wird erneut ein Ermittlungsverfahren nach §166 eingeleitet, diesmal vom Staatsschutzdezernat. Schon bei den Hausdurchsuchungen 86 war gedroht worden, daß künftig mit wiederholten Polizeiaktionen zu rechnen sei, falls weiter „auf der gleichen Linie“ geschrieben werde.

Das Würzburger Ordinariat sorgt sich offensichtlich um die Erhaltung des 2. Platzes in der Rangfolge des Prozentsatzes der Kirchgänger in der BRD nach Regensburg. Religiöser Eifer ist gefordert. Solches trifft auch bei dem christlich aktiven Besitzer der Supermarktkette Kupsch auf Offene Ohren. Er, der sich bei dem Vertrieb von Produkten aus Südafrika skrupellos zeigt, kann es seit September 87 nicht mehr mit seiner „Würde als Christ“ vereinbaren, das Stadtmagazin „Herr Schmidt“ in seinen Filialen zu verkaufen.

Ende April 1988 kommt es wegen der Strafbefehle zur erneuten Verhandlung vor Gericht. Nach einer Auseinandersetzung mit Rechtsanwalt Niemitz, „das oberhalb des Richters befindliche Kreuz, auf dem eine männliche Person angeheftet ist, (sei zu entfernen)“, stürzt Richter Goßmann entnervt aus dem Saal. Später spricht er die Angeklagten als „Außenseiter“ vom Vorwurf der Gotteslästerung frei, da eine Störung des öffentlichen Friedens nicht feststellbar war. Dafür werden die Redakteure wegen dem Begriff „Aids-Gestapo“ anlässlich einer Polizei-Razzia bei Homosexuellen zu 2400 DM Geldstrafe verurteilt.

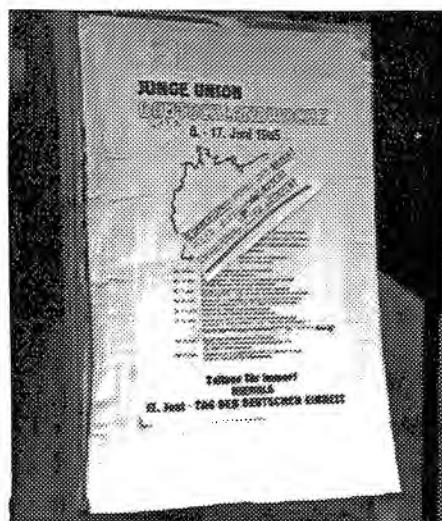
17. Juni 1988

Kundgebung gegen Revanchistenaufmarsch

Bad Harzburg. Alljährlich veranstaltet die „Arbeitsgemeinschaft 17. Juni“ eine Kundgebung am „Kreuz des deutschen Ostens“ nahe der DDR-Grenze. Dort werden regelmäßig Gebietsansprüche gegenüber der DDR, Polen, der SU usw. erhoben. Nach dem Revanchistenaufmarsch 1987 mit dem Westberliner Ex-CDU-Innensenator Lummer als Hauptredner hat sich die FDP u.a. wegen „revanchisti-

scher Reden“ aus der örtlichen AG mit dem „Bund der Vertriebenen“ und der CDU verabschiedet. Ferner waren diese Kreise wegen versuchter Beträgereien mit dem von der Landesregierung gewährten jährlichen Zuschuß von mehreren Tausend DM ins Gerede gekommen. Aus dieser Situation heraus in die Offensive kommen wollten sie mit CDU-MdB, Sprecher der „Oberschlesier“ und BdV-Präsident Czaja als Hauptredner.

Dagegen bildete sich in diesem Jahr erstmals ein Bündnis, das auf Initiative des örtlichen „Arbeitskreises Frieden“ zu einer zeitgleichen „alternativen Kundgebung“ mit anschließendem Friedensfest aufrief als „Alten-



tive zu den nationalistisch getönten Hupka-, Lummer- und Czaja-Kundgebungen“. Gefordert wurde zwar erfreulicherweise die „völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden Grenzen“, aber auch das „Einhalten der Menschenrechte und des Völkerrechts“. Mit letzterer Stoßrichtung sind imperialistische Einmischungsversuche wahrlich schwer zu bekämpfen. Fast 30 Organisationen und Gruppen aus dem ganzen Kreis Goslar unterzeichneten den Aufruf, u.a. Grüne, SPD, GEW (IGM und DGB riefen gesondert auf), DKP, VVN/BdA und Volksfront. Knapp 150 Teilnehmer hörten die Rede von Jürgen Trittin, nds. MdL der Grünen, der die Abschaffung des „verlogenen“ Nationalfeiertages forderte sowie die Streichung des Wiedervereinigungsgebotes aus der GG-Präambel, die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und der Grenzen der DDR samt Elbgrenze, die Auflösung der „Erfassungsstelle“ in Salzgitter, die Aufhebung der Patenschaft zu „Schlesien“ durch das Land Niedersachsen und die Streichung sämtlicher Zuschüsse an die Landsmannschaften und für das „Schlesier-Museum“.

Am „Kreuz“ rief Czaja 650 Zuhörer aus der Region (weniger als erwartet) dazu auf, für „eine freie Heimat im freien Europa“ zu wirken. - (mio)

Rappe (IG Chemie-Papier-Keramik)

Säuberungsaktion: Ausschlußantrag gegen gesamte VL-Leitung bei Boehringer

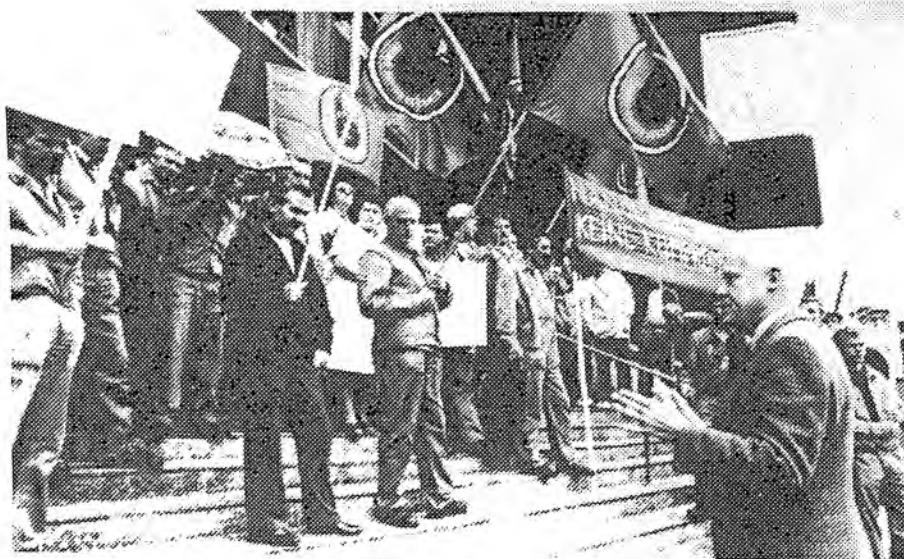
Mannheim. Der geschäftsführende Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik hat am 16.5.1988 gegen die gesamte elfköpfige Vertrauensleuteleitung (VLL) des Pharmaunternehmens Boehringer Mannheim beim Hauptvorstand (HV) Ausschlußantrag gestellt. Betroffen sind u.a. der Betriebsratsvorsitzende, sein Stellvertreter, sechs weitere, davon drei freigestellte BR-Mitglieder sowie zwei Ersatzmitglieder. Einige der Betroffenen haben auch (jetzt ruhende) außerbetriebliche gewerkschaftliche Funktionen und Mandate, z.B. im Verwaltungsstellenvorstand und beim Gewerkschaftstag 1988.

Anlaß für den Ausschlußantrag, über den am 28.7.88 entschieden wer-

absprang zugunsten Veronika Keller-Lauscher vom HV.

Über die Ablehnungsgründe für Gerd Andres ist öffentlich nur in einem Bericht der links-alternativen Zeitung „Heidelberger Communale“ vom 17.3.88 offensichtlich aufgrund von Informationen aus dem BR etwas bekannt geworden: G. Andres wolle mit seinem nach satzungsgemäßer Abführung und Versteuerung verbleibenden Aufsichtsratsgeld von ca 3000 DM sein Bundestags-Mandat absichern und sei als „Statthalter der Rappe-Politik“ für die Hinaussäuberung von Linken aus der Gewerkschaft mitverantwortlich. Tatsächlich lehnte Andres die Restabführung ab.

Der HV geht in seiner Begründung



Oktober 1986: Blitzaktion der VLL gegen geplante Abteilungsschließung. Für Rappe sicherlich zu unkooperativ.

den soll, waren Vorgänge im Zusammenhang mit der Aufsichtsratswahl: Die beiden vom HV nominierten gewerkschaftlichen Kandidaten bekamen bei der AR-Wahl am 21.4. nicht alle Stimmen der Wahlmänner und -frauen der IG Chemie. Sie fielen durch. Stattdessen bekam die wesentlich schwächere DAG ein Mandat. Dieser Wahlausgang war Ergebnis von heftigen und trotz vieler Gespräche nicht beigelegten Differenzen zwischen HV und VLL über die Nominierung der Gewerkschaftsvertreter. Der HV hatte kurzfristig Gerd Andres (SPD, MdB), auf den sicheren Platz 1 nominiert, wofür bis dahin Bezirksleiter Sutterer (mit Unterstützung der VLL) vorgesehen war. Mit diesem Vorschlag Andres/Sutterer waren die VL nicht einverstanden; sie forderten außerdem eine Kandidatur, worauf Sutterer ganz

des Ausschlußantrages von der Schuld der VLL am Wahlverhalten der Wahlmänner und -Frauen aus. Ferner wirft er der VLL Satzungsverstoß vor, da sie an die gewerkschaftlichen Aufsichtsratskandidaten die Forderung gerichtet habe, auch den Tantiemenrest einem gewerkschaftlichen Zweck zur Verfügung zu stellen. Die VLL hat in ihrer Stellungnahme allen Vorwürfen des Satzungsverstoßes begründet widersprochen.

Was hat die Kontrahenten zu ihrem Verhalten veranlaßt? Es geht um die Austragung von politischen Widersprüchen, die seit mindestens 10 Jahren, besonders aber seit Erringung der BR-Mehrheit 1981 andauern. Der HV wird schon lange nach einer Möglichkeit gesucht haben, auf dem Wege der Säuberung die Austragung der politischen Differenzen zu erledigen. Die

Gelegenheit hat er nun in einer Weise gefunden, die – so steht zu befürchten –, von ihm genutzt werden kann, ohne sich auf inhaltliche Auseinandersetzungen einlassen zu müssen. Die Vermutung liegt nahe, daß er die Eskalation an diesem für ihn günstigen Punkt bewußt provoziert hat; denn die Forderungen der VLL hätte der HV ohne substanzellen Positionsverlust für sich erfüllen können. Der Zeitpunkt freilich ist mehr als einleuchtend: 1986 hatte der Verwaltungsstellengeschäftsführer Schiltz, ein treuer Gefolgsmann von Rappe, in Anwesenheit Rappes auf der Jahresdelegiertenversammlung erstmals eine Abstimmungsniederlage hinnehmen müssen – es ging um das Zustandekommen der IG-Chemie-Delegation zur DGB-Kreis-DK, bei welcher der von den Linken geschätzte DGB-Kreisvorsitzende Hüneke abgewählt worden war. Mit dieser Jahresdelegiertenkonferenz begannen sich die Mehrheitsverhältnisse in der Verwaltungsstelle zügig zu verschieben: Die Kritiker des HV und des Verwaltungsstellenvorstandes (im wesentlichen bisher immer die „Boehringers“) wurden mehr und vermochten ihre jahrelange Isolation zu überwinden. Bei der Delegierten-Hauptversammlung der Verwaltungsstelle am 16.4.1988 schließlich errangen die Kritiker die Mehrheit der ehrenamtlichen Sitze im Vorstand – darunter vier Delegierte von Boehringer. Dies übrigens mitten in der Auseinandersetzung um die AR-Wahl.

Daß der HV bereit ist, die gewerkschaftliche Arbeit in einem Betrieb wie Boehringer u.U. auf Jahre hin zu opfern, zeigt, wie finster entschlossen die Gewerkschaftsführung ist. Dabei ist Boehringer Mannheim eigentlich von seiner sozialen Zusammensetzung her genau die Zielgruppe für Rappes oft beschworene „Angestelltenpolitik“: Von 6000 Beschäftigten sind 4500 Angestellte, darunter 1000 Akademiker. Der Organisationsgrad beträgt 34% und dürfte damit der höchste sein innerhalb der pharmazeutischen Großbetriebe der BRD.

Zu den eigentlichen politischen Auseinandersetzungen mit der Vorstandslinie hat sich die VLL bisher selbst noch nicht geäußert. Hinweise liefert der o.e. Artikel in der Communale: „Stolz verweist Betriebsrat Ede Depta auf die Vorreiterrolle seines Betriebes beim obligatorischen Freizeit-Ausgleich für Überstunden, der Abwehr betrieblicher Personaldatenerfassung und der Nichtanwendung des ‚arbeitnehmerfeindlichen‘ Beschäftigungsförderungsgesetzes. Vier z.T. mehrtägige Betriebsversammlungen im Jahr und intensive Diskussionen auf allen Ebenen, auch über Themen wie Umweltschutz, Pharmapolitik oder Autonomie am Arbeitsplatz ...“

– (tht)

Gesundheitsreferat

Gauweiler-Freund wird neuer Gesundheits-Chef

München. Nach langen, zähen Diskussionen sowie Kompetenzrängeleien wurde jetzt im Stadtrat und den dazu gehörigen Fachausschüssen zum 1.8. 1988 ein neues Gesundheitsreferat für die städtischen Krankenhäuser in München beschlossen. Zum Referenten wurde mit den Stimmen der Stadtratsfraktion Die Grünen der CSU-Kommunalpolitiker Dr. T. Zimmermann gewählt, der bisher als Chirurg im Klinikum rechts der Isar tätig war. Zimmermann ist jetzt mit seinem Gesundheitsreferat auch zuständig für die Gesundheitsbehörde (bisher Kreisverwaltungsreferat) und für die Drogenberatung (bisher Sozialreferat). Als langjähriger persönlicher Freund von Innenstaatssekretär Gauweiler hat er keine Differenzen zur bayerischen Aids-Politik und hält die Ausgrenzung durch den Maßnahmenkatalog für gerechtfertigt. Bei seiner Einstandsrede Anfang Juni machte er deutlich, wie die Kostendämpfung vorangetrieben werden soll. Zimmermann will ältere Patienten aus der Krankenhausvollversorgung ausgliedern. Fünf Prozent der 4400 Krankenbetten sollen für eine „Akut-Nachsorgeklinik“ eingesetzt werden. Die sogenannten Fehlbelegungen auf den Krankenstationen könnten damit abgebaut werden und diese kostengünstigere Schmalspurversorgung sei vor allem wegen des Wandels in der Altersstruktur dringend erforderlich. Tatsächlich hat die Rationalisierung in München schon einen Höhepunkt erreicht. Die Verweildauertage der Patienten im Krankenhaus sind mit an niedrigster Stelle im ganzen Bundesgebiet. In bestimmten Spezialabteilungen ist eine große Anzahl von Betten immer mit Privatpatienten blockiert; nach wie vor müssen Patienten im Flur, Bad oder vollgestopften Zimmern versorgt werden. Zimmermanns angekündigte Politik wird diese Lage noch weiter verschärfen. Mitte Juni hat z.B. im Schwabinger Krankenhaus die Rationalisierungsfirma Ernst & Whinney die Wirtschaftlichkeitsprüfung aufgenommen. Dafür wird diese Firma über eine Million DM kassieren. Damit sollen Zahlen geschaffen werden, um die unzureichende Personalsituation zu beschönigen, die Arbeitskraft des Pflegepersonals noch stärker auspressen zu können und dem gewerkschaftlichen Kampf der Beschäftigten in den Rücken zu fallen. 5000 Beschäftigte der Krankenhäuser und Altenheime gingen im Herbst 1987 in München auf die Straße, um für besser Arbeitsbedingungen, Bezahlung und mehr Personal zu demonstrieren. Gefordert wurde auch die Gewährung



Forderung der ÖTV für die Beschäftigten im Gesundheitswesen

einer Wechselschichtzulage, die Angliederung an den BAT und die Anpassung der übrigen Zulagen an die Lohn- und Gehaltsentwicklung. Gegenüber der Forderung nach 600 Stellen mehr sind von der Stadt verbal 120 Stellen zugestanden worden. Der neue Gesundheitsreferent gibt sich gegenüber diesen gewerkschaftlichen Forderungen eher moderat. In der Münchner Rathausumschau erklärte er, daß die Pflegekräfte objektiv gesehen keine angemessene Entlohnung hätten, das aber letztlich Sache der Tarifvertragsparteien sei.

Quellen: Münchner Rathausumschau, 29.6.88, verschiedene Ausgaben SZ. - (rul)

Hamburger Aluminium Werk

Betriebsrat bekämpft Ausländerdiskriminierung

Hamburg. Der Betriebsrat der Hamburger Aluminium Werke (HAW) verstärkt jetzt seine Bemühungen, die Diskriminierung von Arbeitern aus dem Ausland durch die Einstellungspolitik von HAW zu bekämpfen. HAW will keine Arbeiter aus dem Ausland einstellen und sortiert bei Bewerbungen schon in einer Vorauswahl alle ausländischen Arbeiter aus. Der Betriebsrat hatte im letzten Jahr eine Einstellung abgelehnt mit der Begründung, die Diskriminierung von Ausländern durch die Personalleitung verstöße gegen §3 des Grundgesetzes. HAW führt daraufhin einen Prozeß gegen den Betriebsrat, um sich vom Vorwurf der Diskriminierung reinzuwaschen und ihre Einstellungspolitik vom Arbeitsgericht legitimieren zu lassen. Am 5.8. wird der Prozeß vor dem Landesarbeitsgericht geführt. Der Betriebsrat hat beschlossen, öffentlich zu diesem Prozeß zu mobilisieren. Vor allem die ausländischen Betriebsräte bestehen darauf, daß die Einstellungspolitik von HAW härter ange-

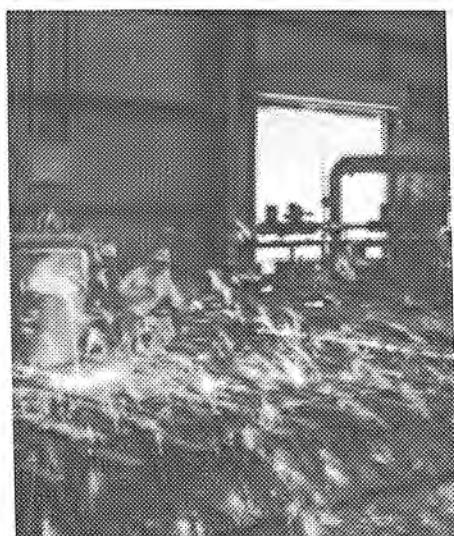
griffen und eine Änderung durchgesetzt wird.

HAW hat in den 70er Jahren die Aluminiumhütte nur betreiben können, weil die Ausländergesetze billige Arbeitskräfte, die alle Bedingungen akzeptieren mußten, zur Verfügung stellten. Kontischicht, bis dahin in Hamburg nicht üblich, wurde durchgesetzt. Arbeitsbedingungen, die zu raschem Verschleiß der Arbeitskraft führen, konnten durchgesetzt werden. In den Produktionshallen des Aluminium Werks wurden zu 90% Arbeiter aus dem Ausland ausgebaut. Hoher Krankenstand, Zunahme der arbeitsbedingten Erkrankungen und Frühverrentungen sind heute das Ergebnis für die Arbeiter aus dem Ausland, die schon fast 15 Jahre im Aluminiumwerk arbeiten.

HAW will jetzt durch die Änderung der Beschäftigungsstruktur den Ausbeutungsgrad noch erhöhen. HAW stellt für angelernte Arbeiten nur noch Facharbeiter mit Berufserfahrung ein. „Wir nehmen nur den Besten“, ist ihre Devise. Der „Beste“ kann sich nicht befinden unter:

- Jugendlichen ohne Ausbildung,
- Arbeitern, die älter als 40 Jahre sind und
- Arbeitern aus dem Ausland.

Sie werden rigoros unter den Bewerbern aussortiert. Der Betriebsrat bekämpft diese Einstellungspolitik, weil sie neue Spaltungslinien in der Belegschaft setzen soll und vor allem den ausländischen Jugendlichen nur die Perspektive billigster, meist untertariflich bezahlter Arbeit weist. Die ausländischen Arbeiter wollen das nicht akzeptieren und drängen im Betriebsrat auf Gegenmaßnahmen. HAW weist den Vorwurf der Diskriminierung weit von sich und droht dem Betriebsrat mit Kündigung, wenn er den Vorwurf aufrechterhält. HAW muß sich jetzt darauf einstellen, daß die Diskriminierung von Ausländern auch öffentlich kritisiert wird. - (güt)



In den Produktionshallen HAW arbeiten zu 90% ausländische Arbeiter.

Mediastadt

Das Media-Projekt will neue Standards bei der Arbeitszeit und Freizeit setzen

Mit einem gewaltigen Aufwand propagieren die bürgerlichen Parteien im Rat zusammen mit der Kölner Wirtschaft ihr Wirtschaftsprojekt Media-Park. „Eine glanzvolle Idee. Das wird der Kölner Wirtschaft einen gewaltigen Schub geben“ meinte der Sprecher der Industrie- und Handelskammer (IHK) Hans-Peter Kunze. (1) Für diese Propagandakampagne alleine zahlt der Rat im ersten Jahr 1,5 Millionen DM. (2) Die örtliche Presse und bundesweite Zeitungen überschlagen sich in ihrer Berichterstattung: „Kathedrale der Zukunft“ (Die Zeit), „Einzigartiger Pool von Kreativität als besonderer Standortvorteil“ (Kölner Rundschau) sind zwei Beispiele für deren Schlagzeilen.

Dieser besondere Kölner Wirtschaftsschub wird an der hohen Arbeitslosenquote überhaupt nichts ändern. Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken werden rationalisieren und den Medien-Konzernen Extraprofite verschaffen. Auf einer Tagung über die Beschäftigungseffekte des Media-Parks meinte Jürgen Seetzen vom Westberliner VDI/VDE-Technologiezentrum: „Unter dem Strich wird wahrscheinlich ein Minus herauskommen.“ (1)

Die Kölner Wirtschaft und deren Parteien behaupten immer wieder, daß die Beschäftigungszahlen in der Industrie zurückgehen und deshalb im Dienstleistungsbereich investiert werden müsse. Strukturwandel nennen sie das. Diese Beschäftigungsverschiebung hat aber schon längst stattgefunden und ist bereits vorbei. Ob der Dienstleistungsbereich nicht nur statistisch, sondern tatsächlich gegenüber der Industrie gestiegen ist, möchten wir bezweifeln. Denn viele große Industriebetriebe und -konzerne haben ihre Verwaltung ausgelagert bzw. entsprechende Unternehmen gegründet.

Die Stadt Köln geht aber inzwischen selber davon aus, daß der Dienstleistungsbereich nicht größer werden wird: „... da nun auch in diesem Wirtschaftssektor in Einzelbereichen mit verstärkten Beschäftigungsrückgängen zu rechnen ist (insbesondere im Handel, im Verkehrswesen, bei Kreditinstituten und Versicherungen). Zugewinne an Arbeitsplätzen in anderen Teilbereichen von „Unternehmen und freien Berufen“: Wirtschaftsberater, Rechtsberater, Werbefachleute, EDV-Spezialisten und ähnliches; Gebietskörperschaften werden gerade hinreichen, einen Beschäftigungsrückgang im Dienstleistungsbereich selbst zu verhindern. Es kommt somit insge-

samt, bei gegenläufigen Entwicklungs-trends, zu einer stagnierenden Be-schäftigungssituation im Bereich des Dienstleistungssektors.“ (3)

Das ganz neue Arbeitszeitgefühl

Das Projekt Media-Park ist nicht nur ein Wirtschaftsförderungs- und Rationalisierungsprojekt von Stadtbürokratie und Kapital, sondern will neue Formen noch größerer Auspressung der menschlichen Arbeitskraft durchsetzen. Flexibilisierung, unstete Ar-

das logische Durchdenken eines Auftrages, Überlegungen, mit welchen technischen und vor allem abstrakt-logischen Schritten z.B. ein Computerprogramm weitergeschrieben werden muß usw., sollen in die Freizeit verlegt werden. Als Arbeitszeit wird dann aber nur jene Zeit berechnet, wo die Leute in der Firma arbeiten oder ihre Überlegungen niederschreiben. Diese Arbeitszeit werden die Kapitalisten als persönliches Engagement, als Ergreifung einer persönlichen Chance und vieles mehr einordnen

Text-Verarbeitung am Swimming-Pool



„Computer-Kurse unter fachlicher Anleitung auf Korsika“ (aus einer Kölner Fernsehbeilage)

beit, das Ziel vieler Kapitalisten heute, ist bei diesem Projekt praktisch die Voraussetzung.

Bei der Planung und Gestaltung des Media-Parks wurden hohe Anforderungen gestellt. Aus dem Media-Park will man eine moderne Angestellten-Kaserne machen, in der junge Arbeitskräfte eingesperrt sind. Die Projektgruppe Media-Park der Stadt Köln umschreibt dies ganz vornehm:

„Darin zeigt sich eine Tendenz, analog zum Wohnumfeld auch dem Arbeitsumfeld größere Bedeutung beizumessen. Sie wird zuerst realisiert von Unternehmen und Beschäftigten, bei denen Kreativität einen großen Teil der Arbeitsprozesse bestimmt, um die Wechselwirkung zwischen Kreativität und Umfeld auszunutzen.“ (4)

Arbeitszeit und Freizeit müssen miteinander verbunden werden, das ist das Ziel. Vorbereitende Arbeiten,

wollen. Schon jetzt verlangen die Unternehmen, daß die Beschäftigten sich in ihrer Freizeit weiterbilden: Abendkurse, Besuch von Messen und das regelmäßige Studium der Fachliteratur. Das ist die moderne Konzeption von der Arbeit: Nicht mehr nur rund um die Uhr, sondern auch in der Freizeit.

Im Media-Park ist für eine solche Arbeitszeitstrategie auch noch direkt ein Weiterbildungsprojekt vorgesehen: „Lernen als Freizeitbeschäftigung“.

Wenn behauptet wird, mit dem Media-Park-Projekt endständige „die Möglichkeit, Wohnung und Arbeitsplatz wieder zusammenzuführen“ (5), so ist das ein plumpes Täuschungsmanöver für Grüne. Warum sollen dann im Media-Park überwiegend „Wohnungen für 1- bis 2-Personenhaushalte gehobenen Standards“ errichtet werden? Doch wohl deshalb, weil sich

junge Arbeitskräfte voll der Firma widmen sollen. Daß die Arbeitszeiten den Produktionsbedingungen angeglichen werden und nicht umgekehrt, war schon bei der Herausbildung der Kapitalismus eine wichtige Auseinandersetzung. Der Widerstand dagegen war schon immer groß. Heute ist er schwierig, weil die Arbeitsteilung weit vorangeschritten ist und bei der Hochtechnologie noch größer wird. Deshalb ist es demagogisch, wenn die Stadt Köln auch noch so tut, als ob die Beschäftigten „unkonventionelle Arbeitszeiten bevorzugen, Privatleben und Arbeit nicht so stark trennen wollen“, und sie deshalb im Media-Park Wohnung und Arbeitsplatz wieder zusammenführen wollen.

Das Media-Park-Projekt setzt, was Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen betreffen, einen neuen Standard. Und diesen Standard wird man dann nicht nur versuchen im Medienbereich durchzusetzen, wie z.B. beim WDR, sondern auch in der Banken- und Versicherungswirtschaft, bei den Verlagen und für die großen Konzerne, die alle

hochmoderne Computeranlagen besitzen. Durch die Schaffung einer ortssässigen Medienwirtschaft entsteht auch ein Arbeitskräfte reservoir, kostengünstig und disponibel für all diese großen Konzerne.

Durch „freie Mitarbeit“, „Projektverträge“ o.ä. kann zudem das Arbeits- und Tarifrecht unterlaufen werden.

Trotzdem ein Konzernprojekt

Der Media-Park ist keineswegs für mittlere und kleine Betriebe gedacht. Nur „konsolidierte“ Firmen sind erwünscht. Nach Angaben der Stadt haben sich 1000 Unternehmen interessiert erklärt. Fest steht, daß RTL, also der Bertelsmann-Konzern, der erst kürzlich die Übertragungs- und Verkaufsrechte für die Fußballbundesligaspiele erstanden hat, beim Media-Park mitmacht. Dazu kommen Konzerne wie Siemens, Phillips, Sony, Telenorma, digital, Bull. Der Einzug in den Media-Park wird für normale Betriebe überhaupt nicht möglich sein. D.h. ein Einzug ist nur dann

möglich, wenn der Betrieb eine Tochter von einem großen Konzern ist und damit die entsprechenden Gelder hat oder aber einen festen Konzernauftag, der mit solchen Auflagen verbunden ist, daß der Betrieb in den Media-Park ziehen muß.

Sehr wahrscheinlich wird die Kölner-Versicherungswirtschaft als Investor auftreten. Das Media-Park-Projekt ist in vieler Hinsicht profitabel: Als Geldanlage, da die Stadt Köln ein sehr sicherer Gläubiger ist, als neues Arbeitskräfte reservoir und wegen der Wertsteigerung der vielen Grundstücke, die rund um den Media-Park zu einem großen Teil den Versicherungen gehören.

Quellen: (1) Die Zeit Nr. 21, vom 20. 5.1988; (2) IHK-Zeitung, Markt+ Wirtschaft 1/88; (3) Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarkt in Köln, Seite 129, aus der Reihe Stadtentwicklung in Köln Heft 10; (4) Nutzungskonzept Media Park; (5) Mediaprojektgruppe: Köln – eine große Medien- und Kommunikationsstadt. – (crw, jöd)

Elektronikeinsatz im klassischen Verwaltungsbereich

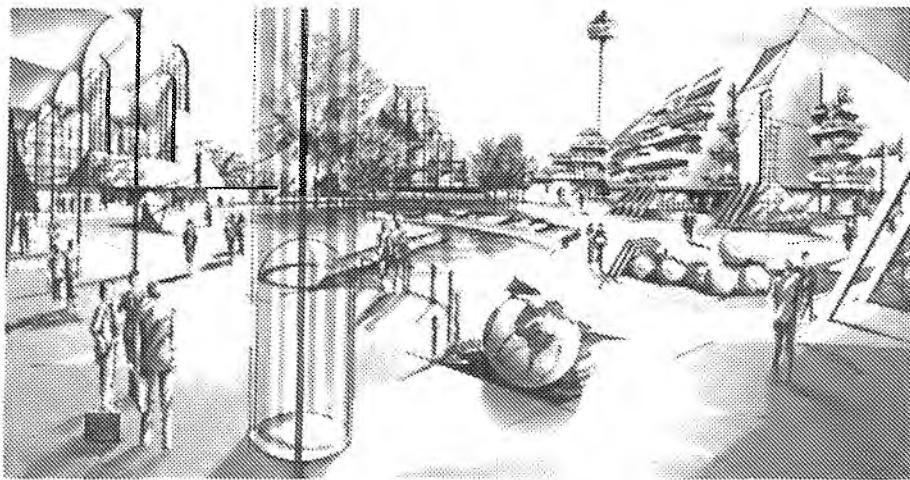
Konnte der Einsatz der Mikroelektronik in Produktionssteuerung noch privatkapitalistisch organisiert werden, so zielt das, wofür der Media-Park gedacht ist, auf ein Gebiet, in dem es um gesellschaftliche Infrastrukturmaßnahmen geht, die eine gewisse Normung erfordern: Telekommunikation, Telematik (Kunstwort aus Telekommunikation, sprich Datenfernübertragung, und Informatik, sprich Informationsverarbeitung). Gemeint ist der Vorgang, daß Produktions- und Verwaltungsdaten auf elektronischem Wege produziert, versandt, verändert und bearbeitet werden können. Zwar ist auch hier die Entwicklung in den großen Konzernen unter Einbeziehung von Zuliefer- und Abnehmerbetrieben bereits weit fortgeschritten. Aber die Entwicklung ist uneinheitlich und stößt an die Grenzen der Konkurrenz. So ist verständlich, daß der Staatsapparat, hier vertreten durch die Kommune Köln, in die Funktion eintritt, Vereinheitlichung und Normung bereits in der Entwicklungsphase neuer Kommunikationstechnologien zu organisieren.

So besteht denn auch der Plan, das Projekt Mediapark auch zu einem Drittel mit Betrieben der klassischen Medienwirtschaft, also Zeitungs-, Verlags-, Video- und Fernsehproduktion zu bestücken. Ein weiteres läuft unter dem Kapitel Telematik: Betriebe der Informationstechnologie, Softwarehäuser, öffentliche Datenbanken und Auskunftsysteme

etc. Einen ebenfalls bedeutenden Anteil machen Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung aus. Hier soll der Umgang mit moderner Informations-technologie, sprich Computern und Datenbanken erlernbar sein, wobei das derzeitige Monopol der privaten Anbieter solcher Bildungsmaßnahmen ausdrücklich festgehalten wird.

Im Bereich der „Neuen Medien“ zeichnet sich eine Entwicklung ab, die in der Druckindustrie bereits stattgefunden hat. Nutznießer des Ausbaus der Kommunikationstechnologie und des ungehemmten Flusses von Informationen über öffentliche oder allgemein zugängliche Datennetze und

Datenbanken wären vor allem Versicherungs- und Handelskonzern, deren Informations- und Finanztransaktionen gewaltig vereinfacht und beschleunigt werden. (Teilweise buchen schon heute Versicherungsvertreter ihre Abschlüsse per PC und Telefonnetz direkt in die Zentralrechner ein) Aber auch generell erfordert die Automatisierung von Informations-, sprich Büroarbeit, die Normierung nicht nur der Übertragung, sondern auch der Verarbeitungsweg. Nur so kann letztlich die Elektronik im Verwaltungsbereich ähnliche Wirkung zeitigen wie schon in der Produktionsautomatik.



„Die Vision vom nachindustriellen Leben und Arbeiten: Der Media-Mensch wohnt auf dem Gereon-Gelände in einem geräumigen und hellen Appartement. Ein kurzer Spaziergang durch den weitläufigen Park - und er ist in seinem Büro im Telematikcenter. Mit seinen Arbeitskollegen in London, Amsterdam und Tokio verkehrt er per Videokonferenz oder Bildtelephon.“ So schildert „Die Zeit“ vom 20.5. die Kapitalistenpläne. „Schlafen im Büro“ wäre treffender.

GEW zeigt sich kampfbereit

Hamburg. Ca. 5000 Lehrer und Lehrerinnen demonstrierten am 14.6. vor dem Rathaus, um dem unter Voscherau neu zusammengesetzten Senat deutlich zu machen, daß sie sich nicht noch einmal von der Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst abkoppeln lassen. Jetzt müßten die Gelder im Haushalt '89 zur Finanzierung von 1 bzw. 2 Unterrichtsstunden (Gymnasial- bzw. Volks- und Realschul-Lehrer) weniger pro Woche bereit gestellt werden! Der 1. Bürgermeister bot Gespräche an. - (asd)

Kieler Woche Kongreß Medienkonzentration

Kiel. „Medien in Europa – Kommunikation oder Kommerz“ war das Thema der zentralen Veranstaltung der IG Medien. Eingeladen waren in- und ausländische Journalisten und Mitglieder aus den Druck- und Mediengewerkschaften in der EG. Die Schwerpunkte waren: – Zunehmende Medienkonzentration über die Grenzen hinweg; bald werden fünf Mediengiganten (v.a. Bertelsmann) weltweit die öffentliche Meinung kontrollieren. – Kommt die

18000 Lohnabhängige beteiligten sich am 29.6. bundesweit an Warnstreiks gegen die Lohnsenkungspläne der Textilkapitalisten. Im Bezirk Nordrhein streikten 2000 Mitglieder der Gewerkschaft Textil Bekleidung in 15 Betrieben und führten in Mönchengladbach eine Protestdemonstration durch (Bild). 1300 Närerinnen aus südhessischen Bekleidungsbetrieben kamen während eines vierstündigen Warnstreiks in Sprendlingen-Dreieich zu einer Streikversammlung zusammen. – (rül)

arbeitende Bevölkerung noch in den Medien vor? – Wird Rundfunk zur Ware mit dem ausschließlichen Ziel der Profitmaximierung? Wie wirkt sich das auf die Arbeitsbedingungen aus? – Was bedeuten die neuen EG-Richtlinien für das Fernsehen? Als Ergebnis verabschiedete der Kongreß die „Kieler Erklärung“. Aus Furcht vor „Einseitigkeit“ haben Industrie- und Handelskammer, die Bundespost, RSH (Privatsender), der Zeitungsverlegerverband Schleswig-Holstein und andere einen „Gegen“-Kongreß veranstaltet. Themen waren u.a.: neue Techniken, Werbung und politische Bildung. – (voi)



Knapp 2000 Beschäftigte des belgischen Rüstungsunternehmens FN in Herstal führten am 31. Mai einen 24stündigen Streik durch. Die Geschäftsleitung hatte für sämtliche Angestellten unter Bruch des Tarifvertrages eine Lohnsenkung um 10% angeordnet. Zusätzlich hatte sie für 1989 weitere 600 Entlassungen angekündigt. Seit 1975 hat der Konzern durch Rationalisierungen die Zahl der Lohnabhängigen von 10286 auf 6086 im letzten Jahr verringert. Die Spaltung der Belegschaft in vier verschiedene Gewerkschaften hatte solche Rationalisierungsprogramme erleichtert. Die Aktion am 31. Mai war die erste gemeinsame Aktion aller vier Gewerkschaften seit vielen Jahren. – (rül)



Opel: Warnstreik gegen Entlassungsplan

Etwa 10000 Lohnabhängige in den Rüsselsheimer Opel-Werken legten am 29.6. für eine Stunde die Arbeit nieder. Die Aktion, die aus Anlaß der Bilanzpressekonferenz des Opel-Vorstands durchgeführt wurde, richtete sich gegen neue Rationalisierungspläne des Konzerns. Der Konzernvorstand will bis 1992 die Belegschaft durch Rationalisierungsmaßnahmen um 9000 Lohnabhängige verringern. Sprecher des Betriebsrats und des Vertrauensleutekörpers verlangten, daß der Vorstand bis zur Betriebsversammlung am 5.7. seine Entlassungsvorhaben zurücknimmt. – (rül)

BAG illegalisiert Warnstreiks

Das Bundesarbeitsgericht hat zwei Grundsatzentscheidungen gefällt, die von der Wirtschaftspresse als Wende in der Rechtssprechung gefeiert werden. Auch für Warnstreiks gelte das „Ultima-ratio-Prinzip“ (letztes Mittel). Warnstreiks während laufender Verhandlungen sind nicht mehr zulässig. Wird dennoch gestreikt, gelten die Verhandlungen als gescheitert und kann sofort ausgesperrt werden. Betriebsblockaden bedeuten einen „Eingriff in den eingerichteten Gewerbebetrieb“ und sind schadensersatzpflichtig. Anlaß: Ein Warnstreik der HBV bei Horten in Reutlingen, bei dem die Eingänge bis 10 Uhr versperrt wurden (28900 DM Schaden) sowie ein „Menschenauflauf“ in-

folge Mordversuchs an einem Gewerkschafter, der zu einer Blockade des Druckzentrums der Stuttgarter Zeitung führte (50000 DM). Zur Tatsachenprüfung gehen beide Fälle an das LAG Bawü zurück. – (poj)

Geheimdienste in die Betriebe?

Augsburg. Der bayerische Innenstaatssekretär Gauweiler will Informanten und V-Leute in Betrieben, Behörden und Schulen einsetzen „bei der Bekämpfung der Rauschgift- und der organisierten Kriminalität“. Nachdem die Zusammenarbeit von Siemens mit dem Geheimdienst aufgedeckt wurde, will die Staatsregierung diese Praktiken nicht etwa einstellen, sondern ausdehnen. Mit einer Plakataktion will Gauweiler in Betrieben, Behörden und Schulen für Spitzeldienste für den Verfassungsschutz werben. Die SPD fordert nur eine „gesetzliche Abgrenzung“ von V-Männer-Diensten. – (poj)

Streik im Westberliner Einzelhandel

Westberlin. An der ersten stadtweiten Streikaktion im Einzelhandel gegen die Verlängerung der Ladenschlußzeiten haben sich am 21.6.88 ca. 5000 Beschäftigte beteiligt. Die großen Kaufhäuser konnten nur mit einem „Notdienst“ geöffnet werden, mindestens 65 Filialen der Filialketten wurden ganz geschlossen. Scheitern die Tarifverhandlungen, werden die Aktionen mit dem Ziel weitergeführt, Betriebsvereinbarungen zu erzwingen. – (inam)

Arbeitszeitdiskussion

DGB und SPD Westberlin: Streit über Lohnverzichtthesen

Mitte Juni hat der Landesvorsitzende der SPD Momper seine an Lafontaine angelehnten Vorstellungen in einer Podiumsdiskussion mit dem ÖTV-Vorsitzenden des Bezirks erneut verteidigt. Er befürwortet Lohnverzicht für Arbeitszeitverkürzung bereits bei 2500 DM Monatseinkommen. Die Auseinandersetzung bekommt in Westberlin besondere Brisanz, da Anfang 1989 Abgeordnetenhauswahlen sind. Momper ist inzwischen SPD-Spitzenkandidat, der DGB-Vorsitzende Pagels hat nach einem blamablen Abstimmungsergebnis auf eine Kandidatur zum Abgeordnetenhaus verzichtet. Zuvor hatte er Momper als für Arbeitnehmer nicht wählbar bezeichnet. – (har, chk)

Walter Momper (SPD): „Die wirtschaftliche Zukunft Berlins“, 29.3.88

Oskar Lafontaine hat so viel Resonanz gefunden, weil er Tabus gebrochen hat ... Ich glaube, das ist ein verbleibendes Verdienst dieses Vorstoßes, und deshalb kam dieser Vorstoß auch zur richtigen Zeit ... Edzard Reuter, der als Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG auch gleichzeitig ein Interessenvertreter der Industrie ist, ... will pragmatische Lösungen für das jeweils am stärksten verletzte Ziel der Ökonomie, und das ist derzeit ganz eindeutig das Ziel der Vollbeschäftigung. Ich kann mich dem nur anschließen ... Pragmatisch betrachtet ist es aus meiner Sicht so, daß sich die Industrieration Bundesrepublik Deutschland heute nicht mehr nur geruhsam auf die interne Verteidigung des erarbeiteten Sozialproduktes konzentrieren kann, sondern daß sie zunehmend darauf achten muß, dieses Sozialprodukt im Weltmaßstab überhaupt halten zu können. Es geht nicht mehr nur um die Verteilung des Wohlstandes, sondern um die Erhaltung des Wohlstandes. Das Industrieland Bundesrepublik Deutschland muß sich mehr nach der Decke strecken, es muß flexibler und agiler handeln, und zwar nicht nur die Unternehmer, sondern die Arbeitnehmer auch.

Im gesamten Bereich der modernen Dienstleistungen entstehen ganz neuartige Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, die mit den bisherigen Kriterien der Fabrikarbeit in keiner Weise zu vergleichen sind, Arbeitsplätze, bei denen die alten Arbeitzeitregelungen, das alte Arbeitsrecht, die Mitbestimmungsgesetze kaum der Wirklichkeit entsprechen. Hier sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, die sich außerordentlich flexibel den Marktbedürfnissen anpassen müssen, die sich selbstständig organisieren, die Bürokratien nicht brauchen können und die auch bereit sind, Risiken einzugehen ... Das markanteste Kennzeichen des Berliner Arbeitsmarktes ist jedoch der *öffentliche Dienst* (Hervorh. d. Momper) ... Nun gerät das Land Berlin ... finanziell in immer größere Bedrängnis. Es wird in Zukunft keinerlei Ausweitung der Ausgaben für den öffentlichen Dienst geben können. Und dennoch kann und muß der öffentliche Dienst zu einem Instrument der Arbeitsmarktpolitik werden. Zur Beschäftigung von mehr Menschen in diesem Sektor kann die Lösung aber nicht der Ruf nach zusätzlichen Planstellen sein, es muß der Ruf nach mehr Flexibilität sein ... Ich bin für spürbare und gravierende Beschäftigungsmaßnahmen innerhalb des öffentlichen Dienstes, für den Abbau nicht mehr zeitgemäßer Privilegien und für flexiblere Anstellungsbedingungen. Um Ihnen ein Beispiel nach der Art von Oskar Lafontaine zu geben: Für die Beschäftigten des gehobenen und höheren Dienstes inklusive Angestellten der Universitäten gibt allein das Land Berlin jährlich 3,5 Milliarden DM aus. Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich um 10 Prozent, also um 4 Stunden in der Woche, würde 350 Millionen DM einsparen, womit rund 9000 Menschen ange-

stellt werden könnten. Wenn man denn nicht zu einer solchen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich greifen will, so könnte man statt dessen Spielraum dadurch gewinnen, daß man die jährlichen Gehaltszuwächse und Zusatzleistungen begrenzt oder aber die Beförderungsentwicklung stoppt ... Hier erhebt sich insgesamt die Frage, ob wir uns das starre Berufsbeamtentum mit seinen laufbahn- und besoldungsrechtlichen Regelungen auf mittlere Sicht überhaupt noch in dieser Form werden leisten können. Der jetzige Tarifabschluß im öffentlichen Dienst mag ein notwendiger Kompromiß sein, weil er einen Arbeitskampf verhindert hat, ich sage aber deutlich: Arbeitsplätze werden damit nicht geschaffen ... Vielfach stehen einer Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst schlachtrichtig die starren gesetzlichen und tariflichen Regelungen im Wege, nicht aber die Betroffenen selbst.

Stellungnahme des Bezirksvorstandes der Gewerkschaft ÖTV, 25.4.88

Mit solchen Aussagen werden konservativ-liberale Politikansätze gestärkt, die schon seit langem die tariflichen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Arbeitnehmer/innen als Behinderung der „freien Marktwirtschaft“ auslegen und abbauen wollen ... Mit aller Schärfe wendet sich der Bezirksvorstand ... gegen die Aussagen zur Zukunft des öffentlichen Dienstes in der Stadt. Wer den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mangelnde Flexibilität, Privilegien und Bürokratismus nachsagt, übersieht die enormen Belastungen der Arbeitnehmer/innen durch den Stellenabbau und den „Nullstellenplan“ und verweigert die Anerkennung für die hohe Leistungsbereitschaft der Beschäftigten, mit der allein in den letzten Jahren die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gewährleistet worden ist. Wer darüber hinaus jeder Ausweitung der Ausgaben des öffentlichen Dienstes für die Zukunft eine Absage erteilt, jährliche Gehaltszuwächse und Zusatzleistungen begrenzen will und einen Beförderungsstopp fordert, muß mit der entschiedenen Kritik der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft rechnen. Mit einer solchen Politik sind in der Vergangenheit keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen worden. Auch in Zukunft garantieren derartige Maßnahmen kein Mehr an Arbeitsplätzen. Vielmehr würde ein Ausgabenstopp Tarifverhandlungen über Lohn und Gehalt in Frage stellen sowie Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft gefährden. Völlig unakzeptabel sind Vorstellungen, die auf eine Einschränkung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte nach dem Personalvertretungsrecht hinauslaufen ... Eine klare Absage erteilt der Bezirksvorstand der Gewerkschaft ÖTV Berlin der Forderung, im öffentlichen Dienst für den gehobenen und höheren Dienst eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich um 10 Prozent durchzusetzen ... Es hieße, Vollzeitbeschäftigte zur Teilzeitarbeit zu zwingen, wenn bei Arbeitszeitverkürzung in gleicher Höhe auf Einkommen verzichtet würde ... Die Aussage des SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden, Walter MOMPER, mit dem Tarifabschluß '88 im öffentlichen Dienst würden keine Arbeitsplätze geschaffen, erschwert die Auseinandersetzung mit dem konservativ-liberalen Senat um den Beschäftigtenausgleich. Statt Solidarität mit den Arbeitslosen wird die Politik der Nullstellenplanung unterstützt.

Michael Pagels (DGB-Vorsitzender)

Während der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre hat Reichskanzler Brüning mit Hilfe von Notverordnungen Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich durchgesetzt. Das Ergebnis war eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Seit dieser Zeit werden in den Wirtschaftswissenschaften die Maßnahmen Brünings als eine lehrbuchhafte Regierungsfehlentscheidung abgehandelt. Selbst Lafontaine wollte den Lohnverzicht auf Erwerbstätige mit einem monatlichen Einkommen von mehr als 5000 Mark begrenzen. Walter Momper will diese Einkommensgrenze auf 2500 Mark drücken ...

Kriminalromane

Bücher des spanischen Autors Montalbán

„Der Pianist“ (Kunst und Politik)

Der 379 Seiten starke Roman handelt von zwei spanischen Künstlern: Doria, ein berühmter Komponist, reich und erfolgreich, und Rosell, ein unbekannter Pianist, arm und verkannt. Ihr Zusammentreffen wird auf dem Hintergrund der politischen Verhältnisse in den Jahren 1983, 1946 und 1936 geschildert. Dabei verwendet der Autor das spannende Stilmittel, gegen die zeitliche Abfolge zu schreiben, und zwar ohne am Schluß (wie bei einer Rückblende) die Gegenwart wieder aufzunehmen. Die Gespräche der Personen sind schwer zu verstehen, da beim Leser Kenntnisse über die kulturelle Szene der letzten hundert Jahre (insbesondere des Surrealismus) und der politischen Verhältnisse in Spanien seit den 30er Jahren vorausgesetzt werden. Der Autor ergreift Partei für den seiner (trotzkistischen) Überzeugung treu gebliebenen Rosell und läßt an den opportunistischen Intellektuellen damals und heute kein gutes Haar. Sie erscheinen widerlich, was gewollt ist. Mir fehlt dabei der Kampf, der Widerspruch und die Einheit. So schlecht, wie der Autor sie macht, werden die Leute vielleicht nicht sein — und so gut ist der Autor auch nicht.

Manuel Vázquez Montalbán. *Der Pianist*. Rowohlt — tob

„Manche gehen Baden“

— Oder: Gemeinsames Abspecken befreit von Geschichtsballast —

Als Kriminalromane aufgezogene Milieugeschichten der neuen Mittelklasse erscheinen in letzter Zeit häufiger. (Die Kneipe, wo der Leser auch mal war, „Typen“, genau so, wie er sie kennt, usw. usf.) Nachdem neue Innerlich- und Äußerlichkeit — z.B. lebensgeschichtliche Betroffenheit und Eß-, „kultur“ — die Soziologie als Selbstverständigungsmittel der neuen Mittelklasse ersetzt haben —



warum also nicht auch Kriminalromane. In dem als „Thriller“ völlig fehlangezeigten Kriminalroman von M. Vázquez Montalbán „Manche gehen Baden“ hat der Versuch solcher Art Vergangenheits- und Gegenwartsbewältigung allerdings jeglichen Handlungsfaden überwuchert. Der Kriminalroman ist Vorwand — dokumentiert durch eine Person Namens José Pepe Carvalho, Privatdetektiv, der angeblich Fälle löst, wenn er sich nicht gerade mit Essen befaßt —, und der Hauptinhalt sind Gerede und Anspielungen auf die spanische Tagespolitik in der nachfranquistischen Gonzales-Zeit. Schauplatz zur Abwechslung nicht das Restaurant, sondern die Fastenklinik. (Der nächste Schauplatz kann dann wieder das Restaurant sein usw.) In dieser Fastenklinik findet sich die neue klassenlose Abspeckgesellschaft

ein: der franquistische Obrist, der folkloristische „Baske“, besagter Carvalho, verschiedene gesamteuropäische Personen usw. usf. In frivolem bis zynischem Gerede wird Zeitgeschichte verarbeitet. Der Vorsitzende der Comisiones Obreras taucht auf dem Bildschirm auf, ebenso der Parteisekretär der PSOE, die Abspeckgesellschaft gibt ihre Kommentare. Ab und zu tauchen linke Phrasen aus dem Gebrabbel auf, wie Anspielungen auf längst vergangene Zeiten, als diejenigen, die heute die wachsende Schicht der Senoritos (der neuen feinen Pinkel) bilden, noch antifaschistische Ziele gemeinsam mit der Arbeiterbewegung verfolgten. Ach ja, die Handlung: Plötzlich passieren Morde in der Klinik. Grund: Zwei Damen waren früher Nazi-Agentinnen, haben Nazi-Archive aufbewahrt, die wollen jetzt die Amerikaner, irgendwie gehen deswegen welche Baden (soll heißen: u.a. liegt eine Leiche im Schwimmbecken). M. Vázquez Montalbán, *Manche gehen Baden*, rororo — (chc)

„Tahiti liegt bei Barcelona“

Es kommt schon nicht oft vor, daß Kriminalromane deutliche Meinungsverschiedenheiten bei den Lesern hervorufen, die für die Politischen Berichte Rezensionen schreiben. Bei dem Autor Monatalbán ist dies aber der Fall, und insofern lohnt sich's bestimmt, seine Bücher zu lesen. In dem Roman „Tahiti liegt bei Barcelona“, handelt sich's um einen Serienroman mit

Zentralfigur und feststehenden Nebenfiguren. Die Handlungen der Zentralfigur sind in hohem Maße ritualisiert, hierin gibt es keinen großen Unterschied zu anderen Krimis. Der Unterschied liegt in dem politischen Bezugsrahmen, der eindeutig ist und in der pädagogischen Absicht, die ganz deutlich heraussticht und Beifall oder Mißfallen abwechselnd auslöst. Die politischen Aussagen in dem Roman „Tahiti“ können auch plump formuliert werden. Sie würden dann lauten: Die Reichen leiden auch, vor allem unter ihrer Einsamkeit, und besonders einsam sind die Frauen der Reichen. Die Armen sind auch Menschen, manchmal sogar mehr als die anderen. Im Gauner- und Prostituiertermilieu geht es romantisch zu, einige der besten Freunde der Zentralfigur sind Gauner und Prostituierte. Der CIA ist für Linksliberale ein akzeptabler Arbeitsplatz. Katalanien in Spanien ist beautiful. Ca. zwanzig Aussagen dies Typs ließen sich bestimmt noch finden. Die — wie es modern heißt — Botschaft dieser Romane ist damit unvergleichlich komplexer und das Lesevergnügen größer als in der Branche üblich. Was fehlt ist ein Element von Kritik. Die Dinge werden hingestellt, warum sie sind, wie sie dargestellt werden, erfährt man nicht, und kann man sich auch kaum erschließen. Aus dieser Anlage entsteht eine Zentralfigur, die sich ihrer Sache unerträglich gewiß ist und höchsten von Unlust, nie jedoch von Zweifeln geplagt wird. Das kann einem so nach dem vierten, fünften Buch doch an die Nerven gehen. — (maf)

„Der Mord im Zentralkomitee“

Der Vorsitzende der spanischen KP wird während einer ZK-Sitzung ermordet. Der Mord findet — klassisches Sujet des Kriminalro-

mans — im verschlossenen Raum statt. Niemand konnte hinein, niemand konnte hinaus. Das gesamte ZK befindet sich im geschlossenen Raum — eine politische Anspielung, mit der sich Montalbán im ganzen Roman auseinandersetzt. Dies ist auch der Grund, warum der Mord überhaupt geschehen konnte. Nur sechs Personen kommen allerdings dafür infrage. Archetypen von ZK-Mitgliedern. Das ZK beauftragt José Carvalho, unter Franco als Kommunist im Widerstand und im Gefängnis, dann beim CIA und jetzt Privatdetektiv in Barcelona, den Mord aufzuklären, weil es die Untersuchung nicht dem hohen Polizeibeamten überlassen will, der unter Franco hauptsächlich damit beschäftigt war, Kommunisten zu verfolgen. Es wird völlig klar, daß die Polizei — auch

damit er ihnen den Namen des Mörders, den er selber immer noch sucht, preisgibt. Carvalho sucht einen „pensionierten“ CIA-Instrukteur auf und versucht Informationen zu erhalten. Der gibt ihm zu verstehen, daß er im Ruhestand ist und der CIA nichts damit zu tun hat. Ohne daß damit die Auflösung preisgegeben wird, wird deutlich, daß auch ein CIA im Rollstuhl immer noch gefährlich ist. Aber nur für die, die derartig erstarrt sind; für eine Parteiführung, die aus lauter Säulenheiligen besteht, die sich im geschlossenen Raum befindet, so daß ihre Augen allenfalls blinzelnd die Wirklichkeit erahnen können. Obwohl Montalbán erklärt, warum das so ist — kaum begründet, mußte die KP für Jahrzehnte im Untergrund kämpfen, und jetzt nach Francos Tod sich äu-



Der Autor spielt viel auf die politischen Änderungen gegenüber der Franco-Diktatur an.

personell — die gleiche wie unter Franco ist und alle in dieser Zeit angelegten Dossiers noch komplett vorhanden sind. Alle sind überzeugt: Das muß der CIA gewesen sein. Mehrere Geheimdienste versuchen, Carvalho unter Druck zu setzen und zu erpressen,

berst mißtrauisch der Legalität stellen —, ist er nicht bereit, das zu entschuldigen. Ein spannender Krimi und eine interessante Auseinandersetzung mit der Politik der spanischen KP.

V. Montalbán. *Der Mord im Zentralkomitee*. tororo Thriller — (ti)

Rüstungskonzern Diehl

Waffen in alle Welt

Mit einem Umsatz von 2,168 Mrd. DM 1986 erreichte der Rüstungskonzern Diehl den 87. Platz unter den einhundert umsatzstärksten Industrieunternehmen in der BRD. Dabei wurde der Pro-Kopf-Umsatz in den letzten sieben Jahren um 72% gesteigert, die Belegschaft um 1660 auf 13613 Beschäftigte abgebaut. Die Gewinne, so die Geschäftsleitung, haben „unseren Erwartungen voll entsprochen.“

Der heutige Konzern-Chef Karl Diehl übernahm die Firma 1938 nach dem Tod seines Vaters. Schon vor Ausbruch des 2. Weltkrieges nahm Diehl die Rüstungsproduktion auf. Während des Krieges wurden Zünder und Granaten hergestellt. 1955 erfolgte mit Munitionsaufträgen durch die Bundeswehr erneut der Einstieg in die Rüstungsproduktion. Der Anteil der Wehrtechnik am Gesamtumsatz wurde 1986 auf 46,5% erhöht.

Rüstungsprodukte des Konzerns, einer GmbH, sind z.B. Gleisketten für die Kampfpanzer Leopard 1 und 2, Maschinenkanonen für Tornado und Alpha Jet und Rohrwaffenmunition vom Kaliber 20 bis 203 mm. — Die Hauptwerke von Diehl befinden sich in Nürnberg und in Röthenbach/Pegnitz, einem Vorort von Nürnberg: Zweigwerke sind Diehl Remscheid, Gebr. Junghans GmbH Schramberg und Seedorf, Karl Diehl Marienhütte Saar und Zweigwerk Sundwiger Messingwerk Hemer-Sundwig. Darüber hinaus erstreckt sich der Konzern auf zahlreiche In- und Auslandsbeteiligungen an den verschiedensten Unternehmen.

Zum Produktprogramm des Geschäftsbereichs „Munition“ (Röthenbach) gehören Raketen, Streubomben, Munition, Zündsysteme usw. Diehl ist wesentlich beteiligt an den Projekten „Mittleres Artillerie Raketensystem“ und „Mehrzweckwaffe 1“. — Der bei der Diehl-Tochtergesellschaft Mauser-Werke Oberndorf ansässige Geschäftsbereich „Waffensysteme“ bietet u.a. an: wehrtechnisches Gerät aller Art und vor allem die Mauser-Maschinenkanone für Tornado, Marder, Gepard und verschiedene Kriegsschiffe. — Im Geschäftsbereich „Geräte“ der Diehl-Werke Remscheid werden neben Minenräumgeräten vor allem die Gleisketten für die Kampfpanzer hergestellt. — Auch die übrigen Geschäftsbereiche „Metallhalbzeug“, „Uhren“, „Schaltsysteme“, „Maschinenbau“ und „Systeme“ können an der Erstellung wehrtechnischer Produkte beteiligt sein.

War in früheren Jahren das Metallhalbzeug die Umsatzstütze, so ist dies heute die Wehrtechnik. Deren Umsatzanteil betrug 1986 das Doppelte des Umsatzes des Metallhalbzeugs (Stangen, Rohre, Profile). Investitionsschwerpunkte in den 80er Jahren liegen sowohl bei den Beteiligungen als auch bei der Forschung und Entwicklung im Bereich Wehrtechnik. Z.B. übernahm Diehl 1986 sämtliche Geschäftsanteile der Flensburger Fahrzeugbau GmbH (Tochter von Harmstorf), die auf dem Gebiet der Instandsetzung für Kettenfahrzeuge der Bundeswehr tätig ist. Ferner hat Diehl von Harmstorf 74% des Stammkapitals der Maschinenfabrik Gubisch übernommen. Ebenso 40% der Fahrzeugwerke Nord Flensburger Schiffbau Gesellschaft. 1987 kauft Diehl letztlich die gesamte Harmstorf AG Flensburg mit drei Werften in Flensburg, Lübeck und Büsum — als „Kristallisationspunkt für Diehl im Norden“. Anfang 1986 wurde in Röthenbach/Pegnitz ein neues Entwicklungszentrum für

den Geschäftsbereich „Munition“ erstellt. — Der erste Prototyp der Diehl/Krauss-Maffei-Entwicklung des Kampffahrzeugs PUMA ging Anfang 1986 in die Erprobung. — Das Diehl-Sprengstofflaborierwerk Maasberg gilt als eines der modernsten in Europa. — Am 21.6.88 melden die Nürnberger Nachrichten: Diehl kauft Panzerreparaturwerk. Es handelt sich um das Fahrzeuginstandsetzungswerk Ichendorf in der Nähe von Köln. — Andererseits schlagen sich die wehrtechnischen Aktivitäten von Diehl in ca. 70 wehrtechnisch relevanten Patenten nieder, die der Konzern 1986 beim Deutschen Patentamt angemeldet hat.

Diehl liefert seine Waffen und das Kriegsgerät nicht nur an die Bundeswehr und die NATO-Länder. Bereits 1977 wurden Diehls Panzerketten in 18 Länder exportiert. Von den westdeutschen Genehmigungsbehörden erlaubt wurde die Vorführung des Flugabwehrsystems Wildcat von Krauss-Maffei mit der Diehlschen Mauserkanone in Saudi Arabien. Vier dieser Waffen wurden an Thailand verkauft. Dem gestürzten Schah von Persien verkaufte Diehl Ketten und Laufwerke für dessen Panzer. 1981 ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen Verdachts unerlaubter Waffengeschäfte mit der VR China, mit Chile und Saudi Arabien. Inwieweit Diehl in Waffengeschäfte mit Israel und Südafrika verwickelt ist, scheint nur schwer zu beweisen zu sein. Daß Diehl bisher durch Rüstungsexporte in kritische Regionen noch nicht weiter aufgefallen ist, liegt z.T. an der Zuliefererrolle, mit der sich der Konzern oft begnügt und an den Vertriebswegen über seine zahlreichen Auslandsbeteiligungen und -niederlassungen; zum anderen aber an den überaus guten und weitverzweigten Beziehungen des Konzerns zu Politikern und Militärs.

Quellenhinweis: Jürgen Tesarczyk, Firmenporträt Diehl, in: Rüstung in Weiß-Blau. Politik und Waffenwirtschaft in Bayern; Hrsg.: Die Grünen — (hek)

Tarifpolitik der G Chemie-Papier-Keramik

Zielsetzungen ohne Haltepunkte

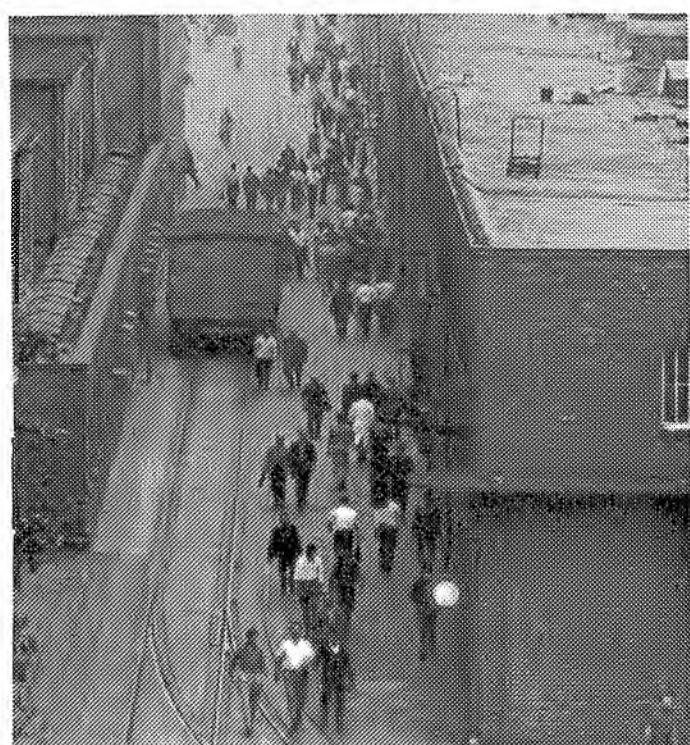
Horst Mettke, zuständiges Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik für Tarifpolitik, hat im Vorfeld des Gewerkschaftstages (September 1988) die zukünftige Tarifpolitik der IG Chemie umrissen. Er hat die Zielsetzungen vor allem in der Frage der Arbeitszeitverkürzung beschrieben, die der Hauptvorstand auf dem Gewerkschaftstag durchsetzen will. Eine Auseinandersetzung mit Mettkes Aufsatz „Tarifpolitik — Wege und Ziele“ stößt als erstes auf die Schwierigkeit, daß H. Mettke die Richtigkeit seiner Vorstellungen von notwendigen tarifpolitischen Zielsetzungen nicht beweist. Seine Ausführungen sind durchzogen von Formulierungen wie: „Die Technologie von heute zwingt die Frage nach besserer Ausnutzung der Maschinerie und Aggregate auf“, oder „(der) Wertewandel in der Gesellschaft ... (schafft) neue Bedürfnisse im Arbeitsleben“. Die für H. Mettke unumstößlichen Tatsachen, mit denen Tarifpolitik sich abzufinden bzw. die sie zu fördern hätte, soll jede Kritik an Interessenstandpunkten der Kapitalisten als realitätsfremd abtun. Mettke nennt diese Kritik an anderer Stelle „Konfrontation nach altem Klassenmuster“. Er dagegen ist modern eingestellt und hat Ab-

schied genommen von gewerkschaftspolitischen Vorstellungen und Zielsetzungen mit eindeutigem kollektivem Bezug auf Arbeiterinteressen. H. Mettke tritt ein für:

- Ausdehnung der Maschinennutzungszeiten in die Nacht und das Wochenende,
- die Einbeziehung des Samstags als Normalarbeitstag in die Schichtpläne,
- Flexibilisierung der Kontischichtarbeit,
- Flexibilisierung der Arbeitszeit und
- Regionalisierung und betriebliche Differenzierung der Tarifpolitik.

H. Mettke hat damit so ziemlich alles, was zwischen den Gewerkschaften und den Kapitalistenverbänden in der Arbeitszeitfrage gegenwärtig umstritten ist, für die Chemiekapitalisten zufriedenstellend beantwortet: Die IG Chemie ist bereit für eine vollständige Auflösung des Normalarbeitstages und der Normalarbeitswoche (Arbeitszeit von Montags bis Freitags). Grenzziehungen werden von der IG Chemie nicht mehr angestrebt, auch wenn H. Mettke betont, daß der Tarifvertrag „die Ordnungsfunktion, die (ihm) zukommt, auch weiterhin wahrnimmt.“ Die von der IG Chemie unterschriebenen Tarifverträge sprechen leider eine andere Sprache.

Die IG Chemie hat im letzten Jahr, bei Abschluß des Entgelttarifvertrages, auch den Manteltarifvertrag geändert. Die Wochenarbeitszeitverkürzung auf 39 Stunden ab August 1989 wurde durch eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit erkauft. Der Zeitraum, in dem ein Kontischichtarbeiter auf durchschnittlich 39 Wochenstunden kommen muß, beträgt jetzt ein ganzes Jahr. Der Zeitraum, in dem ansonsten die 39 Stunden im Durchschnitt erreicht werden müssen, ist auf ein halbes Jahr festgesetzt. Kaum war dies vereinbart, legen die Chemiekapitalisten den Betriebsräten neue Schichtpläne vor, die auf Jahresarbeitszeitplänen beruhen. Die Ordnungsfunktion des Tarifvertrages, von der H. Mettke spricht, enthält an diesem Punkt keinerlei Rechte mehr für die Arbeiter und Betriebsräte. Die Anpassung der Arbeitszeit an den Geschäftsgang des Unternehmens ist durch Tarifvertrag ermöglicht und könnte nur noch durch die Betriebsräte verhindert werden, ohne daß diese sich positiv auf den Tarifvertrag beziehen könnten. Ist dies die



Schichtwechsel. Kontischichtarbeit soll noch flexibilisiert werden.

Absicht, wenn H. Mettke von „betrieblicher Differenzierung“ spricht, die den Ordnungsfunktionen des Tarifvertrages folgen muß? Es steht zu befürchten, daß dies der Fall ist.

Es ist den Chemiekapitalisten gelungen, der sogenannten Kontischicht in der chemischen Industrie fast den Anschein einer unabänderlichen Tatsache zu geben und als gesellschaftlichen Standard durchzusetzen, daß Kontischichtsysteme in der chemischen Industrie technisch unumgänglich sind. Tatsächlich aber haben die Chemiekapitalisten in den 50er und 60er Jahren ihre Produktionsverfahren so geändert, daß Ausnahmegenehmigungen vom Sonntagsarbeitsverbot (§105a ff der Gewerbeordnung) möglich wurden. Wer geglaubt hat, daß mit der Durchsetzung von Arbeitszeiten rund um die Uhr und an jedem Tag der Woche die Chemiekapitalisten alles hätten, was sie wollten, sieht sich jetzt getäuscht. Die Chemiekapitalisten wollen die Unterordnung der Arbeitszeit unter die „betriebswirtschaftlichen Belange“. Es soll alles beseitigt werden, was dem gesetzlich oder tariflich noch entgegensteht. Eine Änderung der Arbeitszeitordnung, wie die Kapitalisten sie verlangen und die Bundesregierung plant, hätte mit dem jetzigen Manteltarifvertrag schwerwiegende Folgen. Der Kontischichtarbeiter, dessen Lebenszeit nahezu vollständig den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals unterworfen ist, hat als einziger feststehendes Recht seinen Schichtplan, der ihm freie Tage in bestimmten festgelegtem Rhythmus garantiert. Dieser Anspruch kann jetzt beseitigt werden und der Schichtplan den Entwicklungen des „Geschäftsjahres“ angepaßt werden. Auch die Arbeitszeit bei anderen Arbeitszeitsystemen kann weitgehend flexibilisiert werden. Wie tritt dem H. Mettke entgegen?

Nachdem H. Mettke grundsätzlich anerkannt hat, daß „die Technologie von heute die Frage nach der besseren Ausnutzung der Maschinerie und Aggregate aufzwingt“, stellt er fest, daß die Gewerkschaften in der Arbeitszeitdis-

kussion neue Wege gehen müßten. Für Kontischichtarbeit soll die Einführung einer fünften Schicht „angestrebt“ werden. Das entspräche einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 33,6 Stunden. Das klingt gut, weil es eine deutliche Arbeitszeitverkürzung für Schichtarbeiter bringen würde. Aber bringen Arbeitszeitverkürzungen für Schichtarbeiter per se schon Erleichterung? Finden sie im Rahmen von Jahresarbeitszeitmodellen statt, sind neue Belastungen abzusehen, die die Erleichterungen durch die Verkürzung der Arbeitszeit wieder aufheben? Gegen flexiblere Schichtmodelle der Kapitalisten wäre keine Grenze gezogen. Demgegenüber müßten tarifliche Schutzrechte vereinbart werden. Begrenzung der Nacharbeit, Einschränkungen der Wochenendarbeit, keine Flexibilisierung der Schichtpläne — über diese Forderungen müßte unseres Erachtens in der Gewerkschaft diskutiert werden. Dem Gewerkschaftstag wird ein entsprechender Antrag der Verwaltungstelle Hamburg vorliegen, falls er nicht in einem Leitantrag des Hauptvorstandes untergeht — was zu befürchten ist, wenn die Vorstellungen von H. Mettke in einem Leitantrag des Hauptvorstands Eingang finden. Arbeitszeitverkürzung wäre demnach nur noch durch Flexibilisierung zu erkaufen. Gesellschaftlich anerkannte Arbeitszeitnormen wären über den Haufen geworfen. Mettke begründet dies mit „Moral in Sachen Arbeitslosigkeit“.

H. Mettke hat sich mit seinem Aufsatz „Tarifpolitik — Wege und Ziele“ weit vorgewagt. Er will die Linie fortsetzen, die der Hauptvorstand in der IG Chemie immer mehr verfestigen will: Orientierung der tarifpolitischen Linie an den Interessen der höheren Angestellten und Verpflichtung der gesamten Gewerkschaft auf diese Interessenslage. „Arbeitszeitsouveränität“ ist hier das Stichwort, was die Linie gibt. Für höhere Angestellte ein vielleicht lohnenswertes Ziel. Für die Arbeiter in der Gewerkschaft kann das nur eine weitere Unterordnung unter das Diktat der Chemiekapitalisten bringen. — (güt)

Dokumentiert

Horst Mettke: „Tarifpolitik — Wege und Ziele“

In der Tarifpolitik, die vom sozialpartnerschaftlichen Gedanken auf beiden Seiten getragen wird, geht es vor allem um einen Konsens bei unterschiedlichen Interessen der Tarifvertragsparteien ...

Die Rahmenbedingungen, die Tarifpolitik begleiten, unterliegen einem ständigen Wandel und fordern auch immer neue Antworten. Dies gilt insbesondere auch für die Betrachtung der Konkurrenzsituation einzelner Betriebe in unterschiedlichen Tarifbereichen; internationale Zusammenhänge gewinnen hier zunehmend auch in Mittelbetrieben an Bedeutung ... Die Regionalisierung von Tarifverträgen muß vor diesem Hintergrund neu beurteilt werden ...

Bei zunehmender Differenzierung im Betrieb wird es unumgänglich sein, daß der Tarifvertrag den Betriebsparteien eine Reihe von Regelungsspielräumen überläßt ...

Wer in den nächsten Jahren die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich durchsetzen will, muß aber auch bereit sein zu akzeptieren, daß Arbeitszeitverkürzungspolitik in den 80er Jahren anders sein muß und wird, als das in den 50er und 60er Jahren bei der Reduzierung der Arbeitszeit von 48 Stunden auf 40 Stunden der Fall war ...

Die Technologie von heute zwingt die Frage nach der besseren Ausnutzung der Maschinen und Aggregate auf. Neue Maschinen und zusätzliche Arbeitsplätze werden nicht automatisch geschaffen, wie dies in den 50er und 60er Jahren der Fall war. Dafür ist die Technologie zu kompliziert, zu umfangreich und zu teuer geworden, sind Innovationsschübe auch zu kurzfristig ...

Eine humane Schichtplangestaltung in diesem Zusammenhang kann auch den Samstag einbeziehen, wenn dafür an einem anderen Tag in der Woche arbeitsfrei ist ... In Schichtsystemen, die Früh-, Spät- und Nachschicht vorsehen und deren Arbeitszeit am Samstagmorgen um 6.00 Uhr endet, wird die Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich die Frage von weiteren Zusatzschichten am Samstag auf die Tagesordnung setzen ... Die IG Chemie-Papier-Keramik strebt die Einführung einer fünften Schicht bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von dann 32 oder 33,6 Stunden an (bei Kontischicht) ...

Richtig ist, daß die Technologie von heute viel Spielraum für individuellere Gestaltung bietet, verbunden mit dem wirtschaftlichen Nutzen, den die Unternehmen davon haben ...

Die IG Chemie bejaht mehr Autonomie im Arbeitsleben für den einzelnen Beschäftigten, denn der Wertewandel in der Gesellschaft und ein partnerschaftliches Umgehen in der Familie und in der Ehe schaffen neue Bedürfnisse im Arbeitsleben ...

Auszüge

Politische Gefangene

Gegen Ghetto und Schweigen

Veranstaltung zur Amnestiediskussion

„Es gibt viele Gründe zu schweigen, aber ebensoviele zu sprechen. Ein Grund zum Schweigen ist, daß jedes gesprochene Wort in dieser Zeit einem Lager zu geschlagen und in eine Schublade gesteckt wird oder selbst dem Anspruch nach tausend andere in Schließfächer steckt. Ein Grund zu sprechen ist, daß das Schweigen komplizenhaft ist. Wir intervenieren daher mit dem einzigen Mittel, das wir haben: mit unserer Stimme. Auch wenn die Stimme der Gefangenen nicht mit Wohlwollen weitergetragen wird, haben wir den Wunsch zu diskutieren, uns auseinanderzusetzen und Möglichkeiten zu erarbeiten, wie wir eine gemeinsame Perspektive aufbauen können.“

Mit diesen Sätzen leitet eine Gruppe gefangener Frauen aus dem Hochsicherheitsgefängnis Rebibbia im Oktober 1982 ihr Papier „Gegen Ghetto und Schweigen“ ein, welches zusammengefaßt im Tenor zu folgendem Ergebnis kommt: In den verschiedenen Gesellschaften — und dies nicht nur in Italien — wird der bewaffnete Kampf als Lösungsmodell des größten Widerspruchs der modernen Gesellschaft,

nämlich der Ausgrenzung und Unterdrückung großer Teile gesellschaftlichen Lebens, analysiert und begriffen. Welches Gewicht diese Erfahrung hat, was sie verändert, was sie produziert hat, muß von Grund auf herausgefunden werden, denn da ist keine Oberflächlichkeit zulässig. Aber einem Aspekt geben wir in der Kritik die Priorität: Dem bewaffneten Kampf ist es nicht gelungen, die Komplexität der gegensätzlichen Herangehensweisen und Ausdrucksformen von Widerstand gegen Ausgrenzung und Unterdrückung zu erfassen, aufgrund seines monolithischen und notwendigerweise selektiven Charakters inmitten des immensen Reichtums sozialer Gegensätzlichkeiten. Es ist ihm nicht gelungen, soziale Organisationsprojekte aufzubauen, die die Qualität der Umgestaltung und der Lebens- und Beziehungsverhältnisse in ihrem Sinne auf heute hin verschoben hätten. Der bewaffnete Kampf hat es bisher nicht geschafft, die Macht zu entmachten, sondern ihre Substanz gestärkt. In diesem Sinn hat er sich in der Politik aufgelöst, sich institutionalisiert und agiert wie kleine Gesellschaften, die

nun mit der Krise der institutionalisierten Politik auch voll von dieser Krise getroffen werden.

Diese Sichtweise spricht nicht für alle politischen und revolutionären Gefangenen in Italien, jedoch für den allergrößten Teil. Die Gegner einer politischen Lösung in den Reihen der BR (=Brigade Rosso) und PL (Prima linea) werfen ihren Genossen gestiegerten Subjektivismus und eine zu positive Sozialanalyse vor. Die Kritik der Gegner einer politischen Lösung erschöpft sich dabei nicht in der Anmache als „Denunzianten und Verräter“, sondern begründet die Kritik und respektiert insoweit erstmal gegensätzliche Sichtweisen.

Auch draußen haben sich die Genossen und Freunde von damals in Italien sich nach ihrer Knastzeit wieder zusammengefunden, um angesichts der veränderten sozialen und politischen Situation erneut die Initiative zu ergreifen, um ihre in den Knästen verbliebenen Genossen zu befreien. Die Vertreter „einer politischen Lösung“ arbeiten seit langem an einer Amnestiekampagne, die im April 1988 von den lombardischen Grünen mit einer Veranstaltung unter dem Titel „freie Auseinandersetzung über die Fragen: Amnestie als politische Lösung, Straferlaß (indulto), Aussteiger (dissociazione) und Reue (pendimento)“ aufgegriffen wurde. Diese Veranstaltung wurde gemeinsam mit Bonner Grünen organisiert. Die Vorbereitungen wurden überschattet von Querelen der bundesdeutschen Grünen: Antje Vollmer, die mit ihrer Amnestie- und Versöhnungsinitiative die Diskussion in der BRD wieder neu belebt hat, weigerte sich, mit Jutta Dittfurth zusammen zu kommen. Durch Terminschwierigkeiten und Unzuverlässigkeit der eingeladenen italienischen Parteienvertreter kam es leider nicht zu den geplanten Podiumsdiskussionsrunden. So blieb es dabei, daß die einzelnen Beiträge unverbunden nebeneinander standen.

Trotzdem war die Veranstaltung in Mailand getragen von der Toleranz, sich gegenseitig erstmal zuzuhören und sich dann kritisch dazu zu äußern. Eine öffentliche Veranstaltung dieser Art ist für die BRD so unvorstellbar. Nach den grundsätzlichen Einleitungen



Sogenannter Normalvollzug im Gefängnis Stammheim: Im Hochsicherheitstrakt ist der Blick nach draußen wie jeder Kontakt verwehrt.

durch Laura Bertoli (Grüne der Lombardie) und Jutta Ditfurth unterschieden sich die Beiträge zu den juristischen Aspekten einer Amnestie von Amedeo Santosuoso und Johann Müller-Gazurk fast nicht. Dieser droge Teil fand dann auch keine weitere Erwähnung in späteren kleinen Diskussionskreisen.

Ilse Schwipper erinnerte in ihrem Beitrag an die ursprüngliche Forderung nach „Freiheit für die Gefangenen“ und erklärte, warum die revolutionären Gefangenen in der BRD eine Amnestie ablehnen: Eine Amnestie würde die Anerkennung der Urteile voraussetzen. Dies kann aber angesichts der Praktiken der politischen Justiz in der BRD nicht zur Debatte stehen. Sie forderte die Revidierung der Urteile, die von der politischen Justiz gefällt wurden, und die Freilassung der Gefangenen ohne wenn und aber.

Giuliano Maria von der Prima Linea, der neun Jahre Haft in den verschiedenen Hochsicherheitsgefängnissen hinter sich hatte, schilderte sehr eindringlich die Haftbedingungen und ihre zerstörerischen Folgen, die ständigen Verlegungen quer durch Italien, um die Gefangenen von internen und externen sozialen Bezügen zu isolieren, und forderte die Freilassung der Gefangenen ohne Vorbedingungen. Er sprach sich gegen Amnestieforderungen aus, die irgendwelche Vorleistungen von den Gefangenen fordern.

In die gleiche Richtung ging der Beitrag der im Pariser Exil lebenden Protagonisten der Autonomia Operaia, u.a. Antonio Negri und Oreste Scalzone. Sie kamen in einem Video-Interview auf der Veranstaltung zu Wort und betonten, daß für sie auch aus juristischen Gründen nur eine allgemeine politische Amnestie in Frage kommt, um wieder in ihre Heimat zurückzukehren zu können. Auf die Frage, ob sie ihr früheres Verhalten bereuten, erklärten sie, daß dies ganz im Gegenteil die schönste Zeit ihres Lebens gewesen sei, daß sie sich als Bestandteil einer großen sozialen und politischen Bewegung empfunden haben, die sich bis zum Gefangenenaufstand in Trani fortgesetzt hat. Sie betonten, daß sie keineswegs nostalgisch auf diese Zeit zurückblicken, sondern daß es ihnen sehr wichtig ist, nach Italien zurückzukehren, um ihre Erfahrungen in die neuen sozialen Auseinandersetzungen einzubringen.

In diesen Beiträgen wurde sehr deutlich, daß Amnestie nicht als „Gnade vor Recht“, als Vergebung durch den Staat angesehen wird, sondern als eine selbstverständliche politische Lösung einer Situation, die durch harte soziale

Kämpfe in einer bestimmten historischen Auseinandersetzung entstanden ist. Die Freilassung der Gefangenen und die Möglichkeit freier Rückkehr für die Exilierten wird als wichtiger Beitrag für eine politische Kultur in Italien gefordert.

Paola Besuchio (Brigate Rosse), nach zwölf Jahren Hochsicherheitsgefängnis seit einem Monat Freigängerin, verlas einen Beitrag von Renato Curcio und Mario Moretti, der eigens für diese Veranstaltung geschrieben wurde. Beide stehen erneut wegen des Falles Moro vor Gericht. Sie begrüßen in ihrem Beitrag, daß Vertreter der Grünen mit dieser Veranstaltung die Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen aufgreifen und erhoffen sich dadurch auch eine Effektivierung in der Verbreiterung der Forderungen der Gefangenen. In dem Beitrag von Moretti und Curcio wurde auch auf eine Europäisierung ihrer Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen aufmerksam gemacht, das heißt, daß sich die verschiedenen Interessengruppen über die Grenzen hinweg verständigen sollen, um auf alle politisch Verantwortlichen national und europaweit massiven Druck auszuüben. Curcio und Moretti sehen in allen Initiativen, die sich mit der Situation politischer Gefangener auseinandersetzen, Ansprechpartner, um die Situation der Inhaftierten zu verändern.

Auch diesem Beitrag steht die Kritik der Genossen, die jegliche politische Lösungsmöglichkeit ablehnen, gegenüber. Sie sind für die Internationalisierung der Zusammenhänge derjenigen Gruppen, die den antiimperialistischen Kampf mit extralegalen Mitteln verstärkt und gemeinsam geführt fortsetzen, die die Option des bewaffneten Kampfes nicht nur haben, sondern praktizieren.

Cesare Salvis Beitrag gab einen Eindruck von der Verbitterung der PCI über den bewaffneten Kampf, der für die Demütigungen, die diese Partei der Arbeiterklasse während der 70er Jahre sich durch die Regierenden zufügen ließ, verantwortlich gemacht wird.

Erfrischender war der frei gehaltene Beitrag des Vertreters der Radikalen Partei, der auf die institutionalisierten Sonderrechte in politischen Strafverfahren einging, deren Beseitigung und die Revision der Urteile forderte. Alberto Barocho brachte zum Ausdruck, daß die Politik der Radikalen Partei nicht im Gegensatz zu dem Amnestieprojekt der Gefangenen steht, sondern eine Verbreiterung der politischen Auseinandersetzung des gesamten Themenbereiches sein soll.

Dagegen war Alma Cappiellone von

der sozialistischen Partei etwas weniger konkret. Sie erging sich mehr in lobende Floskeln über Ideale, Ziele und Perspektiven ihrer Partei. Sie sprach sich für die Rücknahme der Sondergesetze aus und betonte, daß sich ihre Partei für eine Reform innerhalb der Institutionen einsetzt. Sie lobte die Politik der politischen Gefangenen in den Knästen als einen großen Beitrag zur Gefängnisreform. Sie verschwieg dabei allerdings, daß diese „Reform“ eine Reaktion auf massenhafte Kampfmaßnahmen auch von nicht wegen politischer Anklagen Inhaftierten gegen die entwürdigen Zustände im System Gefängnis selbst waren, und daß diese „Reformen“ eine weitere Ausdifferenzierung des Gefängnissystems und Aufspaltung der Gefangenen bewirkt hat.

Die Beiträge der bundesrepublikanischen Grünen wurden gehalten von Ellen Olms und Jutta Ditfurth. Jutta Ditfurth stützte ihre Forderung nach Amnestie für alle politischen Gefangenen mit der Meinung, daß mehr als zehn Jahre nach dem „deutschen Herbst“ die Zeit überfällig ist für Gerechtigkeit, nicht für Gnade. Die Sondergesetze, die auch nach rechtsstaatlichen Kriterien unhaltbaren Verurteilungen und Sonderhaftbedingungen allein rechtfertigten die Forderung nach einer allgemeinen Amnestie.

Sie setzte sich sehr ausführlich mit der laufenden Versöhnungsdiskussion auseinander und begründete in diesem Zusammenhang ihren Amnestievorschlag so: „Wer wirklich, gerade als Linke oder Linker, die kritische und scharfe Auseinandersetzung mit Konzepten des bewaffneten Kampfes in kapitalistischen Ländern wie der Bundesrepublik will, muß auch mit einer allgemeinen Amnestie die Grundlagen dafür schaffen, Hochsicherheitstrakte sind die miesesten Voraussetzungen.“

Auch Ellen Olms‘ Beitrag beinhaltete eine politisch begründete Kritik an der offiziellen Herangehensweise der bundesdeutschen Grünen an das Thema Amnestie bzw. politische Gefangene.

Das Hauptargument für diese Kampagne lautet: „Das Terrorismusproblem stamme aus einer ‚historisch überholten Phase‘ gesellschaftlicher Auseinandersetzung in der BRD, nun sei die Zeit für ‚Versöhnung‘ und ‚Gnade‘ gekommen, denn seitdem hätten gravierende politische Veränderungen stattgefunden.“ Diese von Teilen der grünen Partei aufgestellte These, wurde von Ellen Olms in Frage gestellt. „Von den objektiven Bedingungen her könnte die Rote-Armee-Fraktion ihr ‚Konzept Stadtguerilla‘ heute genauso stichhaltig begründen –

oder eben genausowenig stichhaltig begründen wie damals. Nein, nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich grundlegend verändert, sondern die Linke.“

Aber auch von Seiten des Staates ist das Thema „Terrorismus“ keineswegs überholt. „Denn gerade jetzt wurden die sogenannten „Sicherheitsgesetze“ dahingehend erweitert, den „Terrorismus“-Begriff des Staates auf die heutigen politischen Oppositionsbewegungen zuzuschneiden.“

Weiter kritisierte Ellen Olms an der grünen Kampagne „Amnestie für Aussteiger“, daß Teile der Grünen sich dadurch „als Garant dieses Rechtsstaates empfehlen, als Kraft, die den Terrorismus am effektivsten bekämpfen kann, indem sie die „Aussteiger“ („gute Terroristen“) in die Gesellschaft zurückholt ... während die „bösen Terroristen“ ruhig auch weiterhin ihre jahrzehntelangen Haftstrafen verbüßen müßten oder sogar sollten.“

Statt einer „Amnestie für Aussteiger“ plädierte Ellen Olms für eine „allgemeine Amnestie für alle Straftäterinnen und Straftäter aus dem terroristischen Umfeld und eine in diesem Zusammenhang stehende Einstellung aller noch laufenden strafrechtlichen Verfahren.“ Ihr Ziel dabei ist, die Parteien und das Parlament in eine politische Auseinandersetzung zu zwingen.

Sie hält eine allgemeine Amnestie auch deswegen für notwendig, „weil sich Staat und Terroristen faktisch als Kriegsgegner gegenüberstanden; sie ist notwendig, weil der Staat im Rahmen der Terroristenfahndung Menschen verfolgt, die ihre Proteste zum Ausdruck brachten, ohne selbst Mitglieder oder Anhänger der Terroristen zu sein; sie ist zwingend erforderlich, weil die Staatsorgane Haftbedingungen schufen, die die persönliche Identität der politischen Gefangenen zerstörten, eine solche allgemeine Amnestie würde voraussichtlich viel eher erreichen, die Politik der Roten-Armee-Fraktion — falls man überhaupt noch von „Politik“ reden kann — zu beenden.“

Im Gegensatz zu Jutta Ditfurth sah Ellen Olms das Verhältnis von Staat und „Terrorismus“ so: „Dieser Staat „braucht“ nicht den Terror, sondern er „definiert“ was „Terrorismus“ ist, um ein viel breiteres Spektrum des bundesdeutschen Widerstands zu Terroristen zu machen.“

Resumée: Es ist schade, daß man erst nach Italien fahren muß, um Stellungnahmen bundesdeutscher Grüner zur Amnestiedebatte zu erhalten, die sich sich mit der Position von Antje Vollmer kritisch auseinandersetzen. Die Forderung nach einer „Amnestie

als politische Lösung für alle Gefangenen“, so wie sie von den italienischen Gefangenen entwickelt worden ist, sollte als offensive Kritik an der Politik der Sondergesetze, der seit Jahrzehnten in der BRD praktizierten Isolationshaft und der systematischen Kriminalisierung von politischem Widerstand auch bei uns weiterentwickelt werden. Allerdings zeigen bereits die Differenzen zwischen der Position von Jutta Ditfurth und der von Ellen Olms, daß eine solche Diskussion, wenn sie von erklärten Gegnern des bewaffneten Kampfes eingeleitet wird, sehr problematisch ist: Während Jutta Ditfurth eine Amnestie fordert, um überhaupt die Voraussetzungen für eine politische Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Kampf zu schaffen, nimmt Ellen Olms das Ergebnis dieser Auseinandersetzung bereits vorweg, wenn sie die politische Amnestie als besseren Weg zur Beendigung des „Terrorismus“ anpreist und sich so durch die Hintertür als gerade die von ihr vorher kritisierte Garantin des Rechtsstaates anbietet. Konkrete Vorschläge für eine politische Lösung der Auseinandersetzung zwischen bewaffnetem Kampf und Staat können nur

von den Gefangenen bzw. den noch in Freiheit befindlichen bewaffnet Kämpfenden gemacht werden.

Das entbindet uns aber nicht von der Verpflichtung, konkrete Bemühungen zur Verbesserung der Situation der politischen Gefangenen zu unternehmen. Dabei ist wichtiger als der Kampf um die Zulassung von Versöhnungsgesprächsgruppen die Berücksichtigung der Forderungen, die die Gefangenen seit Jahren aufstellen: Aufhebung der Isolation, was auch die Möglichkeit, zusammen politisch arbeiten zu können, beinhaltet (Zusammenlegung): Die Forderung, international als Folter geächtete Isolationshaft aufzuheben, kann nicht politisches Kalkül sein, damit den „Terrorismus“ zu beenden und darf nicht von wie auch immer geartetem „Wohlverhalten“ der Gefangenen abhängig gemacht werden. Menschenrechte sind unteilbar! — (ils)

Leseempfehlung: Für eine Gesellschaft ohne Knäste, Texte aus Italien, 1983, Rhizom Buchladen, Eisenacherstr. 57, 1000 Westberlin 62; Reihe — Texte: Italien: Klassenkampf oder „politische Lösung“? Materialien zur Amnestiediskussion, Texte Archiv, Sommerstr. 24, 8000 München 90

Ilse Schwipper: Annulierung der Urteile Freilassung ohne Vorbedingungen

Meine Position zur Frage der revolutionären Gefangenen ist, daß ich die ersatzlose Streichung (Annulierung) der Urteile und die sofortige Freilassung aller sozialistischen — kommunistischen und anarchistischen Revolutionäre fordere — und zwar ohne jede Vorbehalte. Warum Annulierung der Urteile?

Alle politischen Prozesse gegen linke Revolutionäre sind nicht nach rechtsstaatlichen Prinzipien durchgeführt worden. Die BRD stellt sich selbst in der deutschen und ausländischen Öffentlichkeit als einen demokratischen Rechtsstaat dar, zu dem im juristischen Bereich folgende Grundpfeiler gehören:

- fairer Prozeß
- rechtliches Gehör
- individueller Schuldnachweis.

Zum fairen Prozeß gehört nicht nur die sogenannte Waffengleichheit, objektive Ermittlungen und Gerichte — Richter —, sondern auch die Haftbedingungen.

Eine Waffengleichheit kann es nicht geben, denn dem revolutionären Gefangenen und ihren Verteidigern ste-

hen gegenüber:

- ein Polizeiapparat, der den kapitalistischen Staat schützt, aber nicht proletarische Revolutionäre;
- die Geheimdienste (Verfassungsschutz/Staatschutz/Bundesnachrichtendienst/ militärischer Abschirmdienst), die nicht nur die Ermittlungen manipulieren, sondern auch in den Prozessen selbst die Richtung der Verurteilung bestimmen. Die Mittel und Methoden dafür sind:
 - Nichtherausgabe von Akten, in denen sich polizeiliche Ermittlungen und Spuren befinden;
 - Nichtherausgabe von Akten, die es über Kronzeugen gibt;
 - und, um dem ganzen eine Krone aufzusetzen, bekommen Geheimdienstbeamte „zum Wohle des Landes“ (gemeint ist die BRD einschließlich Westberlin) keine Aussagegenehmigungen als Zeugen vor Gericht;
 - und es werden Entlastungsmaterialien für die Angeklagten vernichtet.

Gibt es wieder Erwarten einmal eine Aussagegenehmigung, dann können sich diese Geheimdienstler an nichts mehr erinnern, außer es ist etwas



Andreas Baader wird zur Gerichtsverhandlung vorgeführt.

gegen die Angeklagten.

Das Sonderrecht im Gerichtsverfahren gegen linke Revolutionäre hat damit nicht nur die rechtsstaatlich demokratischen Prinzipien außer Kraft gesetzt und sich in Widerspruch zu sich selbst gestellt, sondern hat nach eigenem Recht Unrechtsurteile gefällt. Das ist faktischer Rechtsbruch und somit gegen die Verfassung der BRD. Amnestie aber bedeutet Gnade, und Gnade setzt voraus, daß die Unrechtsurteile anerkannt werden. Denn nur ein verurteilter Gefangener kann amnestiert werden.

Eine Amnestierung würde somit eher eine Amnestierung der Klassenjustiz und des Staates bedeuten, aber keine ehrliche Auseinandersetzung mit den Ursachen des damaligen bewaffneten Kampfes in Form der Stadtguerilla.

Vergessen wird in der deutschen Amnestiedebatte, daß der bewaffnete Kampf nicht ohne Grund entstanden ist, sondern aus bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen. Daß im und nach dem „deutschen Herbst“ die legale Linke sich zurückzog und als Antwort die Partei der Grünen entstand, ist eine eben solche unbewältigte Vergangenheit wie Gegenwart in Deutschland.

Aber zurück zur Annulierung der Urteil: Das rechtliche Gehör im deutschen Recht betrifft Angeklagte und Zeugen. Das rechtliche Gehör ist in den politischen Verfahren genauso verletzt oder außer Kraft gesetzt worden wie die vorher dargelegte Waffen-Gleichheit.

Immer dann, wenn es darum ging, politische Zusammenhänge und Ur-

sachen des Guerillakampfes darzulegen, wird den Angeklagten das Wort entzogen. Die BRD legt größten Wert darauf, daß in den Prozessen nur von kriminaltechnischen Details die Rede ist, aber nicht von Politik. Der Öffentlichkeit soll so vermittelt werden, daß der Bau einer Bombe oder der Schuß aus einer Pistole das Wesentliche sei, aber nicht der politische Inhalt. Der Paragraph der „kriminellen Vereinigung“ trifft daher auch stets linke Revolutionäre, aber niemals Altfaschisten oder Neonazis.

Noch ein Wort zum rechtlichen Gehör: Auch Zeugen für die Angeklagten sind oftmals nicht zugelassen worden, oder wie in unserem Prozeß geschehen, vor der Tür stehen gelassen. Ohne die Zeugen zu hören, behaupten dann die Richter dieser Zeuge könne sich nur irren oder lügen. So einfach ist das mit demokratischen Grundsätzen, die immer dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sie politisch nicht in das Konzept passen.

— Zu den Haftbedingungen wird später ein anderer sprechen.

Zum letzten Grundpfeiler deutscher justizieller Rechtsstaatlichkeit, dem individuellen Schuld nachweis: Im deutschen Strafrecht muß normalerweise jedem Angeklagten vom Gericht eindeutig nachgewiesen werden, daß er die ihm zu Last gelegte Tat begangen hat.

Die Paragraphen 129 und 129a — nämlich „kriminelle und terroristische Vereinigung“ — dienen aber schon lange dazu, diesen individuellen Schuld nachweis abzuschaffen. Wegen Mitgliedschaft werden bei uns zu hohen Strafen — bis zu lebenslänglich

— Revolutionäre verurteilt, denen keine Tatbeteiligung nachgewiesen worden ist.

Die andere Besonderheit in Prozessen gegen Revolutionäre besteht darin, daß sie durch die Prozeßführung der Geheimdienste (z.B. des Verfassungsschutzes) und der manipulierten Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft gezwungen sind, ihre Unschuld zu beweisen. Die gesamten bis hierher aufgezählten Rechtsverletzungen der deutschen Justiz, die wesentliche Bestandteile des demokratischen Rechtsstaats abgeschafft hat, veranlassen mich, die Annulierung sämtlicher Urteile gegen linke Revolutionäre zu fordern. Ich sehe überhaupt nicht ein, daß mit einer Amnestie die BRD aus ihrer geschichtlichen Verantwortung entlassen wird!

Unberücksichtigt in meinem Beitrag blieb, weil ich denke, daß das in einen politischen Strategiekongreß gehören würde, inwieweit sich die kapitalistischen Verhältnisse derart verändert haben, daß revolutionärer Kampf nicht mehr auf der Tagesordnung zu stehen hat.

Zur Person: Ilse Schwipper wurde 1974 verhaftet, weil sie an der Erschießung des Verfassungsschutzmitarbeiter Ullrich Schmücker beteiligt gewesen sein soll. 1976 wurde sie zu lebenslänglich verurteilt, nach mehrfachen Revisionsverfahren wurde sie 1982 wegen Haftunfähigkeit unter Gerichtsauflagen entlassen. Der Verteidiger Bernd Häusler hat zu dem Prozeß und seinem Kronzeugen ein Buch veröffentlicht: Der unendliche Kronzeuge, Transit Verlag, 1987

Ellen Olms: Amnesty für Terroristen? Ein Beitrag zur Diskussion

Aus Anlaß des zehnten Jahrestages von Stammheim — einem neuralgischen Punkt westdeutscher Nachkriegsgeschichte im allgemeinen und der Linken im besonderen — konfrontierte die Bundestagsfraktion die Öffentlichkeit mit einer neuen Amnesty-Kampagne.

Ihr Anliegen ist der Einsatz für die politischen Gefangenen sowie eine Amnesty für diejenigen inhaftierten Terroristen, die sich aus unterschiedlichen Gründen vom Konzept Stadtguerilla losgesagt haben: eine Amnesty für sogenannte „Aussteiger“ also.

Dazu gehört unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik nach wie vor Mut und uneingeschränkte Anerkennung. Die Grünen, die diese Amnesty-für-Aussteiger-Kampagne starteten, verstehen ihre Initiative ausdrücklich nicht als rein humanitäre, sondern als politische Kampagne. Sie muß sich daher auch der politischen Kritik stellen. Das zentrale Argument für diese Kampagne lautet: Das Terrorismusproblem stamme aus einer „historisch überholten Phase“ gesellschaftlicher Auseinandersetzung in der BRD, nun sei die Zeit für „Versöhnung“ und Gnade gekommen, denn seitdem hätten gravierende politische Veränderungen stattgefunden.

Sind die Zeiten wirklich besser geworden? Ich behaupte das genaue Gegenteil. Kämpfte die damalige Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre noch gegen den Vietnam-Krieg, den Axel-Springer-Konzern und den persischen Schah, so sind die globalen Probleme der atomaren Kriegsgefahr und der irreversiblen ökologischen Bedrohungen in unser Bewußtsein gedrungen. Von den objektiven Bedingungen her könnte die Rote-Armee-Fraktion ihr „Konzept Stadtguerilla“ heute genauso stichhaltig begründen — oder eben genauso wenig stichhaltig begründen wie damals.

Nein, nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich grundlegend geändert, sondern die Linke. Der moralische Rigorismus, der einen winzigen Teil der Studentenrevolte in den bewaffneten Kampf trieb, ist heute einer eher lähmenden Gleichgültigkeit gewichen, einer zunehmenden Anpassung eines größeren Teils der Linken an die gesellschaftlichen Verhältnisse.

Viel entscheidender ist mein zweiter Einwand. Das Kapitel „Terrorismus“ gehört keineswegs zum „alten Eisen“. Denn gerade jetzt wurden die soge-

nennten „Sicherheitsgesetze“ dahingehend erweitert, den „Terrorismus“-Begriff des Staates auf die heutigen politischen Oppositionsbewegungen zuzuschneiden. Markantestes Beispiel dafür ist, daß ein Atomkraftgegner, der einen Strommasten umsägte, mit neun Jahren Gefängnis inhaftiert wurde, unter anderem auch wegen der Bildung und Mitgliedschaft einer „kriminellen Vereinigung“, deren staatliche Definition weit über die Terroristenszene hinausreicht.

Daß sich nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend geändert haben, sondern die Linken, wird auch an der Kampagne „Amnesty für Aussteiger“ deutlich, die an die Stelle der alten Forderung nach Freiheit für die politischen Gefangenen getreten ist.

Diese Kampagne der grünen Bundestagsfraktion ist eingebettet in einer breitere öffentliche Diskussion in der BRD, in der Teile der evangelischen Kirche, Schriftsteller wie Martin Walser, der Grüne Daniel Cohn-Bendit, der Hamburger Verfassungsschutzpräsident Lochte und der Sohn des von der RAF getöteten Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer für einen Dialog mit denen aus der Terroristenszene plädieren, die „der Gewalt abgeschworen haben“, so Hanns-Eberhard Schleyer. „Wir müssen mit den Leuten darüber reden, wie sie in die Gesellschaft zurückfinden können“, betonte der Verfassungsschützer Lochte — und in diesem Sinne spielen Teile der Grünen dieses Spielchen mit. Sie verlangen von ihren politischen Kontrahenten in der eigenen Partei ein „positiv entwickelt formuliertes Staatsverständnis“ oder behaupten wie die Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer ganz einfach: „Der Staat sind wir“.

Die Botschaft der Grünen lautet also, sich als Garant dieses Rechtsstaates zu empfehlen, als die Kraft, die den Terrorismus am effektivsten bekämpfen kann, indem sie die „Aussteiger“ in diese Gesellschaft zurückholt. So richtig und wichtig es auf der einen Seite ist, im Rahmen der Kampagne „Amnesty für Aussteiger“ zu versuchen, inhaftierte Terroristen, die sich aus guten Gründen vom „Konzept Stadtguerilla“ losgesagt haben, aus ihrer jahre- und jahrzehntelangen Haft zu befreien, so politisch fatal wäre eine solche Kampagne, wenn sie nur für die sogenannten „Aussteiger“ gelten soll. Denn alle inhaftierten RAF-Mitglieder

handelten damals aus den gleichen politischen Beweggründen, alle mußten sich willkürlichen Gerichtsprozessen unterwerfen und alle leiden noch heute an den total inhumanen Haftbedingungen. Und ausnahmslos alle Inhaftierten wären nach den Strafgesetzen von 1970 heute längst auf freiem Fuß bzw. wären nie inhaftiert worden, wenn sie nicht Opfer der sogenannten Antiterrorgesetze und der Kollektivschuldkonstruktion des Paragraphen 129a (Bildung und Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung“) geworden wären.

Politisch fatal ist eine Konzentration nur auf die „Aussteiger“ auch deshalb, weil viele inhaftierte Mitglieder der RAF, die sich aus durchaus legitimen Gründen bisher nicht öffentlich vom bewaffneten Kampf losgesagt haben, in einen Solidarisierungsdruck mit denen geraten können, die auch heute nicht bereit sind, dem „Konzept Stadtguerilla“ abzuschwören. Und letztlich würde bei einer solchen Kampagne billigend in Kauf genommen, daß die „guten“ Terroristen die Chance nach Freilassung erhalten, während die „bösen“ Terroristen ruhig auch weiterhin ihre jahrzehntelangen Haftstrafen verbüßen müßten oder sogar sollten.

Die von Teilen der grünen Bundestagsfraktion initiierte Kampagne „Amnesty für Aussteiger“ dient nach eigenem Bekunden der Versöhnung des Staates mit der RAF. Dazu eignen sich die Ansätze von Dialogen derjenigen ehemaligen RAF-Mitglieder, die sich vom Terrorismus losgesagt haben, mit dem Staat aus naheliegenden Gründen besser als derjenigen, die dem bewaffneten Kampf noch nicht abgeschworen haben und dies auch künftig nicht tun wollen.

Wer also eine tatsächliche Versöhnung mit dem Staat will, müßte die beiden Hauptkontrahenten zusammenbringen: die Nicht-Aussteiger und die Agenten des Staates. Dies aber genau will ein Teil der Grünen nicht.

Wer das jedoch nicht will, der muß sich fragen lassen, ob die eigentliche Intention der Kampagne „Amnesty für Aussteiger“ nicht der Versöhnung, sondern vielmehr der Aussöhnung mit dem Staat dient.

Und daß große Teile der Grünen und der westdeutschen Linken diesen politischen Prozeß bereits vollzogen haben, wird an einem neuralgischen Punkt, der Mord- oder der Selbstmord-Version der Todesumstände von Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Andreas Baader in Stuttgart-Stammheim während der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer deutlich. Stellvertretend für

viele sei hier der Frankfurter Grüne Daniel Cohn-Bendit zitiert: „Selbstmord oder Mord? Ich weiß es nicht. Ich bin aber innerlich überzeugt, vielleicht weil ich wirklich *glauben* möchte, wir würden in einer freien Demokratie leben, daß die Genossen Hand an sich legten.“

Wer also an der Selbstmordversion, der staatlich verordneten Vertrauensfrage zu Staat und Verfassung, zweifelt, der glaubt nicht an die „freie Demokratie“. Also muß die Selbstmordversion geglaubt werden, um sich mit diesem Staat auszusöhnen.

Stammheim und der „deutsche Herbst“ spielen also nicht zufällig eine Rolle in der Amnestiedebatte, weil Stammheim zum dunklen und abgeschlossenen Kapitel bundesdeutscher Geschichte verklärt und den heutigen angeblich „normalen“ Verhältnissen einer sogenannten „freien Demokratie“ gegenübergestellt wird.

Vor diesem politischen Hintergrund tue ich mich schwer, die Kampagne „Amnestie für Aussteiger“, die im rein juristischen Sinne auch keine „Amnestie“kampagne ist, sondern einer Begnadigung gleich kommt, ohne Vorbehalte zu unterstützen. Auf der einen Seite müssen meiner Ansicht nach *alle* Mittel versucht und angewendet werden, die Inhaftierten aus dem Knast zu holen, ob sie nun abgeschworen haben oder nicht.

Es wäre meiner Meinung nach also durchaus sinnvoll, an einzelnen Beispielen eine Kampagne „Amnestie für Aussteiger“ durchzuführen. Sei es im Fall von Klaus Jünschke oder im Fall von Peter-Jürgen Boock, die beide abgeschworen haben, aber dennoch ihre hohen Haftstrafen verbüßen müssen.

Hier käme schon eine Kampagne für die Ausschöpfung und Anwendung der bestehenden rechtsstaatlichen Mittel in Betracht. Dazu gehört die Forderung, die Inhaftierten in den Normalstrafvollzug zu überführen; die Forderung, daß die Gefangenen nach Verbüßung von zwei Dritteln ihrer Gesamtstrafe freigelassen werden; die Forderung, daß zu lebenslänglicher Haft Verurteilte nach 15 Jahren freikommen — bis zum Akt der Begnadigung.

Sowohl im Fall Jünschke als auch im Falle Boock hat sich gezeigt, daß die Bundesanwaltschaft selbst zur Anwendung dieser rechtsstaatlichen Mittel gegenüber den sogenannten Aussteigern nicht bereit ist.

Auf der anderen Seite kann ich die von Teilen der grünen Bundestagsfraktion eingebrachten politischen *Intentionen* nicht teilen. Ich bin nicht damit einverstanden, die Amnestiekampagne



Demonstration zur Unterstützung der Forderungen der politischen Gefangenen in Hamburg 1985

als Mittel zu benutzen, die Terroristen-Szene in „gute“ und „böse“ auszudifferenzieren. Und ich teile auch nicht die Ansicht, daß sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im positiven Sinne verändert hätten. Dieser Staat ist nach wie vor ein Unterdrückungsinstrument gegen die Protest- und Widerstandsbewegungen, an seinem Charakter hat sich seit Stammheim nichts geändert.

Ich plädiere stattdessen für eine *allgemeine Amnestie* für alle Straftäterinnen und Straftäter aus dem terroristischen Umfeld und eine in diesem Zusammenhang stehende Einstellung aller noch laufenden strafrechtlichen Verfahren. Eine solche allgemeine Amnestiekampagne würde die politischen Parteien und Institutionen, also das Parlament, in eine politische Auseinandersetzung zwingen, denn nur das Parlament kann eine allgemeine Amnestie beschließen, wie es das im Jahre 1970 gegenüber der damaligen außerparlamentarischen Studentenbewegung getan hat.

Eine allgemeine Amnestie ist notwendig, weil sich Staat und Terroristen sich faktisch als Kriegsgegner gegenüberstanden; sie ist notwendig, weil der Staat im Rahmen der Terroristenfahndung Menschen verfolgt, die ihre Proteste zum Ausdruck brachten, ohne selber Mitglieder oder Anhänger der Terroristen zu sein; sie ist zwingend erforderlich, weil die Staatsorgane Haftbedingungen schufen, die die persönliche Identität der politischen

Gefangenen zerstörten. Eine solche allgemeine Amnestie würde voraussichtlich viel eher erreichen, die Politik der Roten-Armee-Fraktion — falls man überhaupt noch von „Politik“ reden kann — zu beenden.

Eine solche allgemeine Amnestie würde vom westdeutschen Staat nicht mehr und nicht weniger verlangen, die Politik der Ausgrenzung, Kriminalisierung und Spaltung der zahlreichen Protestbewegungen in der Bundesrepublik aufzugeben und die dazugehörigen gesetzlichen Instrumentarien wie die sogenannten „Sicherheitsgesetze“ zu beseitigen. Sie würde auch eine Abrüstung der immensen polizeistaatlichen Instrumentarien, der sogenannten Antiterror-Einheiten des Bundesgrenzschutzes, das immer weiter perfektionierte Datenerfassungssystem usw. beinhalten. Natürlich wäre dieser Staat, der eben nicht „unser“ Staat ist, dazu unter den gegebenen Umständen nicht bereit.

Dieser Staat „braucht“ nicht den Terror, sondern er „definiert“, was „Terrorismus“ ist, um ein viel breiteres Spektrum des bundesdeutschen Widerstands zu Terroristen zu machen.

Die von Teilen der Grünen initiierte Amnestiekampagne für Aussteigewillige ist nicht nur im juristischen Sinne zumindest mißverständlich, sondern lenkt von den eigentlichen Intentionen einer allgemeinen Amnestiekampagne ab.



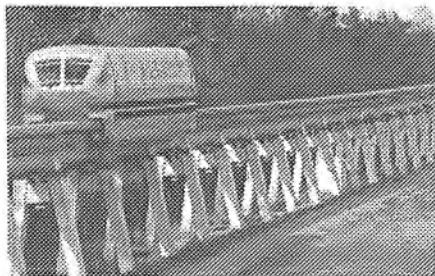
Haushalt 1989

Die Regierungskoalition scheint größere Schwierigkeiten mit dem Haushalt 1989 und der weiteren Finanzplanung zu haben. Weitere Anhebung indirekter Steuern, neue Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit und ein wieder deutlich steigender Bundesbankgewinn sollen helfen, das Defizit im nächsten Jahr bei

32 Mrd. DM zu halten. Schon verkündet die CSU, 1990 werde das Defizit noch höher. Daimler für Airbus und Jäger 90, Thyssen für Rüstung und Transrapid, Siemens für die Post, Chips, Kraftwerke usw. – die großen Konzerne, angestachelt durch die Aussichten auf weitere Expansion vor allem in der EG, verlangen energisch noch höhere Staatshilfen und Staatsaufträge.

Ghana: Auswirkungen neokolonialistischer Politik

Unter den imperialistischen Geldgebern wird das westafrikanische Ghana mittlerweile als „Modellfall des IWF“ gehandelt. Die 1981 unter Fliegerleutnant Rawlings an die Regierung geputschten Militärs ziehen die Unterwerfung unter das IWF- und Weltbankdiktat zur Kreditvergabe brutal durch. Maximale Abwertung der nationalen Währung, Lohnstopp, drastische Kürzungen der Sozialleistungen. Erneute einseitige Ausrichtung der Landwirtschaft auf das Exportprodukt Kakao durch Anhebung der Erzeugerpreise zeigt ihre Wirkung: Der Weltmarktpreis für Kakao fiel in den letzten drei Jahren um die Hälfte und treibt Ghana immer weiter in die Hände der Imperialisten.



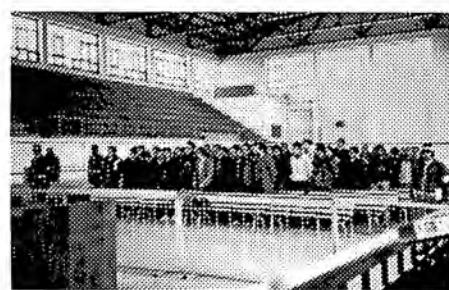
IVA '88 – Nordexpansion

„Puscht die große Weltausstellung des Verkehrs in Hamburg auch die Zukunft der Hansestadt?“ Senat und Bundesregierung wollten die IVA zur Propagandaschau für ihre Milliardenpläne nutzen. Ausbau des Flughafens für 700 Mio. DM, Containerterminal für 100 Mio., 4. Elbtunnelröhre für 500 Mio., Anbindung des Flughafens

an die Autobahn für 600 Mio. – gegen alle „zukunftsweisenden“ Verkehrspläne gibt es Widerstand. 1997 soll eine durchgehende Autoverbindung von Südschweden über Dänemark nach Norddeutschland fertig sein. Bis dahin soll Hamburg zur Verkehrs-Drehzscheibe für die Nordexpansion ausgebaut sein. Ist der Widerstand der Propaganda-Offensive gewachsen?

Interview mit einem Vertreter von Dev-Sol in der Gefangenschaft

Eine auf Einladung des Vereins für Familien der Gefangenen und Verurteilten (TAYAD) im April in die Türkei gereiste Delegation beobachtete u.a. einen Massenprozeß gegen Dev-Sol und hatte dabei die Gelegenheit, mit einem der Angeklagten ein Interview durchzuführen. In dem Interview berichtet Dursun Karatas über den achtjährigen Kampf in der Gefangenschaft und über die Entwicklung der politischen Lage in der Türkei. Er erläutert die Auffassungen von Dev-Sol zur Geschichte der revolutionären Linken in der Türkei, zur Notwendigkeit einer Einheitsfrontpolitik und die Stellung zum nationalen Befreiungskampf in Kurdistan.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel. 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – Nachrichten Stahl und Metallindustrie 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe – Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe, 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik, 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse, 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle, 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen, 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91, DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1, DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6 a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czerninskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Duwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Walpurgisstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/216422

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Telefon 0221/21 16 58 Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 114 43 93 600 Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Rudiger Lotzer, für Auslandsberichterstattung Siegmund Elsgehausen, für Aus Verbanden und Parteien Ulrike Detjen, für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann, für Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge Angela Lux, für Sozialstatistik, Spezialberichte Alfred Kustler.

Quellenhinweis Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGMe, des NH Chemie AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik AGB, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF

Druck Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln Beilagenhinweis Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU, R. KG (NHT), PA, VSP